



BACHELORARBEIT

von
Volker Raab

**Uli Hoeneß - Straftäter und
Medienopfer? Eine Analyse
der Berichterstattung
zwischen Hoeneß' Selbst-
anzeige am 20. April 2013
und dem 30. Mai 2014
hinsichtlich ethischer
Selbstverpflichtungen und
rechtsstaatlicher Grundsätze**

Fakultät Medien

Dettendorf, 2014

**Uli Hoeneß - Straftäter und Medienopfer? Eine Analyse
der Berichterstattung zwischen Hoeneß' Selbstanzeige
am 20. April 2013 und dem 30. Mai 2014 hinsichtlich
ethischer Selbstverpflichtungen und rechtsstaatlicher
Grundsätze**

Autor:
Herr Volker Raab

Studiengang:
Angewandte Medienwirtschaft

Seminargruppe:
AM09wS1-B

Erstprüfer:
Prof. Kurt-Ulrich Mayer

Zweitprüfer:
Diplom-Sportmanager Marcel Meinert

Einreichung:
Dettendorf, 18. Juni 2014

**Uli Hoeneß - delinquent and victim of the media? An
analysis of the coverage since Hoeneß' selfindictment
on 20th April 2013 to 30th May 2014 in focus of ethical
self-commitments and the fundamental principles of
law**

author:

Mr. Volker Raab

course of studies:

Angewandte Medienwirtschaft

seminar group:

AM09wS1-B

first examiner:

Prof. Kurt-Ulrich Mayer

second examiner:

Diplom-Sportmanager Marcel Meinert

submission:

Dettendorf, 18. Juni 2014

Bibliografische Angaben

Raab, Volker

Uli Hoeneß - Straftäter und Medienopfer? Eine Analyse der
Berichterstattung zwischen Hoeneß' Selbstanzeige am 20. April 2013
und dem 30. Mai 2014 hinsichtlich ethischer Selbstverpflichtungen
und rechtsstaatlicher Grundsätze

Uli Hoeneß - delinquent and victim of the media? An analysis of the
coverage since Hoeneß' self-indictment on 20th April 2013 to 30th
May 2014 in focus of ethical selfcommitments and the fundamental
principles of law

59 Seiten, Hochschule Mittweida, University of Applied Sciences,
Fakultät Medien, 2014, Bachelorarbeit

Abstract

Uli Hoeneß, Ex-Manager und -Präsident des FC Bayern München,
erstattete im April 2013 Selbstanzeige wegen Steuerhinterziehung.
Infolge des Bekanntwerdens seiner Selbstanzeige, dem damit
verbundenen Prozess und der rechtskräftigen Verurteilung im März
2014 berichteten sämtlichen Medienanstalten Deutschlands über die
„Causa Hoeneß“. Die vorliegende Bachelorarbeit beschäftigt sich mit
der medialen Darstellung der Person Hoeneß und möglichen
Verstößen gegen ethische Selbstverpflichtungen und rechtsstaatliche
Grundsätze.

Inhaltsverzeichnis

	Abbildungsverzeichnis	3
	Tabellenverzeichnis	5
	Vorwort	6
1	Einleitung	8
1.1	Informationen zur Gliederung und Vorgehensweise	1
1.2	Allgemeiner Umriss der Person Uli Hoeneß	10
2	Chronologischer Ablauf der Berichterstattung über den Prozess Uli Hoeneß	13
2.1	Mediale Vorgeschichte Hoeneß'	13
2.2	Zeitliche Übersicht der Berichterstattung vor dem Prozess	14
2.3	Berichterstattung über den Hoeneß-Prozess während und nach der Verhandlung	25
3	Definition der Begriffe ethische Selbstverpflichtungen und rechtsstaatliche Grundsätze“	29
3.1	Ethische Selbstverpflichtungen	29
3.2	Rechtsstaatliche Grundsätze	33
4	Analyse der medialen Berichterstattung über den Hoeneß-Prozess	42
4.1	Inhaltliche Abgrenzung	42
4.2	Methodische Vorgehensweise	43
4.3	Analyse der verschiedenen Arten der Prozess-Berichterstattung hinsichtlich ethischer Selbstverpflichtungen und rechtsstaatlicher Grundsätze	45
4.3.1	Zusammenfassung markanter Merkmale der Nachricht bzw. News	45

4.3.1.1	„Uli Hoeneß ist kein Vorbild mehr“,	47
4.3.1.2	„Hoeneß machte 130 Mio Gewinn“,	49
4.3.1.3	Allgemeine Zusammenfassung hinsichtlich möglicher Verstöße gegen ethische Selbstverpflichtungen und rechtsstaatliche Grundsätze	50
4.3.2	Zusammenfassung markanter Merkmale des Kommentars	51
4.3.2.1	„Das Schurkenstück des Ulrich H.“,	54
4.3.3	Zusammenfassung markanter Merkmale der Reportage	56
4.3.3.1	„Es war der einzig richtige Schritt!“	58
4.4	Beachtenswerte Verstöße gegen ethische Selbstverpflichtungen und rechtsstaatliche Grundsätze	62
5	Fazit über die Berichterstattung des Strafverfahren Hoeneß	66
	Literaturverzeichnis	70
	Anlagen	78
	Selbstständigkeitserklärung	139

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: *Uli Hoeneß vor dem Landesgericht München II.* 2

Abbildung 1 zeigt den Angeklagten Uli Hoeneß bei seiner Verhandlung vor dem Landesgericht München II im März 2014.

Quelle: Reuters

Abbildung 2: *Titelblatt der Hamburger Morgenpost vom 14. März 2014.* 5

Abbildung 2 zeigt das Titelblatt der *Hamburger Morgenpost* vom 14. März 2014. Auf der Bild-Montage „schaut“ Uli Hoeneß aus einer imaginären Gefängniszelle heraus.

Quelle: Hamburger Morgenpost

Abbildung 3: *Uli Hoeneß auf der FCB-Jahreshauptversammlung im November 2013.* 17

Abbildung 3 zeigt Uli Hoeneß auf der Jahreshauptversammlung des FC Bayern München am 30. November 2013.

„Unter Tränen“ gibt Hoeneß' bekannt, dass er „bis zu seinem letzten Atemzug alles für den Verein geben werde“.

Quelle: dpa

Abbildung 4: *Google-Suchanfragen zum Thema "Hoeneß" zwischen 1. Januar 2002 und 30. Mai 2014.* 35

Abbildung 4 zeigt eine Grafik der Internetsuchmaschine Google zum Thema Hoeneß im Zeitraum zwischen 1. Januar 2002 und 30. Mai 2014.

Quelle: Google

Abbildung 5: Foto der Familie Hoeneß mit Vertrauten
auf dem Hoeneß-Anwesen.

51

Abbildung 5 zeigt ein Foto der Familie Hoeneß mit Vertrauten der Familie auf der Veranda des Hoeneß-Anwesen am Tegernsee.

Quelle: Sigfried Kiener

Abbildung 6: Bild-Montage der Berliner Zeitung.

57

Abbildung 6 zeigt eine Bild-Montage der Berliner Zeitung: Uli Hoeneß vor den beiden Verkehrsschildern „Justizvollzugsanstalt“ und „LKW-Zufahrt Justizvollzugsanstalt 400m rechts“.

Quelle: Berliner Zeitung

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	<i>Zusammenfassung der über Uli Hoeneß verfassten Artikel im Zeitraum 20. April 2013 - 10. März 2014.</i>	9
Tabelle 2:	<i>Zusammenfassung der über Uli Hoeneß verfassten Artikel im Zeitraum 10. März 2014 - 13. März 2014.</i>	18
Tabelle 3:	<i>Zusammenfassung der über Uli Hoeneß verfassten Artikel im Zeitraum 14. März - 30. Mai 2014.</i>	20

Vorwort

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ - Artikel 3 Abs. 1 GG

Egal ob Fan des FC Bayern München oder nicht, egal ob man Uli Hoeneß und dessen Äußerungen mag, oder nicht – getreu dem oben genannten Zitat sollten alle Menschen nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch im allgemeinen Umgang und im Besonderen bei der Berichterstattung über Personen gleich behandelt werden. Obwohl ich mich selbst nicht als „Fan“ der Person Uli Hoeneß bezeichnen würde, setze ich dennoch eine angemessene Behandlung dessen in welcher Art auch immer voraus. Es war mir daher ein sehr großes Freude, die Berichterstattung der „Causa Hoeneß“ hinsichtlich ethischer Selbstverpflichtungen und rechtsstaatlicher Grundsätze untersuchen und meine Erkenntnisse und Ergebnisse als abschließende Arbeit meines Bachelor-Studiums veröffentlichen zu dürfen.

Ich möchte mich an dieser Stelle besonders bei meinen beiden Prüfern, Prof. Kurt-Ulrich Mayer und Diplom-Sportmanager Marcel Meinert, für die zahlreichen Hilfestellungen, Tipps und Ratschläge bedanken. Weiter möchte ich mich bei meinen Eltern Helmut und Renate Raab, meinem Onkel Hans Jürgen Reiß und meinem Freund Marc-Carsten Hatke für den moralischen und sachlichen Beistand, das zahlreiche Korrekturlesen und die vielen Verbesserungsvorschläge bedanken.

1 Einleitung

1.1 Informationen zur Gliederung und Vorgehensweise

Ulrich, besser bekannt unter seinem Spitznamen „Uli“, Hoeneß, gilt als eine der schillerndsten Personen im deutschen Fußball – aufgrund seiner markanten Sprüche, seinem Verdienst für den Fußball in Deutschland sowie seiner medialen Dauerpräsenz. Das Bekanntwerden seiner Steuerhinterziehung und die daraus resultierende Selbstanzeige mit folgendem Prozess und abschließender, rechtskräftiger Verurteilung änderte die öffentliche Darstellung des erfolgreichen Fußball-Managers von Grund auf. Diese Arbeit befasst sich mit der Berichterstattung über den Prozess von Uli Hoeneß – vom ersten Bekanntwerden, über die Vorab-Berichterstattung, den Prozess selbst und der dazugehörigen Berichterstattung sowie der anschließenden Darstellung der Person selbst in der deutschen Medienlandschaft.

Zu Beginn meiner Arbeit wird ein kurzer Überblick über die Person Ulrich „Uli“ Hoeneß¹ dargestellt. Im Kapitel 2 folgen der chronologische Ablauf der medialen Berichterstattung der „Causa Hoeneß“, von der ersten Erwähnung eines „Schweizer Kontos eines deutschen Fußball-Funktionärs“² über die erste Nachricht über den Verdacht der Steuerhinterziehung von Uli Hoeneß im Magazin *Focus*, der Anklage der Staatsanwaltschaft bis hin zum Prozess vor dem Landesgericht II in München, der medialen Berichterstattung über diesen, das abschließenden Urteil und die Geschehnisse bis zum 30. Mai 2014.

Im nächsten Schritt werden die allgemeinen Definitionen der Begriffe ethische Selbstverpflichtungen und rechtsstaatliche Grundsätze für eine angemessene Berichterstattung über den Prozess eines prominenten Straftäters erläutert.

¹ Im Folgenden: Uli Hoeneß

² Röhrig, Johannes: Spitzenvertreter der Bundesliga bunkerte halbe Milliarde, 2013, <http://www.stern.de/sport/fussball/geheimes-fussballkonto-in-der-schweiz-spitzenvertreter-der-bundesliga-bunkerte-halbe-milliarde-1955286.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

Der Hauptteil der Arbeit setzt sich mit einer Analyse der Berichterstattung über den Hoeneß-Prozess unter den genannten Kriterien auseinander, definiert die methodische Vorgehensweise, sowie verschiedene Merkmale diverser journalistischer Darstellungsformen.

Weiter werden an Beispielen Verletzungen gegen diese Grundsätze in Bezug auf die Causa Hoeneß festgestellt und analysiert.



*Abbildung 1: Uli Hoeneß vor dem Landesgericht
München II.*

Abschließend wird in einem Fazit zusammengefasst, auf welche Art und Weise verschiedene Journalisten gegen ihre ethischen Selbstverpflichtungen und rechtsstaatliche Grundsätze verstoßen haben und wie Journalisten die gemachten Fehler in der Berichterstattung über das Strafverfahren von Uli Hoeneß in Zukunft vermeiden könnten.

Ich hoffe, mit meiner wissenschaftlichen Arbeit einen weiteren Teil zur Aufbereitung der Berichterstattung über den Hoeneß-Prozess beitragen zu können.

1.2 Allgemeine Beschreibung der Person Uli Hoeneß

Hoeneß, geboren am 5. Januar 1952 in Ulm, galt bereits während seiner aktiven Zeit beim deutschen Fußball-Rekordmeister FC Bayern München als begnadetes Management-Talent, das er mit einem Sponsoring-Deal zwischen dem FC Bayern München und Magirus Deutz im Jahre 1978 unter Beweis stellen konnte. Nach dem Ende seiner aktiven Karriere wechselte er ins Management des Fußball-Rekordmeisters und baute den FC Bayern München zum erfolgreichsten Verein im deutschen Profifußball aus und einer weltweiten Marke auf (vgl. Bausenwein, 2014). Während seiner Amtszeit als Manager gewann der FC Bayern München 16 mal die Deutsche Meisterschaft, neun mal den DFB-Pokal sowie jeweils einmal den UEFA-Cup und die UEFA Champions League³; außerdem wurde während der sportlichen Leitung Hoeneß' der Wechsel des Spielstandortes des FC Bayern München vom Olympiastadion in die 2005 fertiggestellte Allianz Arena beschlossen. Uli Hoeneß ist seit 1973 in erster Ehe mit Frau Susanne verheiratet, ist Vater zweier Kinder, die sich weitestgehend aus der Öffentlichkeit zurückhalten. Während die sportlichen Erfolge von Uli Hoeneß stets vom Gros des deutschen Fußballs sowie den Medien außerordentlich positiv bewertet wurden, fiel das Urteil über Hoeneß' Umgang mit Verantwortlichen anderer Vereine und der (Medien-)Öffentlichkeit stets gespalten aus. Hoeneß galt bzw. gilt in der Öffentlichkeit als „Mann der direkten Worte“, der in Gesprächen über die direkte Konkurrenz nie ein Blatt vor den Mund nimmt, wie es Christoph Bausenwein auf den Punkt bringt: „Als eiskalter Seelenverkäufer, gnadenloser Kapitalist, gerissenes Schlitzohr, selbstherrlicher Machtmensch und arroganter Besserwisser wurde er in den Augen vieler Kritiker zum Sinnbild für unersättliche Gier und millionenschwere Bayern-Erfolgsbesessenheit. Indem er sich in zahllosen Fernsehinterviews als aggressiver Provokateur und dauerwütender Choleriker präsentierte, machte er sich für eine große Zahl von Bayern-Feinden zum Buhmann des deutschen Fußballs. Andere hingegen wollen in diesen Hassgesang nicht einstimmen und bewundern ihn als cleveren Taktiker, ideenreichen Piffikus, visionären Strategen und vorbildlichen Unternehmer.“

³ vgl. <http://www.fcb-erlebniswelt.de/de/historie/erfolge/index.php>

Diejenigen, die ihn näher kennenlernen konnten, beschreiben ihn als selbstkritischen und nachdenklichen, weltoffenen und toleranten, treuen und zuverlässigen, gefühligen und großherzigen Menschen, den eine stete Hilfsbereitschaft und ein enormes Engagement für wohltätige Zwecke auszeichne.“⁴ Bausenwein geht sogar einen Schritt weiter und behauptet über Hoeneß: „Er ließ kaum ein Mikrofon stehen, und manchmal konnte man den Eindruck haben, diesem Mann würde gleich einem Süchtigen sicher einiges fehlen, wenn er mal keine Gelegenheit mehr zu öffentlichen Statements haben sollte.“⁵ Besonders der Disput mit dem damaligen Trainer des zeitweiligen Konkurrenten Bayer Leverkusen, Christoph Daum, dürfte in Erinnerung geblieben sein: Hoeneß bezichtigte Daum, der durch verschiedene Erfolge mit dem Amt des deutschen Nationaltrainers in Verbindung gebracht wurde, in einem Interview mit der Münchner Abendzeitung des Drogenkonsums. Kurze Zeit später gab der Leverkusen-Trainer Daum eine Haarprobe ab, die sich im Nachhinein als positiv herausstellte und so die Behauptung Hoeneß' bewies. Hoeneß selbst gab in einem Interview seine persönliche Einschätzung zum medialen Verhalten in der „Daum-Affäre“ zum Ausdruck: „Meine Person wurde durch die Medienmaschinerie in einer Form diffamiert, wie noch nie ein Mensch in dem Geschäft schuldlos diffamiert wurde. Selbst gute Freunde wussten nicht mehr, hat er was Falsches gesagt oder nicht. Meine Tochter hatte an der Universität mit Professoren Theater, die sie wegen ihres Vaters beschimpften, die sie nicht kennen. Mein Sohn hat als Lehrling in der Bank mit Hunderten von Leuten zu tun. Er bekam zum ersten Mal seit fünf Jahren Pickel.“⁶ Sein privates Vermögen, das wohl zumindest zum Teil eine Rolle bei der Steuerhinterziehung gespielt haben soll, stammt aus der familiären Wurstfabrik „HoWe“ in Nürnberg, die Hoeneß gemeinsam mit Metzgermeister Werner Weiß Mitte der 1980er gegründet hatte. Seit einigen Jahren führt Hoeneß' Sohn Florian die Wurstfabrik „HoWe“ als Geschäftsführer.

Im Januar 2013 berichtete der *stern* erstmals über das „Konto eines deutschen Fußball-Funktionärs bei der Schweizer Vontobel-Bank“ - einen Tag später, am 17. Januar 2013, stellte Uli Hoeneß laut eigener Aussage Selbstanzeige beim Rosenheimer Finanzamt. Die Stück für Stück veröffentlichten Informationen und Aussagen erschütterten die deutsche Medienlandschaft, kein Thema wurde zu der damaligen Zeit mehr

⁴ Bausenwein, Christoph: Das Prinzip Uli Hoeneß – Ein Leben in Widersprüchen, Neuauflage, Göttingen, 2014, S. 8

⁵ ebd., S. 319

⁶ ebd., S. 324

diskutiert. Verschiedene Steuer- sowie Medienexperten kamen auf sämtlichen Medien-Plattformen, d.h. sowohl in den Ausgaben sämtlicher Print-Medien, im Radio, im Internet als auch im TV zu Wort.⁷ Während die Berichterstattung über eine mögliche Steuerhinterziehung anfangs noch als recht milde und zurückhaltend beschrieben werden kann, wurde diese im Laufe der Zeit deutlich härter, der Ton wurde „rauer“.



Abbildung 2: Titelblatt der Hamburger Morgenpost vom 14. März 2014.

⁷ vgl. Hart aber fair vom 22. April 2013, <http://www.youtube.com/watch?v=L-dGJMgJjns> und Sell. A: Börsensucht – gibt es das wirklich?, 2013, <http://www.bild.de/sport/fussball/uli-hoeneß/gibt-es-wirklich-eine-boersensucht-30106824.bild.html>

2 Chronologischer Ablauf der Berichterstattung über den Prozess Uli Hoeneß

In Kapitel 2 wird die Berichterstattung über das Strafverfahren Hoeneß in chronologischer Reihenfolge dargestellt und verschiedene Arten journalistischer Darstellungsformen vorgestellt.

2.1 Mediale Vorgeschichte von Uli Hoeneß

Uli Hoeneß, der als aktiver Profi-Fußballer zahlreiche Erfolge, unter anderem mehrfache Gewinne der deutschen Fußball-Meisterschaft, des DFB-Pokals sowie der Fußball-Weltmeisterschaft 1974 feiern konnte, fiel bis zu seinem frühen Karriere-Ende mit 27 Jahren medial nur durch seine sportlichen Erfolge und Misserfolge auf - seinen markanten Zitaten wurde erst während seiner Zeit als Funktionär beim FC Bayern München Beachtung geschenkt. Hoeneß wechselte nach Ende seiner aktiven Zeit ins Management des deutschen Rekordmeisters und formte diesen in seiner zweiten Karriere als Vereinsfunktionär zur weltbekannten Marke und erfolgreichsten Mannschaft im deutschen Fußball.⁸ Durch den stetigen Erfolg wurde Hoeneß auch für die Medien interessant, die seine polarisierende Worte zu verschiedenen Themen, wie etwa der direkten Konkurrenz in Fußball, Politik oder sozialen Missständen für ihre Interviews nutzten und als große Aufmacher verwendeten. Noch weit vor seinen polarisierenden Statements und dem Bekanntwerden seiner Selbstanzeige wegen Steuerhinterziehung war Hoeneß die Macht und Wirkung der Medien bekannt. Noch als Spieler musste er erste negative Erlebnisse mit der Presse erleiden. Als Hoeneß 1976 in der „Nacht von Belgrad“ im Europameisterschaftsfinale gegen die Tschechoslowakei den entscheidenden Elfmeter verschoss⁹, verhöhnten ihn zahlreiche deutsche Zeitungen: „Kaum einer dürfte besser wissen als er: Die Medien können nicht nur Helden schaffen, sondern auch das Scheitern potenzieren und damit Opfer produzieren. Uli Hoeneß' Waterloo heißt ‚Belgrad‘.“¹⁰ Außerdem habe Hoeneß sich „in zahllosen Fernsehinterviews als aggressiver Provokateur und dauerwütender Choleriker präsentiert“ und ist

⁸ vgl. <http://fcb-erlebniswelt.de/de/historie/erfolge/index.php>

⁹ Siehe Schmidt & Pocher, Uli Hoeneß schießt in den Belgrader Nachthimmel, 2010 <http://www.youtube.com/watch?v=WUoLcy6Lzgc> (aufgerufen am 3. Juni 2014)

¹⁰ Bausenwein, 2014, S. 321

so zum „Buhmann des deutschen Fußballs“ für viele Anti-Bayern-Fans geworden.¹¹ In Bezug auf Medien besitzt Hoeneß zwei Gesichter: Zum einen möchte der ehemalige FCB-Präsident in den Medien dauerhaft präsent sein, auf der anderen Seite war bzw. ist ihm der mediale Rummel sehr unangenehm. In den 1990ern etwa wählte der damalige Manager des FC Bayern für die Veröffentlichung von Interna den direkten Weg über die Medien, obgleich er selbst Regeln zur Unterbindung dessen aufgestellt hatte¹² - ein weiteres Indiz für die Schizophrenie Hoeneß' in Bezug auf den Umgang mit den Medien. Besonders während der Anschuldigungen gegen den designierten Bundestrainer Christoph Daum im Jahr 2000 (siehe **Kapitel 1**) war Hoeneß zahllosen Anschuldigungen aus der Medienlandschaft ausgesetzt, die ein Zurückweichen aus der medialen Dauerpräsenz unumgänglich machten. Bausenwein stellt in seiner Biografie abschließend fest, dass „der berechnende Bauchmensch Uli Hoeneß [ein] großes Medienereignis und als solches eigentlich unbezahlbar ist.“¹³

2.2 Zeitliche Übersicht der Berichterstattung vor dem Prozess

16. Januar 2013

Nach Recherchen des *stern*-Redakteurs Johannes Röhrig, die gegen Mittag des 16. Januars 2013 auf der Online-Plattform des Magazin veröffentlicht wurden, habe „ein Spitzenvertreter der Bundesliga [rund eine] halbe Milliarde [Euro] auf einem Schweizer Nummerkonto gebunkert.“¹⁴ Ein konkreter Name wurde dabei nicht genannt, die Bank konnte jedoch als die Privatbank Vontobel identifiziert werden¹⁵. Verantwortliche der Bank wollten sich nicht zu den Enthüllungen Röhrigs äußern und gaben eine entsprechende Erklärung ab: „Das Schweizer Bankkundsgeheimnis verbietet unter Androhung strafrechtlicher Konsequenzen die Beantwortung bzw. die positive oder negative Bestätigung vermuteter oder tatsächlicher Geschäftsbeziehungen.“¹⁶

¹¹ Bausenwein, 2014, S. 8

¹² ebd., S. 319

¹³ ebd., S. 371

¹⁴ Röhrig, Johannes: Spitzenvertreter der Bundesliga bunkerte halbe Milliarde, 2013, <http://www.stern.de/sport/fussball/geheimes-fussballkonto-in-der-schweiz-spitzenvertreter-der-bundesliga-bunkerte-halbe-milliarde-1955286.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

¹⁵ ebd.

¹⁶ ebd.

17. Januar 2013

Röhrigs Enthüllungen werden in der aktuellen Ausgabe der Print-Version des *stern* ohne signifikante Änderungen zur Online-Fassung veröffentlicht, der Name Hoeneß bleibt weiterhin unerwähnt. Allerdings soll an diesem Tag das Gerücht die Runde gemacht haben, dass Hoeneß vor kurzem Selbstanzeige wegen Steuerhinterziehung eingereicht haben soll.¹⁷

25. Januar 2013

Die Staatsanwaltschaft München II befasst sich mit der Steuerhinterziehung Hoeneß' und übernimmt den Fall von der Strafsachen- und Bußgeldstelle des Finanzamts Rosenheim. Rückblickend wurde bekannt, dass zu diesem Zeitpunkt der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer über die Aufnahme eines entsprechenden Ermittlungsverfahrens gegen Hoeneß informiert wurde.

20. März 2013

Nach einigen Tagen und Wochen, in denen es still um die *stern*-Recherchen geworden war, erließ die Staatsanwaltschaft München II einen Durchsuchungsbefehl für Hoeneß' Villa in Bad Wiessee am Tegernsee und dessen Büro in der Geschäftsstelle des FC Bayern München in der Säbener Straße in München. Außerdem wird Haftbefehl gegen Uli Hoeneß erlassen, der jedoch gegen „eine Kautions im mehrstelligen Millionen-Bereich außer Kraft gesetzt wird.“¹⁸ Rückblickend wird dieses Datum erstmals von der *Süddeutschen Zeitung* am 23. April 2014 genannt.¹⁹

¹⁷ Aleythe, Saskia / Sonnabend, Lisa: Der Fall des Uli H., 2014, <http://www.sueddeutsche.de/sport/chronologie-der-hoeness-affaere-der-fall-des-uli-h-1.1674888> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

¹⁸ Hamann, Birger / Peschke, Sara: Steuerbetrug: Die Chronologie im Fall Hoeneß, 2013, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/die-chronologie-im-fall-hoeness-a-913935.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

¹⁹ Leyendecker, Hans / Ott, Klaus: Richter erließ Haftbefehl gegen Hoeneß, 2013, <http://www.sueddeutsche.de/sport/verdacht-auf-steuerhinterziehung-richter-erliess-haftbefehl-gegen-hoeness-1.1657058> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

Tabelle 1: Veröffentlichte Artikel über die Causa Hoeneß im Zeitraum zwischen der Selbstanzeige und dem Prozessbeginn

Veröffentlichte Artikel zwischen 20. April 2013 und 10. März 2014	„Bild“	„stern“	„Süddeutsche Zeitung“	Gesamt
„News“ bzw. Meldung	105	92	82	279
Kommentar	10	5	12	27
Exklusiv-Bericht bzw. -Reportage	2	2	8	12
Gesamt	117	99	102	318

Tabelle 1: Zusammenfassung der über Uli Hoeneß verfassten Artikel im Zeitraum 20. April 2013 bis 10. März 2014.

20. April 2013

Auf dem Online-Portal des Wirtschaftsmagazins *Focus* wird am Morgen ein Artikel unter dem Titel „Uli Hoeneß unter 'Verdacht der Steuerhinterziehung'“ veröffentlicht. Ken Heidenreich bestätigte gegenüber dem Magazin, dass „die Staatsanwaltschaft München II gegen Hoeneß wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung ermittle.“ Auch Hoeneß äußerte sich gegenüber dem *Focus* und attestierte: „Ich habe im Januar 2013 über meinen Steuerberater beim Finanzamt eine Selbstanzeige eingereicht“, die seiner Aussage nach „mit einem Konto in der Schweiz“ in Verbindung stehe. Eine Summe wurde nach Angaben des *Focus* von beiden Seiten nicht genannt, auch der Verein FC Bayern München wollte sich auf Nachfrage des *sid* nicht äußern.²⁰

Am gleichen Tag konfrontiert *stern*-Chef Andreas Petzold Hoeneß mit den neuen Erkenntnissen und erhält von diesem die Bestätigung, dass es sich bei dem von Hoeneß bezeichneten „Konto in der Schweiz“ um das gleiche Konto aus dem *stern*-Bericht vom 16. Januar 2013 handle.²¹

²⁰ Kein Autor genannt: Uli Hoeneß unter „Verdacht der Steuerhinterziehung“, 2013, http://www.focus.de/sport/fussball/bundesliga1/selbstanzeige-beim-finanzamt-uli-hoeness-unter-verdacht-der-steuerhinterziehung_aid_966246.html (Aufgerufen am 26. Mai 2014)

²¹ Kein Autor genannt: Wie die Steueraffäre ans Licht kam, 2014, <http://www.stern.de/tv/sterntv/chronologie-im-fall-hoeness-wie-die-steueraffaere-ans-licht-kam-2095883.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

21. April 2013

Konfrontiert mit den neuesten Erkenntnissen zahlreicher Magazine, Tageszeitungen und Online-Portale weist Uli Hoeneß die Forderung nach dem Rücktritt aus seinem Amt als Präsident des FC Bayern München zurück. Im Interview mit *Sport Bild* schließt Hoeneß ein augenblickliches Niederlegen seines Amtes kategorisch aus: „An einen Rücktritt als Aufsichtsratsvorsitzender bei Bayern München denke ich nicht.“²²

Hoeneß selbst, der sich bis auf einige Statements gegenüber den Nachfragen aus der Medienwelt weitestgehend bedeckt hält, droht erstmals mit rechtlichen Mitteln gegen die Berichterstattung über seine Person. Gegenüber dem *Münchner Merkur* äußerte der FC Bayern-Präsident: „Gegen die Exzesse in einigen Berichterstattungen werde ich mich anwaltschaftlich zur Wehr setzen“.²³

22. April 2013

Wie die *Süddeutsche Zeitung* auf ihrem Online-Portal berichtet, soll der „damalige 'Adidas'-Chef Robert-Louis Dreyfuß Uli Hoeneß im Jahr 2000 „insgesamt 20 Millionen Euro auf einem Konto der Schweizer Privatbankgruppe Vontobel zur Verfügung gestellt haben.“ Dem SZ-Bericht zufolge sollen sowohl Dreyfuß als auch Hoeneß das Konto gemeinsam für Börsenspekulationen genutzt haben. Weiter berichtet die *Süddeutsche Zeitung*, dass im selben Zeitraum die Verhandlungen über den möglichen „Einstieg des Sportartikelherstellers in die künftige FC Bayern AG“ stattgefunden haben sollen.²⁴

²² Falk, Christian: Hoeneß: „An einen Rücktritt denke ich nicht“, 2013, <http://sportbild.bild.de/bundesliga/vereine/bayern-muenchen/an-einen-ruecktritt-denke-ich-nicht-30094496.sport.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

²³ Klein, Günter: Um Freiheit und Ehre, 2013, <http://www.merkur-online.de/sport/fc-bayern/freiheit-ehre-uli-hoeness-steuer-selbstanzeige-2864472.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

²⁴ Leyendecker, Hans / Ott, Klaus: Adidas-Chef gab Hoeneß 20 Millionen Mark, 2013, <http://www.sueddeutsche.de/sport/affaere-um-konto-in-der-schweiz-adidas-chef-gab-hoeness-millionen-mark-1.1656067> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

22. April 2013 (Fortsetzung)

Auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel meldet sich erstmals via Regierungssprecher Steffen Seibert zu Wort und äußert ihre Enttäuschung gegenüber der Person Uli Hoeneß: „Viele Menschen in Deutschland sind jetzt enttäuscht von Uli Hoeneß - die Bundeskanzlerin zählt auch zu diesen Menschen. Die Enttäuschung ist natürlich bei jemandem, der auch für so viel Positives steht, umso größer. Uli Hoeneß engagiert sich immer wieder über den Fußball hinaus, er bringt sich beispielsweise stark für das große gesellschaftliche Anliegen der Integration ein. Ich erinnere daran, dass die erste Fußball-Bundesliga im letzten Jahr einen ganzen Spieltag in den Dienst der Aktion „Geh’ Deinen Weg“ für Integrationsprojekte stellte. Diese Verdienste bleiben natürlich, aber es ist jetzt durch die Tatsache der Selbstanzeige wegen Steuerbetruges eine andere, traurige Facette hinzugekommen.“²⁵

23. April 2013

Erstmals wird in der *Süddeutschen Zeitung* über den Erlass eines Haftbefehls gegen Hoeneß am 20. März 2013 berichtet (siehe 20. März 2013).

24. April 2013

Johannes Röhrig veröffentlicht auf der Online-Plattform des *stern* einen Artikel, der erstmals neue Informationen zur Kontonummer „4028BEA“²⁶ bei der Schweizer Privatbank Vontobel enthüllt. Röhrigs Bericht zufolge sollen zeitweise „bis zu 800 Millionen Schweizer Franken auf dem Privatkonto deponiert gewesen sein“.²⁷

²⁵ Kein Autor genannt: Regierungspressekonferenz vom 22. April, 2013, <http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Mitschrift/Pressekonferenzen/2013/04/2013-04-22-regpk.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

²⁶ Röhrig, Johannes: Anruf von Hoeneß, 2013, <http://www.stern.de/wirtschaft/news/steueraffaire-anruf-von-hoeness-2001920.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

²⁷ ebd.

26. April 2013

Das *Handelsblatt* berichtet über angebliche Überlegungen einiger Mitglieder des FC Bayern-Aufsichtsrates, Uli Hoeneß zum „Ruhen seiner Ämter bis zur Klärung der Vorwürfe wegen Steuerhinterziehung“ bewegen zu wollen. Namentlich nennt das *Handelsblatt* keine Aufsichtsrat-Mitglieder, die Hoeneß möglicherweise umstimmen möchten. Im Gegensatz zu den möglichen Bestrebungen spricht sich unter anderem Karl-Heinz Rummenigge deutlich für einen Verbleib von Uli Hoeneß in dessen Ämtern aus.²⁸

1. Mai 2013

Im Interview mit der *Zeit*, aus dem Auszüge vorab am 1. Mai 2013 auf dem Online-Portal der *Zeit* veröffentlicht wurde, legt Uli Hoeneß erstmals weitere Informationen, seine Gefühlslage und seine Gründe für die Vorfälle offen dar. Hoeneß zeigt sich verzweifelt und strebt Reue an: „Ich habe eine große Torheit begangen, einen Riesenfehler, den ich so gut wie möglich korrigieren will.“²⁹ Angesprochen auf seine aktuelle Gefühlslage zur öffentlichen Darstellung der Affäre Hoeneß zeigt sich der FC Bayern-Funktionär „auf die andere Seite der Gesellschaft katapultiert“, was für ihn ein „sehr großes Problem“ sei – er habe zwar „Riesenmist gebaut“, sei jedoch „kein schlechter Mensch“, so Hoeneß im Interview.³⁰ Mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, die am 21. April 2013 öffentlich ihre Enttäuschung gegenüber Hoeneß bekundete, möchte Hoeneß nach eigenen Angaben „gern ein klärendes Gespräch führen“. Hoeneß zeigt sich im Interview außerdem überrascht über das Bekanntwerden seiner Steueranzeige: „Es gab bislang Tausende von Selbstanzeigen, ich hatte noch von keiner gehört, die öffentlich wurde.“

²⁸ Hofer, Joachim: Bayern-Aufsichtsrat grübelt über Hoeneß' Zukunft, 2013, <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/management/koepfe/vorwurf-der-steuerhinterziehung-bayern-aufsichtsrat-gruebelt-ueber-hoeness-zukunft/8127584.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

²⁹ Kein Autor genannt: "Da begann die Hölle für mich", 2013, <http://www.zeit.de/sport/2013-05/uli-hoeness-steuern-schuld> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

³⁰ ebd.

1. Mai 2013 (Fortsetzung)

„Die Hölle“ sei für Hoeneß die Durchsuchung seines Wohnsitzes am 20. März durch die Staatsanwaltschaft München II gewesen, wie der gebürtige Ulmer auf Nachfrage der *Zeit* zugibt. Zum allerersten Mal offenbart Hoeneß in der Öffentlichkeit auch seine Hintergründe bezüglich seines „Zockens an der Börse“, das seinen Angaben zufolge „besonders im Zeitraum zwischen 2002 und 2006“ stattgefunden haben soll. Abschließend spricht Hoeneß über die Vorwürfe der Spielsucht: Seiner Ansicht nach sei er „nicht krank“, er sei „inzwischen kuriert“ und „trete vor Gericht [- falls es dazu kommen sollte] nicht als kranker Mann auf“.³¹

3. Mai 2013

Der Sportartikelhersteller und FC Bayern-Aktionär Adidas bekennt sich öffentlich zu „Hoeneß' Verein“ und „wird auch in Zukunft Aktionär des FC Bayern München bleiben“. Adidas-Chef Herbert Hainer äußert sich außerdem vage zu Hoeneß und bezeichnet Steuerhinterziehung als „kein Kavaliersdelikt“. Außerdem kündigt Hainer für die kommenden Tage eine „Sitzung des Gremiums an, in der es unter anderem auch um das Thema Hoeneß gehen wird.“³²

5. Mai 2013

Auf dem Online-Portal der *Süddeutschen Zeitung* wird ein Kommentar von Detlef Esslinger unter dem Titel „Deutschland, einig Prangerland“ veröffentlicht. Esslinger wirbt für Mitleid gegenüber Hoeneß und vergleicht den FCB-Funktionär unter anderem mit einem „gefallenen Engel“ und all denen, „die beim Finanzamt schon mal eine private Restaurantrechnung eingereicht haben oder den Maler gegen Bargeld kommen ließen.“³³

³¹ ebd.

³² Schwab, Natali: Adidas bekennt sich zu Bayern München, nicht zu Hoeneß, 2013, <http://www.wsj.de/article/SB10001424127887324266904578460382318421140.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

³³ Esslinger, Detlef: Deutschland, einig Prangerland, 2013, <http://www.sueddeutsche.de/politik/skandale-in-der-mediengesellschaft-deutschland-ein-prangerland-1.1665130> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

6. Mai 2013

Der FC Bayern hält turnusgemäß seine Aufsichtsratssitzung. Wie der Sport-Informationen-Dienst (kurz SID) meldet, haben sich die Mitglieder des Aufsichtsrats auch mit dem „Steuerfall Hoeneß befasst“. Hoeneß selbst habe laut „SID“ seinen Rücktritt angeboten, jedoch sei dieser vom Aufsichtsrat „mit Rücksicht auf das Erreichen der weiteren sportlichen Ziele abgelehnt und Hoeneß in seinem Amt bestätigt worden“.³⁴

7. Mai 2013

Auf *bild.de* bekundet Kolumnist Franz Josef Wagner Hoeneß sein „Mitleid“: „Lieber Uli Hoeneß, alles bleibt beim Alten – als wäre nichts geschehen. Kein Steuerbetrug, kein Haftbefehl, keine Kautions in Millionenhöhe. Willkommen, Uli Hoeneß, als Präsident und Aufsichtsratschef des FC Bayern. Ich habe keine Ahnung, wie das geht. [...] Der Bundespräsident sagte: Wer Steuern hinterzieht, verhält sich verantwortungslos oder gar asozial. Was, Uli Hoeneß, muten Sie sich da zu? Schon für Ihre Gesundheit hätten Sie zurücktreten müssen. [...] Wie fühlt man sich als Präsident mit Haftbefehl? [...] Was, wenn Sie umkippen, in Ohnmacht fallen, in der Intensivstation landen? Ich frage Sie, wie Sie zwischen Böse und Gut leben können. Auf allen aktuellen Fotos sehen Sie wie die Erinnerung an Uli Hoeneß aus. Sie brauchen Erholung, Therapeuten, Hilfe. Herzlichst, Franz Josef Wagner.“³⁵

11. Mai 2013

Der *Focus* berichtet, dass die Anwälte von Hoeneß Strafanzeige wegen Verdachts auf Verletzung des Steuergeheimnisses gegen unbekannt erstattet haben. Ken Heidenreich, Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft München II, bestätigt diese Meldung mit der Ankündigung, dass die „Staatsanwaltschaft München II diesen Fall nun prüfen müsse“.³⁶

³⁴ Kein Autor genannt: Facebook-Post, 2013, <https://www.facebook.com/welt/posts/10151638361848115> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

³⁵ Wagner, Franz Josef: Post von Wagner: Lieber Uli Hoeneß, 2013, <http://www.bild.de/news/standards/franz-josef-wagner/lieber-uli-hoeneß-30307826.bild.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

³⁶ Kein Autor genannt: Hoeneß-Anwälte stellen Strafanzeige, 2013, <http://www.stimme.de/sport/ueberregional/fussball/bundesliga/Fussball-Steuern->

6. Juni 2013

Nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* soll „ausgerechnet ein Steuerfahnder“ Hoeneß bei dessen Selbstanzeige geholfen habe. Der „kurz vor der Pension stehende Beamte“ soll „Sachgebietsleiter bei der Münchner Steuerfahndung“ sein und Hoeneß seit längerem gekannt haben. Außerdem werden im SZ-Bericht neue Zahlen zur Höhe der von Hoeneß nachzuzahlenden Steuern veröffentlicht. So soll die Vontobel-Bank „im Herbst 2012 im Auftrag von Hoeneß ermittelt haben, dass er zwischen 5,8 und 6,8 Millionen Euro Steuern nachzahlen müsse“.³⁷

13. Juli 2013

Der *Spiegel Online* berichtet, dass die Staatsanwaltschaft München II „im August Anklage gegen Hoeneß erheben wolle“. Als mögliches Strafmaß nennt das Portal eine „zweijährige Haftstrafe auf Bewährung“, außerdem solle Hoeneß „eine Geldstrafe von 720 Tagessätzen“, der Äquivalenz von zwei weiteren Jahren Haft, zahlen.³⁸

30. Juli 2013

In einer Pressemitteilung bestätigt das Oberlandesgericht München die „Erhebung der Anklage gegen Ulrich Hoeneß wegen Steuerhinterziehung“.³⁹ *Focus* und *stern* informieren darüber übereinstimmend. Letzterer berichtet, dass die Staatsanwaltschaft am Tag zuvor „ihre Ermittlungen abgeschlossen“ habe und „nun die Wirtschaftsstrafkammer des Oberlandesgerichts München über die Zulassung der Anklage entscheiden“ müsse.⁴⁰

[Kriminalitaet-Bundesliga-Muenchen-Hoeness-Anwaelte-stellen-Strafanzeige:art500.2797040](#) (aufgerufen am 26. Mai 2014)

³⁷ Leyendecker, Hans: Steuerfahnder half Hoeneß bei Selbstanzeige, 2013, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/fc-bayern-praesident-steuerfahnder-half-hoeness-bei-selbstanzeige-1.1689638> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

³⁸ Kein Autor genannt: Anklage in Steueraffäre: Hoeneß kann auf Bewährung hoffen, 2013, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/fc-bayern-hoeness-kann-in-steueraffaere-mit-bewaehrung-rechnen-a-910965.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

³⁹ Titz, Andrea: Pressemitteilung Strafsachen vom 30. Juli 2013, 2013, <http://www.justiz.bayern.de/gericht/olg/m/presse/archiv/2013/04037/> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

⁴⁰ Kein Autor genannt: Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen Uli Hoeneß, 2013, <http://www.stern.de/news2/aktuell/staatsanwaltschaft-erhebt-anklage-gegen-uli-hoeness-2044945.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

30. Juli 2013 (Fortsetzung)

Mit dieser Entscheidung sei laut dem *Focus* nicht vor „Ende September zu rechnen“. Außerdem liefen „Disziplinarermittlungen gegen einen sich in Altersteilzeit befindenden Finanzbeamten“, so das *Focus*-Online-Portal.⁴¹

7. August 2013

Unter dem Titel „Hunderte Millionen in der Schweiz?“ berichtet *stern*-Redakteur Johannes Röhrig über angebliche Enthüllungen eines Informanten, „Hoeneß hätte durchgehend mehr als 500 Millionen Schweizer Franken auf seinem Schweizer Konto deponiert gehabt“. Außerdem kämen „drei weitere Konten in Bezug auf Hoeneß in Frage“, so der Informant gegenüber dem Online-Portal des *stern*.⁴²

8. August 2013

Hoeneß reagiert auf die Vorwürfe des *stern* und weist diese als „absurd“ zurück. Auf einem Charity-Golfturnier droht er außerdem mit juristischen Mitteln und lehnt weitere Statements zu den „ungeheuerlichen Unterstellungen“ entschieden ab.⁴³

⁴¹ Kein Autor genannt: OLG München: Anklage gegen Uli Hoeneß zugelassen, 2013, http://www.focus.de/sport/fussball/bundesliga1/bundesliga-olg-muenchen-anklage-gegen-uli-hoeness-zugelassen_aid_1147723.html (aufgerufen am 26. Mai 2014)

⁴² Röhrig, Johannes: Hunderte Millionen in der Schweiz?, 2013, <http://www.stern.de/panorama/hinweis-im-fall-hoeness-hunderte-millionen-in-der-schweiz-2047956.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

⁴³ Röhrig, Johannes: Hoeneß droht, sagt aber nichts, 2013, <http://www.stern.de/wirtschaft/news/bayern-praesident-reagiert-auf-stern-bericht-hoeness-droht-sagt-aber-nichts-2048998.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

4. November 2013

Das Oberlandesgericht München veröffentlicht eine Pressemitteilung: „Die 5. Strafkammer (Wirtschaftsstrafkammer) des Landgerichts München II hat mit Beschluss vom 31.10.2013 die Anklage der Staatsanwaltschaft München II vom 30.07.2013 gegen Ulrich H. wegen Steuerhinterziehung unverändert zur Hauptverhandlung zugelassen.“⁴⁴ Außerdem nennt das Münchner OLG den Zeitraum vom 10. März bis zum 13. März 2014 als angesetzte Verhandlungstage für das Strafverfahren gegen Hoeneß.⁴⁵



Abbildung 3: Uli Hoeneß auf der FCB-Jahreshauptversammlung im November 2013.

21. Februar 2014

Nach Recherchen der *Süddeutschen Zeitung*, die am 21. Februar 2014 online veröffentlicht werden, sollen die zu verhandelnden Summen „höher liegen, als bisher angenommen“. Nach Angaben von Hans Leyendecker und Georg Mascolo soll die Staatsanwaltschaft „Hoeneß' Steuerschuld auf 3,5 Millionen Euro beziffert haben“. ⁴⁶

⁴⁴ Titz, Andrea: Pressemitteilung Strafsachen vom 4. November 2013, 2013, <http://www.justiz.bayern.de/gericht/olg/m/presse/archiv/2013/04110/> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

⁴⁵ ebd.

⁴⁶ Leyendecker, Hans / Mascolo, Georg: Steuerfall Hoeneß noch größer als bekannt, 2014, <http://www.sueddeutsche.de/sport/prozess-gegen-bayern-praesident-steuerfall-hoeness-noch-groesser-als-bekannt-1.1895360> (aufgerufen am 27. Mai 2014)

28. Februar 2014

Der *Focus* enthüllt unter dem Titel „Selbstanzeige nicht anerkannt – Auf Hoeneß kommt eine harte Anklage zu“ einen Vorabartikel auf dessen Online-Portal. Reporter des *Focus* wollen herausgefunden haben, dass die „Staatsanwaltschaft München II die Selbstanzeige Hoeneß' für grundsätzlich unwirksam halte“. Die Staatsanwaltschaft „lehne außerdem eine strafmildernde Wirkung der Selbstanzeige ebenfalls ab“, so der *Focus*.⁴⁷

10. März 2014

Zu Beginn der Verhandlung sprechen Prozess-Berichterstatter gleich von einer „Überraschung“. *Spiegel* schreibt etwa: „Statt den vermuteten 3,5 Millionen Euro soll Hoeneß' Steuerschuld bei etwa 18,5 Millionen Euro liegen“.⁴⁸

2.3 Berichterstattung über den Hoeneß-Prozess während und nach der Verhandlung

10. März 2014

Zu Beginn der Verhandlung sprechen Prozess-Berichterstatter gleich von einer „Überraschung“. Unter anderem schreibt *Spiegel*: „Statt den vermuteten 3,5 Millionen Euro soll Hoeneß' Steuerschuld bei etwa 18,5 Millionen Euro liegen“. (siehe auch **Kapitel 2.2**, 10. März 2014)

⁴⁷ Festl, Florian: Auf Uli Hoeneß kommt eine harte Anklage zu, 2014, http://www.focus.de/prozess-anklaeger-erkennen-selbstanzeige-von-hoeness-nicht-an_id_3649817.html (aufgerufen am 27. Mai 2014)

⁴⁸ Bossy, Franiska / Kwasniewski, Nicolai: Steuerprozess: Hoeneß gesteht Steuerhinterziehung von 18,5 Millionen Euro, 2014, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/hoeness-prozess-fc-bayern-boss-wegen-steuerhinterziehung-vor-gericht-a-957792.html> (aufgerufen am 27. Mai 2014)

Tabelle 2: Veröffentlichte Artikel über die Causa Hoeneß im Zeitraum zwischen dem Prozessbeginn und der Urteilsverkündung

Veröffentlichte Artikel zwischen 10. März 2014 und 13. März 2014	„Bild“	„stern“	„Süddeutsche Zeitung“	Gesamt
„News“ bzw. Meldung	22	35	19	76
Kommentar	4	5	3	12
Exklusiv-Bericht bzw. -Reportage	1	1	-	2
Gesamt	27	41	22	90

Tabelle 2: Zusammenfassung der über Uli Hoeneß verfassten Artikel im Zeitraum 10. März 2014 bis 13. März 2014.

11. März 2014

Eine Steuerfahnderin des Rosenheimer Steueramtes sagt im Zuge ihrer Befragung aus, dass Hoeneß „im 'Best Case'-Szenario insgesamt 27,2 Millionen Euro Steuern hinterzogen“ habe. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet, dass „so von einer Bewährungsstrafe keine Rede mehr sein könne“.⁴⁹

12. März 2014

In einem Live-Ticker berichtet der *Focus* über den dritten Verhandlungstag des Prozesses mit der Eingangsfrage, ob „Hoeneß ins Gefängnis muss“. Im Laufe der Verhandlung akzeptiert die Verteidigung von Hoeneß laut *Focus* die „Steuerschuld von 27,2 Millionen Euro“, die somit „relevant für den Fall einer Verurteilung“ werde. Zu Ende des dritten Prozess-Tages verkündet Gerichtssprecherin Andrea Titz, dass am kommenden Tag mit „den Plädoyers und der Urteilsverkündung fortgefahren werden“ würde, „wenn keine weiteren Zeugen geladen und keine weiteren Anträge gestellt werden sollten“.⁵⁰

⁴⁹ Rammelsberger, Annette: Die Experten reden, Hoeneß hört zu, 2014, <http://www.sueddeutsche.de/sport/prozess-gegen-uli-hoeness-ein-schuhkarton-voller-millionen-1.1909938-2> (aufgerufen am 27. Mai 2014)

⁵⁰ Kwasniewski Nicolai / Rau, Maximilian: +++ Minutenprotokoll zum Hoeneß-Prozess +++ So lief der dritte Verhandlungstag, 2014, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/uli-hoeness-prozess-liveticker-vom-dritten->

13. März 2014

Am vierten und letzten Tag des Prozesses gegen Hoeneß wird dieser von Richter Rupert Heindl zu drei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt.⁵¹ Das Gros der deutschen Medienlandschaft meldet: „Hoeneß' Anwälte wollen in Revision gehen“. *Zeit* schreibt unter anderem: „Dann tritt Verteidiger Hanns W. Feigen noch kurz in der großen Lichthalle des Justizpalasts vor die Mikrofone. Er verkündet, dass er Revision beim Bundesgerichtshof einlegen wird.“⁵² Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtet von „der Ankündigung des Anwalts des Sportmanagers, in Revision zu gehen“.⁵³

Tabelle 3: Veröffentlichte Artikel über die Causa Hoeneß im Zeitraum zwischen der Urteilsverkündung und dem 30. Mai 2014

Veröffentlichte Artikel zwischen 13. März 2014 und 30. Mai 2014	„Bild“	„stern“	„Süddeutsche Zeitung“	Gesamt
„News“ bzw. Meldung	37	39	35	111
Kommentar	12	3	11	26
Exklusiv-Bericht bzw. -Reportage	9	3	3	15
Gesamt	58	45	49	152

Tabelle 3: Zusammenfassung der über Uli Hoeneß verfassten Artikel im Zeitraum 14. März 2014 bis 30. Mai 2014.

[prozess-tag-a-958068.html](http://www.prozess-tag-a-958068.html) (aufgerufen am 27. Mai 2014)

⁵¹ Titz, Andrea: Pressemitteilung Strafsachen vom 13. März 2014, 2014, <http://www.justiz.bayern.de/gericht/olg/m/presse/archiv/2014/04287/> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

⁵² Jahn, Joachim: Hoeneß' Anwalt kündigt Revision an, 2014, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/uli-hoeness-prozess-dreieinhalb-jahre-haft-12844645.html> (aufgerufen am 27. Mai 2014)

⁵³ Gut, Nina: Hoeneß' Anwalt will ein Rückspiel, 2014, <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-03/uli-hoeness-letzter-tag-urteil> (aufgerufen am 27. Mai 2014)

14. März 2014

Die Ankündigung einer Revision vor dem Bundesgerichtshof vom Vortag wird von Hoeneß korrigiert. Er habe sich „nach Gesprächen mit seiner Familie entschieden, das Urteil des Landgerichts München II in seiner Steuerangelegenheit anzunehmen“. Das „entspreche seinem Verständnis von Anstand, Haltung und persönlicher Verantwortung“, so Hoeneß in seiner Erklärung. Außerdem gibt Hoeneß bekannt, „all seine Ämter niederzulegen“. *Welt* veröffentlicht die komplette Hoeneß-Erklärung online und lässt diese unkommentiert.⁵⁴

1. April 2014

Nachdem in Folge des gültigen Urteils für Uli Hoeneß bekannt wurde, dass der ehemalige FCB-Funktionär seine Haftstrafe in der JVA Landsberg absitzen muss, berichtet u.a. der *Tagesspiegel* über die Größe der Zellen in der Landsberger JVA und den „täglichen Ablauf, der Hoeneß dort erwarte“.⁵⁵

Bis zum Ende des Rahmes dieser Arbeit (30. Mai 2014) veröffentlichten die genannten Medienunternehmen noch weitere Meldungen und Informationen zur Causa Hoeneß, wie etwa dessen Erpressung⁵⁶ oder wie weit sich dessen Haftantritt noch hinziehen kann.⁵⁷ Auch in naher Zukunft werden Medienschaffende in ganz Deutschland noch über den „Fall Hoeneß“ berichten, zumindest bis dieser seine Haft in der JVA Landsberg angetreten bzw. zum Teil verbüßt hat. Diese Berichterstattung wird jedoch in Kapitel 4 in Teilen beschrieben, ausgeführt und analysiert.

⁵⁴ Kein Autor genannt: Das ist die Erklärung von Uli Hoeneß, 2014, <http://www.welt.de/sport/fussball/bundesliga/fc-bayern-muenchen/article125793733/Das-ist-die-Erklaerung-von-Uli-Hoeness.html> (aufgerufen am 27. Mai 2014)

⁵⁵ Guyton, Patrick: Uli Hoeneß bekommt hier seine Zelle, 2014, <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/jva-landsberg-uli-hoeness-bekommt-hier-seine-zelle/9693866.html> (aufgerufen am 27. Mai 2014)

⁵⁶ Kein Autor genannt: Uli Hoeneß wurde erpresst, 2014, <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/vor-haftantritt-uli-hoeness-wurde-erpresst-1.1960518> (aufgerufen am 27. Mai 2014)

⁵⁷ Fehling, Jonas: „Das kann noch Monate dauern“ - Anwalt erklärt Hoeneß' Optionen im Knast-Poker, 2014, http://www.focus.de/finanzen/steuern/steuerprozess_uli_hoeness/anwalt-voellig-normaler-ablauf-uli-hoeness-koennte-noch-monatelang-auf-freiem-fuss-sein_id_3884899.html (aufgerufen am 30. Mai 2014)

3 Ethische Selbstverpflichtungen und rechtsstaatliche Grundsätze

Im folgenden Kapitel werden ethische Selbstverpflichtungen und rechtsstaatliche Grundsätze an Hand verschiedener Definitionen sowie allgemein gültiger Regeln („Publizistische Grundsätze“ bzw. „Pressekodex“, veröffentlicht durch den Deutschen Presserat bzw. anhand des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland) aufgezeigt. Der Rahmen beider Themenbereiche beschränkt sich auf die für die Berichterstattung über Uli Hoeneß relevanten Ziffern im Pressekodex und Artikel bzw. deren Absätze im Grundgesetz; weitere Ausführungen, die in indirektem Bezug zu der Berichterstattung stehen, werden nur angerissen.

3.1 Ethische Selbstverpflichtungen

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass es in Deutschland keine „bindende“ Medienethik an sich gibt, sondern die sogenannte „Medienethik“ viel mehr von verschiedenen Institutionen wie dem Deutschen Presserat oder verschiedenen Experten wie Otto Groth, Klaus Wieglerling und weiteren definiert bzw. von diesen „genormt“ wird. Klaus Wieglerling beschreibt in seinem Werk „Medienethik“ aus dem Jahr 1998 die Medienethik als „Disziplin, die den Zusammenhang zwischen medialem Ausdruck und menschlichem Verhalten untersucht; sie ist der Versuch, medienbedingtes Verhalten auf seine Verantwortlichkeit hin zu untersuchen; sie ist eine Disziplin, die versucht, die Ausführungsbestimmungen ethischer Gebote unter medialen Gesichtspunkten zu beleuchten.“⁵⁸ Otto Groth sieht in Bezug auf den Beruf des Journalisten nicht nur die „Ehre und Intellektualität, sondern auch seine Ethik“ gegeben.⁵⁹ Die wichtigste Quelle für Journalisten hinsichtlich ethischer Berufs- bzw. Selbstverpflichtungen sind die vom Deutschen Presserat herausgegebenen Publizistischen Grundsätze, die der breiten Öffentlichkeit wohl eher als Pressekodex bekannt sind. In 16 Ziffern und den entsprechenden Ausführungen geht der Deutsche Presserat auf das gesamte Spektrum der Arbeit des Journalisten-Berufs ein, die von Medienschaffenden aller Art beachten und befolgt werden soll(t)en.

⁵⁸ Wieglerling, Klaus: Medienethik, Stuttgart / Weimar, 1998, S. 1ff

⁵⁹ Groth, Otto: Die unerkannte Kulturmacht. Grundlegung der Zeitungswissenschaft (Periodik). Band 7: Das Wirken des Werkes 3. Das Werk im Ganzen der Kulturgesellschaft, Berlin, 1972, S. 622

Im Nachfolgenden wird detailliert auf die für diese Arbeit wichtigen Ziffern in Form von Ausführungen bzw. Kommentaren eingegangen. Die kompletten Publizistischen Grundsätze des Deutschen Presserates sind in Anhang 1 aufgeführt.

Die **Präambel** der Publizistischen Grundsätze des Deutschen Presserates fasst in wenigen Worten die Grundaufgaben für Journalisten zusammen: Verantwortung und Verpflichtung für die Wahrung des Ansehens der Presse, Objektivität, Achtung der Privatsphäre sowie die Wahrung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung. Journalisten sollten stets jene Werte achten und bei ihren Berichten jeglicher Art beachten.

Das höchste Gebot, sowohl im Grundgesetz der Bundesrepublik als auch im Pressekodex des Deutschen Presserates, ist die Achtung der Menschenwürde. Wie auch bereits in der Präambel erwähnt, müssen bzw. sollen Medienschaffende laut **Ziffer 1** der Publizistischen Grundsätze stets Artikel 1 GG achten und die Aufrichtigkeit der Medienbranche wahren.⁶⁰

Journalisten müssen/sollen, bezogen auf **Ziffer 2** des Pressekodex, stets sorgfältig recherchieren, den Wahrheitsgehalt ihrer Quellen prüfen und nicht bewiesene Thesen als solche kennzeichnen, um die Meinung der Rezipienten nicht in eine vorbestimmte Richtung zu lenken. Hans Julius Schneider fragt etwa, „ob eine bestimmte Äußerung sorgfältig, hilfreich, der Lage angemessen ist, ob sie zu einem realistischen Bild unserer Lage beiträgt und uns zum Guten befähigt, oder ob sie als Handlung ethisch zu kritisieren ist, ob sie anders hätte ausfallen oder unterbleiben sollen, sei es, weil sie unmittelbar schlechte Konsequenzen hat (was hier nicht behandelt wird), sei es, weil sie, gemessen an den ethischen Anforderungen, überflüssig oder vernebelnd ist.“^{61 62}

Sollten sich bereits veröffentlichte Artikel, Meldungen oder Beiträge anderer Art im Nachhinein als falsch herausstellen, muss – folgt man den Vorgaben des Deutschen Presserates – nach **Ziffer 3** der „Publizistischen Grundsätze“ eine zeitnahe Richtigstellung erfolgen. Dabei spielt es keine Rolle, ob andere bereits eine Berichtigung ihrerseits veröffentlicht haben;

⁶⁰ vgl. Anhang 1, Deutscher Presserat (Hrsg.): Publizistische Grundsätze (Pressekodex), Bonn, 2013, S. 4

⁶¹ Schneider, Hans Julius: Der systematische Ort der Medienethik, in Debatin, B. / Funiok, R. (Hrsg.), Kommunikations- und Medienethik, Konstanz, 2003, S. 28

⁶² vgl. Anhang 1, Deutscher Presserat (Hrsg.): Publizistische Grundsätze (Pressekodex), Bonn, 2013, S. 4

eine eigene Revision samt „Verbesserung der Tatsachen“ ist nötig.⁶³

Allgemein gilt, bezogen auf **Ziffer 4** der „Publizistischen Grundsätze“ des Deutschen Presserats, dass die Quellen, auf die sich Journalisten in ihren Werken beziehen, stets legal und somit nicht unzulässig, unehrenhaft und erdichtet sein dürfen. Außerdem gilt, dass bei der Beschaffung der Quellen stets allgemein gültige Normen berücksichtigt werden müssen/sollen.⁶⁴

Der „Schutz der Persönlichkeit“, **Ziffer 8** des „Pressekodex“, hat ungefähr den gleichen Stellenwert wie die „Achtung der Menschenwürde“. Medienschaffende müssen in ihren Beiträgen darauf achten, dass durch unzutreffende Behauptungen, Gerüchte und unbewiesene „Tatsachen“ die Objekte der Berichterstattung möglicherweise in ihrem Persönlichkeitsrecht verletzt werden – dies gilt ohne Unterscheidung in der Person auch für Prominente. Da bei Personen des öffentlichen Lebens jedoch ein erhöhtes Interesse durch die mediale Öffentlichkeit herrscht, gilt hier zwar das „Recht auf Identifizierung“ des Gegenstandes bzw. der Person, jedoch müssen trotzdem und gerade bei diesen Berichten die persönlichen Rechte beachtet und geschützt werden.⁶⁵

Ehre wird im Grundgesetz der Deutschen Bundesrepublik durch den Begriff „Würde“ ersetzt. In Artikel 1 Abs. 1 GG wird die „Würde des Menschen“ als „unantastbar“ bezeichnet. Weiterhin besteht die „Verpflichtung, diese zu schützen und zu achten“. Bezogen auf Berichterstattungen jeglicher Art gilt laut **Ziffer 9** der „Publizistischen Grundsätze“, dort bezeichnet mit „Schutz der Ehre“, die Prämisse, Verletzungen der Ehre zu vermeiden und die Personen, über die berichtet wird, als solche zu achten.⁶⁶

Wie in der deutschen Justiz gilt auch für Medien in Deutschland die „Unschuldsvermutung“ - **Ziffer 13** des „Pressekodex“. Personen, die Gegenstand eines juristischen Verfahrens sind, sind ohne Vorurteile zu behandeln - die Berichterstattung über Ermittlungs- bzw. Gerichtsverfahren muss ebenfalls vorurteilsfrei bleiben.⁶⁷

⁶³ vgl. Anhang 1, Deutscher Presserat (Hrsg.): Publizistische Grundsätze (Pressekodex), Bonn, 2013, S. 4

⁶⁴ ebd.

⁶⁵ ebd., S. 5

⁶⁶ ebd., S. 6

⁶⁷ vgl. Anhang 1, Deutscher Presserat (Hrsg.): Publizistische Grundsätze (Pressekodex), Bonn, 2013, S. 6

In den Richtlinien zu den jeweiligen Ziffern der Publizistischen Grundsätze geht der Deutsche Presserat genauer auf die unter den Ziffern genannten Vorgaben ein. Diese sind ebenfalls in Anhang 2 zu finden und werden ebenso näher erläutert.

Aufgabe der Presse ist es laut **Richtlinie 8.1** des Pressekodex, „Kriminalberichterstattung“, das Verlangen der Öffentlichkeit nach Informationen über aktuelle bzw. laufende Gerichtsverfahren zu stillen – in angemessener Weise und Beachtung der verschiedenen Publizistischen Grundsätze des Deutschen Presserats. Im Fall der juristischen Verhandlung über das Vergehen eines Prominenten gilt der Grundsatz der Identifizierung, da das mediale Interesse das Persönlichkeitsrecht des Betroffenen überwiegt. Zeugen, die sich in der Gerichtsverhandlung zu den Vorwürfen äußern, sollen weder im Text noch per Bild identifizierbar erwähnt werden.⁶⁸

Journalisten sollen bzw. müssen das Domizil des Angeklagten meiden, um nicht in dessen Privatsphäre einzudringen – so sieht es **Richtlinie 8.8** der „Publizistischen Grundsätze“, „Aufenthaltort“, vor. Das Deutsche Grundgesetz definiert unter **Artikel 13 Abs. 1 GG** die Wohnung als „unverletzlich“ - von Berichterstattungen vor dem Wohnsitz des Beschuldigten ist abzusehen.⁶⁹

Die objektive Berichterstattung vor und während einer Gerichtsverhandlung muss laut Pressekodex-**Richtlinie 13.1**, „Vorverurteilung“, das Ziel eines jeden Journalisten sein. Subjektive Einschätzungen der aktuellen Lage, also mögliche Vorverurteilungen durch die Medienschaffenden, sind unzulässig; sie könnten die Meinung der Öffentlichkeit in eine einseitige Einschätzung lenken und den Täter entgegen einer möglicher Unschuld bereits vor dem Urteilsspruch als Schuldigen erscheinen lassen.⁷⁰

Für den Zeitraum nach einem gültigen Rechtsspruch gilt nach **Richtlinie 13.2** der Publizistischen Grundsätze, „Folgeberichterstattung“, die Pflicht, über das Urteil selbst sowie mögliche Strafminderungen [z. B. in Folge eines (Teil-)Geständnisses etc.] zu berichten. Nicht nur das Gerichtsverfahren soll Gegenstand der Berichterstattung sein. Vielmehr soll auch über die Inhalte des Urteils berichtet werden.⁷¹

⁶⁸ vgl. Anhang 1, Deutscher Presserat (Hrsg.): Publizistische Grundsätze (Pressekodex), Bonn, 2013, S. 20f.

⁶⁹ ebd., S. 21

⁷⁰ ebd., S. 29

⁷¹ ebd., S. 29

Insgesamt gelten nach den Regeln des Deutschen Presserates also einige Grundregeln für Journalisten, die ebenfalls in den rechtsstaatlichen Grundsätzen (siehe **Kapitel 3.2**) Erwähnung finden. „Schutz der Menschenwürde“, „Schutz der Persönlichkeit“ und die „Unschuldsvermutung“ sind die drei wichtigsten Prinzipien für jedwede Berichterstattung in Deutschland. Bei der Analyse (**Kapitel 4**) werden verschiedene Artikel hinsichtlich ethischer Selbstverpflichtungen untersucht und festgestellt, inwieweit sich die Medienschaffenden mit ihren Berichten an die Regeln der Publizistischen Grundsätze bzw. des Pressekodex des Deutschen Presserates gehalten bzw. dagegen verstoßen haben.

3.2 Rechtsstaatliche Grundsätze

Unter dem Begriff rechtsstaatliche Grundsätze versteht man die durch das Grundgesetz garantierten Grundrechte sowie das rechtsstaatliche Handeln, konstituiert durch die freiheitlich-demokratische Grundordnung (kurz FDGO), die ebenso in der Verfassung der Bundesrepublik, dem Grundgesetz (nachfolgend GG), verankert ist. Für den vorliegenden Fall der Berichterstattung über Uli Hoeneß sind vor allem die Themengebiete der Kommunikation, des Presserechts und der -freiheit sowie die Freiheit der Berichterstattung relevant, weswegen die Definition der rechtsstaatlichen Grundsätze auf diese beschränkt wird. Die Gesetzesbestimmungen aus dem Deutschen Grundgesetz sind im Wortlaut in Anhang 2 zu finden.

In **Artikel 1 GG** wird die Würde des Menschen als „unantastbar“ konstituiert, der Mensch hat demzufolge einen „unveräußerlichen Eigenwert“.⁷² Volker Epping beschreibt den Wert des ersten Grundgesetz-Artikels als „beispiellos“, außerdem unterteilt er die Anwendungsfälle für die Rechtsprechung in sechs Fallgruppen. Besonders der „Schutz der persönlichen Ehre“ ist in Bezug auf die Berichterstattung über Uli Hoeneß wichtig. „Schutz der persönlichen Ehre, also des Geltungsanspruchs des Einzelnen vor Erniedrigungen und schwersten Beleidigungen ebenso wie vor kommerzieller Ausbeutung. Hier ist allerdings sehr genau darauf zu achten, dass nicht jede Beleidigung und Erniedrigung zugleich die Menschenwürde berührt. Nur wenn einem Menschen sein

⁷² Epping, Volker et. al.: Grundrechte. 5. Auflage, Hannover/Hamburg, 2012, Rn 593, S. 265

Geltungsanspruch grundsätzlich und in grob verachtender Weise abgesprochen wird, kommt ein Rückgriff auf **Artikel 1 Abs. 1 GG** in Betracht.⁷³ Somit ist mit im Begriff Würde auch die Ehre eines jeden Menschen mit eingeschlossen, die, in Bezug auf journalistische Darstellungen, stets von jedem Bürger, insbesondere auch von Medienschaffenden, berücksichtigt und bewahrt werden muss.

Außerdem setzt **Artikel 1 Abs. 3 GG** die Grundrechte der Verfassung als „unmittelbar geltendes Recht“ fest, die bindend für Gesetzgebung, vollziehende Gewalt sowie Rechtsprechung gelten.⁷⁴

Der als „Persönlichkeitsrecht“ bezeichnete **Artikel 2 Abs. 1 GG** sichert jedem Bürger der Bundesrepublik Deutschland „die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“ zu - jedoch wird in **Artikel 2 Abs. 1 GG** gleichzeitig eine Beschränkung vorgenommen. Mit der Einschränkung „soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt“ wird im gleichen Wortlaut noch festgelegt, dass die freie Entfaltung der eigenen Persönlichkeit nur dann möglich ist, wenn die Rechte anderer sowie allgemein gültige Normen (verfassungsmäßige Ordnung, Sittengesetz) geachtet werden. Epping unterteilt **Artikel 2 Abs. 1 GG** erneut in unterschiedliche Fallgruppen und beschreibt unter Ausführung a) „Darstellung der Person in der Öffentlichkeit“ die Bedeutsamkeit des Bestimmungsrechts des Einzelnen, „wie er sich in der Öffentlichkeit als Person darstellt“. Nach Epping geht es dabei nicht „um den Schutz einzelner Betätigungen“ (in Bezug auf die „allgemeine Handlungsfreiheit“), sondern um die Gewährleistungen der Voraussetzungen, „die es dem Grundrechtsträger ermöglichen, unter Wahrung seiner Persönlichkeit mit (unbekannten) Dritten in Kontakt zu treten.“

Außerdem soll „das allgemeine Persönlichkeitsrecht den Einzelnen vor entstellenden und verfälschenden Darstellungen seiner Person bewahren“, so Epping.⁷⁵ Das „Persönlichkeitsrecht“ garantiert außerdem den Schutz eines Einzelnen vor Äußerungen, die dieser selbst nicht begangen, ihm aber „in den Mund gelegt“ werden.^{76 77}

⁷³ Epping, Volker et. al., 2012, Rn 613, S. 274

⁷⁴ vgl. Anhang 2, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 2012, S. 1

⁷⁵ Epping, Volker et. al., 2012, Rn 635, S. 282ff.

⁷⁶ ebd., Rn 636 S. 282ff.

⁷⁷ vgl. Anhang 2, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 2012, S. 2

Der Gleichheitsgrundsatz aus **Artikel 3 GG** festigt nicht nur die „Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz“, sondern auch im täglichen Leben. Es gibt dem Recht nach also keine „Menschen zweiter Klasse“. Prominente sind demzufolge wie „normale“ Bürger zu behandeln; es gelten für „Personen des öffentlichen Interesses“ keine Sonderregeln.⁷⁸

Artikel 5 GG garantiert allen Bürgern in Deutschland verschiedene Rechte und gilt als das wichtigste Grundrecht für Journalisten und Medienschaffende. Neben Meinungs- und Pressefreiheit sowie Freiheit der Berichterstattung bestimmt Artikel 5 des GG auch das Zensurverbot. Dabei lassen sich bestimmte Grundrechte und Ausführungen in verschiedene Kategorien – Unterschied zwischen Meinung, Tatsache und „unteilbarer Äußerung“, „Geschütztes Verhalten“, „Schutzbereich der Informationsfreiheit“, „Rechtfertigung von Eingriffen“ und „Recht der persönlichen Ehre“ - unterteilen. Nachfolgend werden diese genannten Unterkategorien näher erläutert.⁷⁹

In Bezug auf die Meinungsfreiheit und die Meinung als solche, die sich aus **Artikel 5 Abs. 1 GG** ableiten, hat das Bundesverfassungsgericht mit Entscheid (BVerfGE) 65,1 (41) 124, 300 (320) den Grundsatz festgelegt, dass „es [bei der Meinung] auf den Wert, die Richtigkeit [und] die Vernünftigkeit nicht [ankommt]“.⁸⁰ Eine Meinung ist nach Epping „jede wertende Stellungnahme“, was Meinungen von Tatsachen als solche unterscheidet.

Der BVerfGE 90, 241 (247f.) definiert den Begriff Meinung:

„[...] Meinungen sind durch die subjektive Beziehung des Einzelnen zum Inhalt seiner Aussage geprägt. Für sie ist das Element der Stellungnahme und des Dafürhaltens kennzeichnend. Insofern lassen sie sich auch nicht als wahr oder unwahr erweisen. Sie genießen den Schutz des Grundrechts, ohne dass es darauf ankommt, ob die Äußerung begründet oder grundlos, emotional oder rational ist, als wertvoll oder wertlos, gefährlich oder harmlos eingeschätzt wird.“⁸¹

⁷⁸ vgl. Anhang 2, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 2012, S. 2

⁷⁹ ebd.

⁸⁰ Bundesverfassungsgericht mit Entscheid: BVerfGE 65, 1 (41) und BVerfGE 124, 300 (320)

⁸¹ BVerfGE 90, 241 (247f.)

Tatsachen hingegen lassen sich in „wahre und unwahre Tatsachenbehauptungen“⁸² unterteilen. Das Bundesverfassungsgericht definiert den Begriff Tatsachen folgendermaßen:

„Tatsachenbehauptungen sind dagegen im strengen Sinn keine Meinungsäußerungen. Im Unterschied zu diesen steht bei ihnen die objektive Beziehung zwischen der Äußerung und der Realität im Vordergrund. Insofern sind sie auch einer Überprüfung auf ihren Wahrheitsgehalt zugänglich.“⁸³

Eine bloße Unterteilung in diese beiden Kategorien kann ihrem Anspruch allerdings nie gerecht werden. Grundsätzlich werden bei der Berichterstattung nämlich Meinung und Tatsachen (egal ob wahr oder unwahr) miteinander vermischt – es entsteht also eine Mischform, eine „unteilbare Äußerung“⁸⁴. Diese führt das BVerfG ebenfalls an der bereits genannten Stelle aus:

„Die Abgrenzung von Meinungsäußerungen und Tatsachenbehauptungen kann freilich schwierig sein, weil beide häufig miteinander verbunden werden und erst gemeinsam den Sinn einer Äußerung ausmachen. In diesem Fall ist eine Trennung der tatsächlichen und der wertenden Bestandteile nur zulässig, wenn dadurch der Sinn der Äußerung nicht verfälscht wird.“⁸⁵

Ebenfalls aus **Artikel 5 Abs. 1 GG** werden der Schutz für den Inhalt sowie für die Form, Art und Weise einer Äußerung abgeleitet. Epping schreibt unter „Geschütztes Verhalten“ außerdem, dass so „sämtliche Modalitäten des Kommunikationsprozesses von der Kundgabe der Meinung bis zur Ankunft beim Empfänger“ und die „Wahl des Ortes und des Zeitpunkts einer Äußerung“ durch **Artikel 5 Abs. 1 GG** geschützt werden.⁸⁶

Unter „Schutzbereich der Informationsfreiheit“, der durch **Artikel 5 Abs. 1 GG** festgelegt wird, versteht man das Recht, „sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert [...] unterrichten [zu] [können].“⁸⁷

⁸² Epping et. al., 2012, Rn 215, S. 94

⁸³ BVerfGE 90, 241 (247f.)

⁸⁴ Epping et. al., 2012, Rn 215, S. 94

⁸⁵ BVerfGE 90, 241 (247f.)

⁸⁶ Epping et. al., 2012, Rn 220, S. 97

⁸⁷ ebd., Rn 224, S. 99

Unter „allgemein zugänglichen Quellen“ versteht man jedoch nicht jede erdenkliche Quelle, sondern Quellen, die durch die „Zweckbestimmung [des] [Urhebers]“ als „allgemein zugänglich“ definiert werden.⁸⁸

Diese Bestimmung erfährt detaillierte Ausformungen insbesondere im Bayerischen Pressegesetz (BayPrG) in der gültigen Fassung vom 24.12.2002 (GVBl. S.982) und im Kunst- und Urheberrechtsgesetz vom 09.01.1907, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16.02.2001 (BGBl. I S. 266), in dem die urheberrechtlichen Bestimmungen umfassend dargestellt und geregelt sind. Beispielhaft sei hier das „Recht auf das Bild“, das in **§ 22 KUrHG** ausgeführt wird, genannt.

Artikel 5 Abs. 2 GG gilt als „Qualifizierter Gesetzesvorbehalt“, der die Grundrechte des **Artikel 5 Abs. 1 GG** nicht schrankenlos, sondern unter Beachtung der „Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre“ gewährleistet.⁸⁹ Für den vorliegenden Fall sind in Bezug auf die „Vorschriften der allgemeinen Gesetze“ die Tatbestände der **§§ 185, 188 und 192** und die Tatbestände der **§§ 202, 203 StGB** besonders relevant. Liegt also ein Verstoß gegen „die Vorschriften der allgemeinen Gesetze“ wie z.B. die Erfüllung des Tatbestandes der Beleidigung (§185 StGB) vor, so wird die Pressefreiheit logischer Weise nicht schrankenlos gewährt, sondern „eingeschränkt“.

Das „Recht der persönlichen Ehre“ wird ebenfalls durch **Artikel 5 Abs. 2 GG** geregelt: Im Gesetzestext heißt es, dass „diese Rechte“, also Meinungs- und Pressefreiheit, Freiheit der Berichterstattung und Recht auf Informationsfreiheit sowie Zensurverbot aus **Artikel 5 Abs. 1 GG**, „ihre Schranken [...] in dem Recht der persönlichen Ehre“ finden. Epping bezieht sich bei **Artikel 5 Abs. 2 GG** auf die Begrenzung der „Kommunikationsgrundrechte des **Artikel 5 Absatz 1 GG**“ und stellt den „Vorbehalt des Gesetzes“ den Ausführungen des **Artikel 5 Abs. 2 GG** voran.^{90 91}

⁸⁸ Epping et. al., 2012, Rn 225, S. 99

⁸⁹ ebd., Rn 240, S. 106

⁹⁰ ebd., 2012, Rn 249, S. 111

⁹¹ vgl. Anhang 2, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 2012, S. 2

Die Feststellung, ob eine Ehrverletzung vorliegt, ist wohl eines der schwierigsten Rechtsbereiche überhaupt. Sie beginnt schon in der subjektiven Wahrnehmung durch den in seiner Ehre Angegriffenen selbst. Mit ein und dem gleichen Wortlaut einer Äußerung fühlt sich der eine Angesprochene in seiner Ehre verletzt, der andere nicht. Schwierig in der objektiven Beweisführung ist auch die Bewertung des Willens des die Ehre eines anderen Verletzenden, also seines subjektiven Täterwillens. Ebenso sind die Abgrenzungen in der Tatbestandserkennung durch die Gerichte fließend, auch dem jeweiligen Zeitgeist angepasst. Deshalb wird auch die mediale Darstellung in der Meinung und in der Würdigung des Verhaltens und Handels eines Dritten, das grenzwertig zu den o.g. Tatbeständen erfolgt, häufig eine Gratwanderung zwischen rechtskonformem Verhalten und Rechtsverletzungen sein.

Dem Recht auf Versammlungsfreiheit (**Artikel 8 GG**) räumt der Gesetzgeber insbesondere unter Betrachtung der jüngeren deutschen Geschichte (Weimarer Republik und III. Reich) einen sehr hohen Stellenwert ein. Da naturgemäß friedliche Versammlungen in aller Regel auch der Bekundung gemeinsamer Interessen oder der Auseinandersetzung differenzierter Meinungen dienen, ist bei den meisten Versammlungen das Recht auf freie Meinungsäußerung (**Artikel 5 GG**) mit tangiert. Deshalb werden in der Rechtsliteratur die **Artikel 5 GG** und **Artikel 8 GG** häufig auch das „klassische Grundrechtspaar“ genannt.

Für den der Betrachtung zu Grunde liegenden Fall ist das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nicht relevant. Deshalb erfolgen an dieser Stelle keine weiteren Ausführungen.⁹²

Mit **Artikel 10 GG** wird die Unverletzlichkeit von Mitteilungen, die per Brief, mit der Post, via Telefon oder anderen Kanälen (Fax, Email etc.) übermittelt werden, bestimmt. Nach Artikel 10 Abs. 1 des Grundgesetzes sind persönliche Nachrichten also unantastbar für Außenstehende – insbesondere dann, wenn bei Recherchen durch Journalisten der Inhalt von Briefen o.ä. an diese gelangt. Medienschaffende verstoßen insoweit gegen das Brief- bzw. Post- und Fernmeldegeheimnis, wenn sie ggf. ihre Rezipienten über die Inhalte persönlicher Nachrichten informieren und so die Unverletzlichkeit nicht berücksichtigen.⁹³

⁹² vgl. Anhang 2, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 2012, S. 3

⁹³ ebd.

Artikel 13 Abs. 1 GG zählt zur Gruppe der Grundrechte zur „Schutz der Privatsphäre“. Dieses Grundrecht soll laut Epping „die Privatheit der Wohnung als 'elementarer Lebensraum', der der freien Persönlichkeitsentfaltung des Einzelnen dient“, schützen.⁹⁴ ⁹⁵ Medienschaffende bzw. Journalisten müssen in Bezug auf **Artikel 13 Abs. 1 GG** also das Recht des Einzelnen auf die Selbstbestimmung in der eigenen Wohnung Rücksicht nehmen und sich – etwa zu Recherchezwecken – nicht unerlaubt Zugang zum Wohnsitz der Person, die Gegenstand der Berichterstattung ist, verschaffen. Außerdem gelten für die Berichterstattung vor der Wohnung bzw. dem Wohnsitz eines Prominenten besondere Regeln.⁹⁶

Die nachfolgend genannten Bestimmungen des Grundgesetzes und die darin enthaltenen rechtsstaatlichen Grundsätze sind nicht zentrale Gegenstände der Betrachtung im Fall Hoeneß.

Da sie aber in der Literatur als wesentliche rechtsstaatliche Grundsätze und elementare Fundamente allen rechtsstaatlichen Handelns sind, werden sie in Kurzform dargestellt.

Die „Wesensgehaltsgarantie“⁹⁷ aus **Artikel 19 Abs. 2 GG** gewährleistet, dass alle erlassenen Gesetze und rechtlichen Bestimmungen in jedem Fall die im Grundgesetz verankerten Grundrechte in ihrem Wesen beinhalten und berücksichtigen müssen. Die Grundrechte stehen in der rechtsstaatlichen Gesetzeshierarchie über allen speziellen Gesetzen.

Die „Rechtsschutzgarantie“⁹⁸ aus **Artikel 19 Abs. 4. GG** verpflichtet alle rechtsstaatlichen Institutionen, bei einer Verletzung der Rechte (Menschen- wie Bürgerrechte) dem Verletzten alle rechtlichen Möglichkeiten zur Einklagung seiner Rechte zu gewähren. Aus Satz 2 ergibt sich der Grundsatz der Anwendung der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der den Rechtsweg bis hin zu den höchsten Instanzen wie dem Bundesverfassungsgericht bei verfassungsrechtlichen oder dem Bundesgerichtshof bei strafrechtlichen Verfahrensangelegenheiten zulassen muss.

Uli Hoeneß hat nach der Urteilsverkündung durch die erste Instanz das Urteil angenommen, das somit rechtskräftig wurde. Er hat auf Rechtsmittel

⁹⁴ BVerfGE 42, 212 (219) (Quick/Durchsuchungsbefehl); 51, 97 (110)

⁹⁵ Epping et. al., 2012, Rn 667, S. 300

⁹⁶ vgl. Anhang 2, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 2012, S. 4

⁹⁷ Epping et. al., 2012, Rn 48, S. 20

⁹⁸ ebd., 2012, Rn 923f., S. 408ff.

wie z. B. die Berufung oder die Revision verzichtet. Auch der Verzicht auf Ein- oder Widerspruch ist im Wesensgehalt der Rechtsweggarantie beinhaltet.⁹⁹

Aus der Bestimmung von **Artikel 20 GG** werden die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und des Übermaßverbotes abgeleitet. Beide Grundsätze sind elementarer Kernbestandteil allen rechtsstaatlichen Handelns, sowohl für die Legislative wie auch für die Exekutive und die richterliche Gewalt (Jurisdiktion). Die Angemessenheit der angewandten Mittel insbesondere im Vollzug der geltenden Gesetze ist Bestandteil jeden rechtsstaatlichen Eingriffs in die Rechte der Bürger und somit auch in die Grundrechte.

Eingriffe sind daher nur dann gerechtfertigt, wenn sie dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (auch: Übermaßverbot) entsprechen, also in Bezug auf einen legitimen Zweck geeignet, erforderlich und angemessen sind.^{100 101}

Der Grundsatz des Anspruchs auf rechtliches Gehör aus **Artikel 103 Abs. 1 GG** ist zwar kein Grundrecht, diesen aber gleichgestellt. Eine Vielzahl spezieller Bestimmungen wie die **§§ 33, 33a, 311a, 356a Strafprozessordnung** regeln im jeweiligen Gesetz die Formen und Bestimmungen insbesondere vor den Gerichten.

Der Rechtsgrundsatz „nulla poena sine lege“ – „keine Strafe ohne Gesetz“¹⁰² - in **Artikel 103 Abs. 2 GG** verbietet die Bestrafung unrechten Handelns, wenn dieses Handeln zum Zeitpunkt der Tat nicht per gültigem Gesetz mit Strafe bedroht ist. Eine nachträgliche Bestrafung durch ein neu erlassenes Gesetz scheidet demnach aus.

⁹⁹ vgl. Anhang 2, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 2012, S. 6f.

¹⁰⁰ Epping et. al., 2012, Rn 48, S. 20

¹⁰¹ vgl. Anhang 2, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 2012, S. 7

¹⁰² Epping et. al., Rn 972, S. 429

Der Grundsatz des Strafklageverbrauchs in **Artikel 103 Abs. 3 GG** verbietet die Doppelbestrafung. Dies gilt grundsätzlich auch, wenn zu einem Zeitpunkt, nach dem ein Urteil rechtskräftig geworden ist, Kenntnisse gewonnen werden, die eine höhere Bestrafung rechtfertigen würden.

Würden z.B. im Fall Hoeneß noch höhere Steuerhinterziehungen ermittelt, wäre eine nochmalige Bestrafung, wenn die neuen Ermittlungsergebnisse nicht auf eine eigenständige andere Tat zurückzuführen sind, nicht zulässig.¹⁰³

Alle freiheitsentziehenden und freiheitsbeschränkenden Maßnahmen, somit auch der Strafvollzug in einer Haftanstalt, müssen nach **Artikel 104 Abs 1. GG** in einer gesetzlich vorgeschriebenen Form erfolgen.¹⁰⁴ Neben dem Gesetz über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen (kurz: Freiheitsentziehungsgesetz – FrhEntzG – vom 29.06.1959, BGBl. I 1956, 599, i.d.F. vom 19.08.2007) gelten auch besondere Vorschriften wie das Unterbringungsgesetz oder die Polizeigesetze der Länder. Eines haben alle Gesetze gemeinsam: grundsätzlich ist zu allen freiheitsentziehenden und/oder freiheitsbeschränkenden Maßnahmen eine richterliche Entscheidung erforderlich. Eine Willkür der Behörden oder der Polizei bleibt damit ausgeschlossen.¹⁰⁵

¹⁰³ vgl. Anhang 2, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 2012, S. 31

¹⁰⁴ Epping et. al., Rn 730, 731, S. 330

¹⁰⁵ vgl. Anhang 2, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 2012, S. 31

4 Analyse der medialen Berichterstattung über den Hoeneß-Prozess

In Kapitel 4 werden verschiedene Artikel hinsichtlich ethischer Selbstverpflichtungen und rechtsstaatlicher Grundsätze analysiert. Insgesamt werden drei verschiedene Arten der Berichterstattung - Nachricht bzw. News“ Kommentar und „Exklusiv-Bericht bzw. -Reportage“ - stellvertretend für den Rest der medialen Darstellung Uli Hoeneß' untersucht. Dabei wird zwischen inhaltlichen Merkmalen, der Darstellung der Person Uli Hoeneß und möglichen Verstößen gegen ethische Selbstverpflichtungen und rechtsstaatliche Grundsätze unterschieden.

Bereits in der Vergangenheit – also noch vor der Berichterstattung über die Causa Hoeneß - war nach Ansicht Christian Schichas besonders die *Bild-Zeitung* durch ihre „negative Rolle“ bei der Berichterstattung über Skandale aufgefallen, da für das Blatt des Springer-Verlags vor allem „Provokation und Tabuverletzung [...] zentrale Strategien dar[stellen], um die Aufmerksamkeit der Leser zu erreichen.“¹⁰⁶

4.1 Inhaltliche Abgrenzung

Der Rahmen der Analyse der vorliegenden Arbeit beschränkt sich, wie bereits bei **Kapitel 4** genannt, auf drei unterschiedliche Arten der Berichterstattung. Drei Arten der Online-Berichterstattung, Nachricht bzw. News, Kommentar sowie die journalistische Darstellungsform der Reportage werden näher behandelt und analysiert. Dabei findet die Analyse ihre Abgrenzung in ausgewählten Beispielen, da eine konkrete Analyse aller zum Thema Hoeneß und dessen Selbstanzeige bzw. Prozess veröffentlichten im vorgegebenen Rahmen nicht möglich wäre.

Zwar wurde eine Bestandsaufnahme all derer Artikel vorgenommen (siehe Tabellen in Kapitel 2.2); die analysierten journalistischen Darstellungen gelten dabei jedoch als Stellvertreter anderer Werke, die auf ähnliche Art und Weise im Zuge der Berichterstattung über Uli Hoeneß verfasst wurden. Sie sollen einen Überblick über die Vielfalt der journalistischen Darstellungsformen in der deutschen Medienlandschaft bieten.

¹⁰⁶ Schicha, Christian: Medienskandale, in Schicha, Christian / Brosda, Carsten (Hrsg.): Handbuch Medienethik, 1. Auflage, Wiesbaden, 2010, S. 382

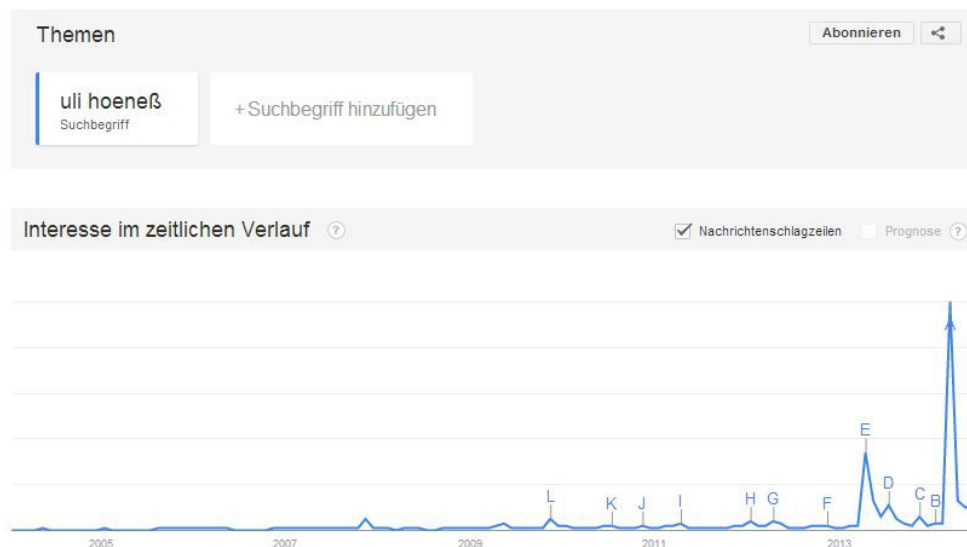


Abbildung 4: Google-Suchanfragen zum Thema "Hoeneß" zwischen 1. Januar 2002 und 30. Mai 2014.

4.2 Methodische Vorgehensweise

Der Analyse liegt eine methodische Vorgehensweise in Form einer im Vorfeld getroffenen Literatur- und Internet-Recherche (hinsichtlich qualitativer Relevanz), einer Auswahl relevanter (Online-)Artikel, die den begrenzten Rahmen der Analyse festsetzt, sowie verschiedener theoretischer Fragen, auf die jede Art der Berichterstattung geprüft werden, zu Grunde. Durch die Diversität der Fragestellungen lassen sich entscheidende Unterschiede zwischen den jeweiligen Berichten über das „gleiche Thema“, also die verschiedenen Berichterstattungen über die gleichsam relevanten Themen, ausmachen und ermöglichen so eine Aufspaltung in legitime und illegitime Darstellungsformen des jeweiligen Themas in puncto ethische Selbstverpflichtungen (siehe **Kapitel 3.1**) und rechtsstaatliche Grundsätze (siehe **Kapitel 3.2**).

Nachfolgend werden die Fragestellungen auf die unten analysierten Arten der Berichterstattung untersucht:

1. Welches Medium hat den relevanten Artikel wann und wo veröffentlicht? (Tageszeitung, Nachrichtenmagazin, jeweilige Online-Plattform dieser etc.)
2. Wer war die Verfasserin/der Verfasser des Artikels? Wie ist ihre/seine Stellung im jeweiligen Medienunternehmen?
3. Wie lang ist der Artikel? Welche Form der Darstellung wurde gewählt?
4. Wie war der Wissensstand des Autors und der Rezipienten vor und während dem Veröffentlichungszeitpunkt?
5. Was ist der Zweck bzw. die Intention des veröffentlichten Artikels?
6. Welche sprachlichen und rhetorischen Mittel hat der Autor gewählt?
7. Liegen Verstöße gegen die in Kapitel 3 definierten „ethischen Selbstverpflichtungen“ (7.1) und „rechtsstaatlichen Grundsätze“ (7.2) vor?

Die beschriebenen analytischen Fragen werden im jeweiligen Beispiel chronologisch mit nachstehenden Klammern (Bezug zur jeweiligen Frage) beantwortet. Eine abschließende Auswertung der Ergebnisse sowie Verbesserungsvorschläge zu den illegitimen Arten der Berichterstattung über Uli Hoeneß werden in **Kapitel 5** aufgezeigt.

4.3 Analyse der verschiedenen Arten der Prozess-Berichterstattung hinsichtlich ethischer Selbstverpflichtungen und rechtsstaatlicher Grundsätze

4.3.1 Zusammenfassung markanter Merkmale der Nachricht bzw. News

Das journalistische Format der Nachricht wird von Dietz Schwiesau und Josef Holer als „eine direkte, kompakte und möglichst objektive Mitteilung über ein neues Ereignis, das für die Öffentlichkeit wichtig und interessant ist“, definiert.¹⁰⁷

Die Kurznachricht soll also den Zweck einer objektiven und simplen Darstellung eines Geschehens mit großer Relevanz für die Öffentlichkeit darstellen.

Die British Broadcasting Corporation definiert eine Nachricht als „wahrheitsgemäß und sorgfältig wiedergegebene Informationen, die

- aktuelle Ereignisse überall auf der Welt zum Gegenstand haben, die
- gegenübergestellt werden anderen wahrheitsgemäß und sorgfältig erarbeiteten Hintergrundinformationen, die zuvor jedoch wie Nachrichten behandelt werden müssen, die auf faire Weise von ausgebildeten Journalisten ausgewählt werden“.¹⁰⁸

Die Nachrichten „Uli Hoeneß ist kein Vorbild mehr“ und „Hoeneß machte 130 Mio Gewinn“ sollen als Beispiel für ein Gros der von verschiedenen deutschen Medienunternehmen veröffentlichten Nachrichten zur „Steueraffäre Hoeneß“ dienen.

¹⁰⁷ Schwiesau, Dietz / Ohler, Josef: Die Nachricht. In Presse, Radio, Fernsehen, Nachrichtenagentur und Internet. Ein Handbuch für Ausbildung und Praxis. List / München, 2003

¹⁰⁸ British Broadcasting Corporation (BBC): In Arnold, Bern-Peter, Nachrichtenwert und Nachrichtenauswahl. In Media Perspektiven, Berlin / Frankfurt am Main, 1/1982, S. 28

Zu Beginn dieses Kapitels wird jedoch auf die grundsätzlichen Gemeinsamkeiten eingegangen, die sich im Allgemeinen bei den zahllosen, zur Causa Hoeneß, veröffentlichten Nachrichten verschiedener Tageszeitungen und Magazine sowie deren repräsentativer Online-Plattformen feststellen lassen:

- *Verwendungen von Pressemitteilungen* (teilweise ganz oder in Ausschnitten, u.a. von *dpa* und *süd*)

Meldung von Presseagenturen weltweit gelten im öffentlichen Verständnis meist als objektiv und gut recherchiert, weswegen der Großteil von Medienunternehmen diese in ihrer eigenen Berichterstattung verwenden und sie zum Teil ohne, zum Teil mit eigenen Ergänzungen veröffentlichen. Sollte ein Medienunternehmen die Meldung einer Presseagentur verwenden, so wird die Presseagentur, die die Meldung verfasst hat, am Ende der jeweiligen journalistischen Darstellungsform erwähnt; bei eigenen Ergänzungen wird diese um den Namen des Verfassers der eigenen Zusätze ergänzt.

Beispiele bei der Berichterstattung über die Selbstanzeige bzw. den Prozess von Uli Hoeneß sind hierbei etwa „Uli Hoeneß nur auf Kautionsfrei“¹⁰⁹, „Gericht verurteilt Hoeneß zu dreieinhalb Jahren Haft“¹¹⁰ und die unter 4.3.1 analysierte Nachricht „Uli Hoeneß ist kein Vorbild mehr“¹¹¹.

- *Meist objektive Berichterstattung (und Achtung der publizistischen Grundsätze bzw. des Pressekodex des Deutschen Presserates in ethischer Hinsicht und rechtsstaatlicher Grundsätze)*

Die Vielzahl der von sämtlichen deutschen Medienunternehmen veröffentlichten Nachrichten in Bezug auf den Fall Hoeneß haben sich an die Vorgaben der objektiven Berichterstattung, „ethischen Selbstverpflichtungen“ und „rechtsstaatlichen Grundsätze“ gehalten.

¹⁰⁹ Hoß, Dieter: Uli Hoeneß nur auf Kautionsfrei, 2013, <http://www.stern.de/panorama/steuerskandal-uli-hoeneß-nur-auf-kautionsfrei-2001359.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹¹⁰ Kein Autor genannt: Gericht verurteilt Hoeneß zu dreieinhalb Jahren Haft, 2014, <http://www.sueddeutsche.de/sport/urteil-im-steuerprozess-gericht-verurteilt-hoeneß-zu-dreieinhalb-jahren-haft-1.1911475> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹¹¹ Kein Autor genannt: „Uli Hoeneß ist kein Vorbild mehr“, 2013, <http://www.sueddeutsche.de/sport/verdacht-der-steuerhinterziehung-uli-hoeneß-ist-kein-vorbild-mehr-1.1654046> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

Dennoch gibt es einige Ausnahmen, auf die in der Analyse einzelner, markanter Nachrichten bzw. Kommentare eingegangen wird. Als Beispiele für „legitime“ Nachrichten gelten u.a. „Hoeneß-Anwälte wollen Anklage nicht zulassen“¹¹², „Zulassung der Anklage 'überrascht' Hoeneß“¹¹³ und „Hoeneß beklagt 'riesigen Prominentenmalus“¹¹⁴.

4.3.1.1 „Uli Hoeneß ist kein Vorbild mehr“

Nachdem am Vormittag des 20. April 2013 durch die News des *Focus* (siehe **Kapitel 2.2**, 20. April 2013) die Selbstanzeige Uli Hoeneß erstmals öffentlich bekannt wurde, folgten zahlreiche Berichterstattungen anderer Tageszeitungen und Nachrichtenmagazine, repräsentativ deren Online-„Ableger“. Am Abend des 20. April 2013 veröffentlichte die *Süddeutsche Zeitung* auf ihrem Internet-Portal die Nachricht „Uli Hoeneß ist kein Vorbild mehr“ ohne einen explizit genannten Autor, sondern als Agenturmeldung der *dpa* (Zu Frage 1 und 2).

Zu Beginn der von der *Süddeutsche Zeitung* veröffentlichten News ist auf einem Aufmacher-Bild Uli Hoeneß vor der Raute des FC Bayern in nachdenklicher Pose zu sehen. Der Inhalt der Nachricht „Uli Hoeneß ist kein Vorbild mehr“ ist in elf Abschnitte unterteilt, im Text befindet sich außerdem eine Bildergalerie mit dem Titel „Uli Hoeneß' Lieblingsfeinde in der Bundesliga, garantiert unversöhnlich“ (Zu Frage 3).

Der Wissensstand des Autors und des Rezipienten ist in etwa gleich, da sowohl Medienschaffende als auch die Öffentlichkeit vorab keine Informationen bzgl. der Selbstanzeige Hoeneß in Erfahrung bringen konnten. Vom Autor der Nachricht wird „die Möglichkeit der Steuerhinterziehung“ in Bezug auf eine vom *Focus* veröffentlichte Nachricht beschrieben, „die mit einem Konto in der Schweiz“ zusammenhängen soll (Zu Frage 4).

¹¹² Kein Autor genannt: Hoeneß-Anwälte wollen Anklage nicht zulassen, 2013, <http://www.bild.de/sport/fussball/uli-hoeness/hofft-auf-straaffreiheit-33049576.bild.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹¹³ Meinholtz, Viktoria: Zulassung der Anklage „überrascht“ Hoeneß, 2013, <http://www.stern.de/panorama/prozess-wegen-steuerhinterziehung-zulassung-der-anklage-ueberrascht-hoeness-2069029.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹¹⁴ Kein Autor genannt: Hoeneß beklagt „riesigen Prominentenmalus“, 2013, <http://www.sueddeutsche.de/sport/steuerprozess-des-bayern-praesidenten-hoeness-beklagt-riesigen-prominentenmalus-1.1847235> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

Die Haupt-Intention der Nachricht „Uli Hoeneß ist kein Vorbild mehr“ ist die Zusammenfassung verschiedener Meinungen einiger Politiker und „Personen aus dem politischen Leben“, die sich auf verschiedenen Wegen zur Selbstanzeige von Uli Hoeneß geäußert haben.¹¹⁵ Sekundär geht es dem Autor um die „Möglichkeit einer Steuerhinterziehung“, zur der dieser jedoch – wie vom Deutschen Presserat gefordert – in vermutender Art und Weise im Text Stellung bezieht (Zu Frage 5).

Der Titel der SZ-Nachricht „Uli Hoeneß ist kein Vorbild mehr“ ist dem Vorsitzenden des Landesverbandes Bayern der SPD, Florian Pronold, entliehen. Allgemein wurden in die Nachricht zahlreiche Zitate diverser Politiker „eingebaut“, die deren Stellung zur Selbstanzeige von Uli Hoeneß verdeutlichen sollen:

- „Ich weiß, dass ein Verfahren läuft“, sagte Seehofer.¹¹⁶
- Ude verstehe seit Jahren nicht, "warum die CSU so viele Sympathien für Steuerhinterzieher hegt, obwohl sie sonst so für Law and Order auftritt". Dass Hoeneß "so heftige Sympathien für die CSU" hege, "findet in den kommenden Wochen vielleicht eine zusätzliche Erklärung".¹¹⁷
- Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Carsten Schneider, betonte: "Es zeigt sich, dass es richtig war, das Steuerabkommen mit der Schweiz abzulehnen"¹¹⁸(Zu Frage 6).

Insgesamt lassen sich bei der objektiven Berichterstattung, der Verwendung der indirekten Rede und direkten Zitate in „Uli Hoeneß ist kein Vorbild mehr“ keine Verstöße gegen ethische Selbstverpflichtungen und rechtsstaatliche Grundsätze feststellen (Zu Frage 7).

¹¹⁵ Kein Autor genannt: Uli Hoeneß ist kein Vorbild mehr, 2013, <http://www.sueddeutsche.de/sport/verdacht-der-steuerhinterziehung-uli-hoeness-ist-kein-vorbild-mehr-1.1654046> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹¹⁶ ebd.

¹¹⁷ ebd.

¹¹⁸ Kein Autor genannt: Uli Hoeneß ist kein Vorbild mehr, 2013, <http://www.sueddeutsche.de/sport/verdacht-der-steuerhinterziehung-uli-hoeness-ist-kein-vorbild-mehr-1.1654046> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

4.3.1.2 „Hoeneß machte 130 Mio Gewinn“

Am dritten Verhandlungstag des Prozesses von Uli Hoeneß veröffentlichten die *Bild-Redakteure* Jörg Althoff, Oliver Grothmann und Jörg Völkerling auf *bild.de* die Nachricht „Hoeneß machte 130 Mio Gewinn“ (Frage 1 und 2).

Wie bei Online-Nachrichten allgemein üblich beginnt die News mit der Überschrift der Nachricht, „Hoeneß machte 130 Mio Gewinn“, gefolgt von einem großen Aufmacher-Bild (Quelle: *dpa*), das Hoeneß mit dessen Verteidiger Hanns W. Feigen am dritten Prozesstag zeigt. (Frage 3)

Die Nachricht „Hoeneß machte 130 Mio Gewinn“ ist in elf Absätze gegliedert, die durch zwei Überschriften, „Hoeneß machte 130 Mio Gewinn“ und „Selbstanzeige soll 60 bis 70 Mio Euro decken“ bekräftigt werden (Fortsetzung Frage 3).¹¹⁹

Der Wissensstand der Autoren und Rezipienten ist in etwa gleich: Beide Parteien wissen am dritten Prozesstag sowohl von den Enthüllungen einer Zeugin, dass Hoeneß „rund 27,2 Millionen Euro an Steuern hinterzogen“ haben soll, als auch von der strafbefreienden Wirkung von Hoeneß' Selbstanzeige, falls diese vom Gericht im Laufe des Verfahrens als rechtmäßig eingestuft werden sollte (Frage 4).

Althoff, Grothmann und Völkerling informieren die Öffentlichkeit mit ihrer Nachricht „Hoeneß machte 130 Mio Gewinn“ über „neue Details aus der Selbstanzeige Hoeneß“¹²⁰, die bis dato noch nicht bekannt waren: So soll Hoeneß „130 Mio Euro Gewinn“ gemacht haben und dies auch in seiner Selbstanzeige angegeben haben. Außerdem sei laut der Autoren, die sich bei ihren Ausführungen auf „die Verteidigung [Hoeneß]“ stützt, die strafbefreiende Wirkung der Selbstanzeige bis zu einer Höhe von „60 bis 70 Mio Euro“¹²¹ greifen – vorausgesetzt, das Gericht um Richter Rupert Heindl stuft diese als gültig ein (Frage 5).

¹¹⁹ Althoff, Jörg et. al.: Hoeneß machte 130 Mio Gewinn, 2014, <http://www.bild.de/sport/fussball/uli-hoeness/machte-130-mio-gewinn-35041542.bild.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹²⁰ Althoff, Jörg et. al.: Hoeneß machte 130 Mio Gewinn, 2014, <http://www.bild.de/sport/fussball/uli-hoeness/machte-130-mio-gewinn-35041542.bild.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹²¹ ebd.

Allgemein beschreiben die drei „Hoeneß machte 130 Mio Gewinn“-Autoren die neuen Kenntnisse auf objektive Art und Weise und verwenden dabei ein Zitat von Hoeneß-Verteidiger Hanns W. Feigen: „Wir sind ja nicht dämlich! In der Selbstanzeige sind sämtliche Zahlen bereits enthalten“¹²² (Frage 6).

Die objektive Art der Berichterstattung in „Hoeneß machte 130 Mio Gewinn“, gestützt auf allgemein bekannte Informationen und das Zitat Hanns W. Feigens, verstoßen weder gegen ethische Selbstverpflichtungen noch gegen rechtsstaatliche Grundsätze, die aus dem Grundgesetz abgeleitet werden (Frage 7).

4.3.1.3 Allgemeine Zusammenfassung hinsichtlich möglicher Verstöße gegen ethische Selbstverpflichtungen und rechtsstaatliche Grundsätze

Abschließend lässt sich über die in Kapitel 4.3.1 allgemein erwähnten, sowie die in 4.3.1.1 und 4.3.1.2 näher untersuchten Nachrichten „Uli Hoeneß ist kein Vorbild mehr“ und „Hoeneß machte 130 Mio Gewinn“, sagen, dass bei Nachrichten bzgl. der „Steueraffäre Hoeneß“ keine Verstöße hinsichtlich e.S. und r.G. vorliegen. Die Objektivität der veröffentlichten „News“ der meisten deutschen Medienunternehmen - im Speziellen *Bild*, *stern* und *Süddeutsche Zeitung* - setzt dabei statt möglicher Verstöße auf die geltenden Normen der Berichterstattung – gerade weil Agenturmeldungen mit eigenen Informationen ergänzt und so in „legitimer“ Art und Weise veröffentlicht werden.

¹²² ebd.

4.3.2 Zusammenfassung markanter Merkmale des Kommentars

Das „Projektteam Lokaljournalisten“ beschreibt in „ABC des Journalismus“ die Grundsätze des Kommentars:

„Der Kommentar nimmt im Regelfall zu einer aktuellen Nachricht Stellung. Er erläutert die Wichtigkeit des Themas, interpretiert die Bedeutung, macht mit Zusammenhängen vertraut, stellt Kombinationen an, wägt unterschiedliche Auffassungen ab, setzt sich mit anderen Standpunkten auseinander und verhilft dem Leser dazu, sich ein abgerundetes Bild über das Ereignis zu machen.“¹²³

Walter von La Roche unterteilt die journalistische Darstellungsform in drei verschiedene Formen, namentlich „Argumentations-Kommentar“, „Geradeheraus-Kommentar“ und „Einerseits-andererseits-Kommentar“¹²⁴. Für den vorliegenden Fall hat vor allem die von von La Roche als „Geradeheraus-Kommentar“ bezeichnete Form des Kommentars Relevanz, da diese laut von La Roche „je nach Anlass, Thema (und Temperament des Autors) [...] auch einmal aufs Argumentieren“ verzichtet und so auf direkte Art und Weise Begeisterung bzw. Empörung hervorruft.¹²⁵

Auf stilistischer Ebene unterscheidet sich der Kommentar im Gegensatz zu anderen journalistischen Darstellungsformen insbesondere durch folgende Merkmale:

- *Rhetorische Fragen und Ironie*

Rhetorische Fragen werden vom jeweiligen Autor stets zur Bekräftigung seiner Aussage verwendet – ein Informations-„Gewinn“ wird durch das Stilmittel der rhetorischen Frage nicht erzielt. Die Betonung im Kontext offenbart die rhetorische Frage, mit der der Autor seine eigene Meinung im Text kenntlich macht. Ironie gilt ebenfalls als rhetorische Figur, die ein Autor nutzt, um seine umgedrehte Zuneigung und somit seine tatsächliche Abneigung für etwas auszudrücken.

¹²³ Projektteam Lokaljournalisten (Hg.): ABC des Journalismus, 6. Auflage, München, 1990, S. 109

¹²⁴ von La Roche, Walter: Einführung in den praktischen Journalismus, Journalistische Praxis, 8. Auflage, Berlin, 2008, S. 177ff

¹²⁵ ebd.

Ein Beispiel für rhetorische Fragen in der Berichterstattung über den „Fall Hoeneß“ ist u.a. „Kann die Strafe im Fall Hoeneß ähnlich oder sogar milder ausfallen?“¹²⁶ und „Bewegte [Hoeneß] sich wirklich in zwei Welten – führte er an der Säbener Straße, dem Sitz des FC Bayern, penibel Buch und scherte er sich bei seinen Schweizer Spekulationen nicht um Nachweise?“¹²⁷. Für das Stilmittel der Ironie lassen sich folgende Beispiele anführen: „'Public Viewing' im Gefängnis: Bevor Uli Hoeneß seine Zelle in der JVA Landsberg am Lech bezieht, lädt die Justiz zum Tag der offenen Tür ein“¹²⁸ und „Nein, da muss man Fans und Spieler der übrigen 17 Bundesligisten enttäuschen: Der FC Bayern München bekommt keine Punkte abgezogen [...] Er wird auch nicht in eine andere Liga strafversetzt [...] Das Titelrennen der Bundesliga bleibt nach dem Urteil gegen Uli Hoeneß genauso langweilig wie an den bisherigen 24 Spieltagen dieser Saison“.¹²⁹

- Persönliche Erfahrungen des Autors

In der journalistischen Darstellungsform des Kommentars verwenden Autoren auch persönliche Erfahrungen mit dem Objekt der Berichterstattung, um für den Leser ein Gefühl der eigenen Bindung an das Thema entstehen zu lassen. Durch persönliche Berührungspunkte mit dem Thema, etwa in einem gemeinsamen Erlebnis mit der kommentierten Person oder einem Gespräch mit dem Nachbarn über diese, baut der Autor seinen Bezug zum Thema in den Kommentar ein.

¹²⁶ Werner, Carsten: „Ab in den Knast“, 2014, <http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Panorama/d/4420610/-ab-in-den-knast-.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹²⁷ Schäffer, Albert: Der Bürger Hoeneß, 2014, <http://www.faz.net/aktuell/politik/das-urteil-gegen-uli-hoeness-laesst-fragen-offen-12845578.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹²⁸ Prantl, Heribert: Tag der offenen Zelle, 2014, <http://www.sueddeutsche.de/panorama/oeffentliches-interesse-an-hoeness-straftvollzug-tag-der-offenen-zelle-1.1927274> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹²⁹ Jahn, Joachim: Gab es keinen Deal?, 2014, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/der-stern-darf-nicht-ueber-hoeness-spekulieren-12895836.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

„'Ab in den Knast mit ihm', war die Reaktion eines meiner Nachbarn, als ich mich gestern mit ihm über den Fall unterhielt“¹³⁰ oder „Ich bin Fußball-Fan [...] Ganz sicher nicht vom FC Bayern [...] Aber ich mag Uli Hoeneß [...] Fast wünschte ich mir, dass er nicht ins Gefängnis muss“¹³¹ zählen beispielsweise zu den Kommentar-Merkmalen der „persönlichen Erfahrungen des Autors“.

- Forderungen an das adressierte Objekt der Berichterstattung

In einem Kommentar kann bzw. soll der Autor Forderungen an das adressierte Objekt der Berichterstattung – beispielsweise an eine Person, eine öffentliche Einrichtung oder einen Verein – stellen und diese abschließend durch eigene Argumente sinnvoll begründen. Natürlich können diese Forderungen auf realistische oder in Verbindung mit Ironie unrealistische Ziele in der Zukunft abzielen; die Verwendung des Stilmittels der Ironie obliegt dem jeweiligen Autor. Beispiele für Forderungen in einem Kommentar zur Selbstanzeige bzw. zum Prozess von Uli Hoeneß sind u.a. „Eine Bewährungsstrafe und eine Millionen-Summe, die weh tut - das wäre für mich gefühlt ein gerechtes Urteil, falls die Selbstanzeige nicht korrekt gewesen sein sollte“¹³² und „Hoeneß hätte ohne jeden Gesichtsverlust beides haben können: Als Präsident den warmen Beifall seiner Freunde in der Bayern-Familie und die Größe, wenigstens den Aufsichtsratsposten ruhen zu lassen“¹³³.

Resümierend lässt sich also feststellen, dass die objektive Sichtweise bzw. Darstellung einer Nachricht der subjektiven Sicht des Autors mit all seinen eigenen Thesen und Behauptungen weicht und diese explizit von **Artikel 5 GG** hinsichtlich Meinungs- und Pressefreiheit geschützt wird. Dabei kann es natürlich trotz des Schutzes durch Artikel 5 Abs.1 GG zu kleineren oder größeren Verstößen gegen die Grundsätze der ethischen Selbstverpflichtungen wie auch gegen die rechtsstaatlichen Grundsätze kommen. Das folgende Beispiel geht ausführlich darauf ein.

¹³⁰ Werner, Carsten: „Ab in den Knast“, 2014, <http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Panorama/d/4420610/-ab-in-den-knast-.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹³¹ Heidemanns, Martin: Warum eigentlich kein Knast?, 2014, <http://www.bild.de/news/standards/bild-kommentar/von-martin-heidemanns-35030124.bild.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹³² Brügelmann, Matthias: Kein Knast für Hoeneß!, 2014, <http://www.bild.de/sport/fussball/uli-hoeness-steueraffaere/kein-knast-fuer-hoeness-34997300.bild.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹³³ Wiegand, Ralf: Der grandiose Selbstbetrug des Uli Hoeneß, 2014, <http://www.sueddeutsche.de/sport/jahreshauptversammlung-des-fc-bayern-der-grandiose-selbstbetrug-des-uli-hoeness-1.1819041> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

4.3.2.1 „Das Schurkenstück des Ulrich H.“

Der Chefredakteur des *Tagesspiegel*, Lorenz Maroldt, veröffentlichte am 5. November 2013 auf der Online-Plattform des *Tagesspiegels* seinen Kommentar „Das Schurkenstück des Ulrich H.“ (Zu Frage 1 und 2).

„Das Schurkenstück des Ulrich H.“ ist ungefähr 30 Zeilen lang, die in fünf Absätze unterteilt sind. Als (kleines) Aufmacher-Bild verwendete Maroldt ein Foto von Uli Hoeneß während der Verhandlung vor dem Landgericht München II zeigt (Zu Frage 3).

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Kommentars „Das Schurkenstück des Ulrich H.“ wussten Verfasser Maroldt und die Leserschaft über die bevorstehende Verhandlung am Münchner Landgericht II bzgl. der Selbstanzeige und Steuerhinterziehung Hoeneß' sowie über die Bestätigung Hoeneß' in dessen Ämtern durch den FC Bayern München Bescheid (Zu Frage 4).

Lorenz Maroldt wollte mit seinem Kommentar „Das Schurkenstück des Ulrich H.“ seine persönliche Kritik an der von ihm bezeichneten Uneinsichtigkeit Hoeneß' und der Bestätigung in dessen Ämtern durch den FC Bayern München äußern (Zu Frage 5).

Der Autor verwendet bei seinem Kommentar typische Merkmale der genannten journalistischen Darstellungsform:

- *Rhetorische Fragen* kombiniert mit *Ironie* wie „Was hatte er denn gedacht? Dass sich ein Richter nicht an einen bayerischen König herantraut? Oder erwartete er nach dem netten Handschlag der Kanzlerin beim Finale in Wembley, Merkel würde ihn raushauen?“¹³⁴
- *Wertende Substantive und Adjektive* wie „kleines Würstchen“¹³⁵, „der mal ein bisschen Mist gemacht hat“¹³⁶, „Schizophrener“¹³⁷ oder „Eure Armut kotzt uns an“.¹³⁸

¹³⁴ Maroldt, Lorenz: Das Schurkenstück des Ulrich H., 2013, <http://www.tagesspiegel.de/meinung/hoeness-prozess-das-schurkenstueck-des-ulrich-h-/9032646.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹³⁵ Maroldt, Lorenz: Das Schurkenstück des Ulrich H., 2013, <http://www.tagesspiegel.de/meinung/hoeness-prozess-das-schurkenstueck-des-ulrich-h-/9032646.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹³⁶ ebd.

¹³⁷ ebd.

¹³⁸ ebd.

- (Indirekte) Forderungen an das Objekt des Kommentars, die sich im Kontext erschließen. So fordert Maroldt Hoeneß indirekt auf, Einsicht zu zeigen und seine Ämter freiwillig niederzulegen (Zu Frage 6).

Nach Auffassung des Verfassers lassen sich in diesem Kommentar diverse Verletzungen der Grundsätze der ethischen Selbstverpflichtungen und der rechtsstaatlichen Grundsätze feststellen.

So verletzt Maroldt beispielsweise die ethische Selbstverpflichtung der „Achtung der Menschenwürde“, in dem er Hoeneß als „kleines Würstchen“, „populistischen Blender“ und „Schizophrenen“ bezeichnet und ihn abschließend als Repräsentant „des Drecks, an dem unsere Gesellschaft erstickt“, regelrecht verunglimpft.¹³⁹ Außerdem verstößt der Chefredakteur des „Tagesspiegels“ gegen die Ausführung „Vorverurteilung“ der Ziffer 13 der „publizistischen Grundsätze“, „Unschuldsvermutung“, indem er Hoeneß direkt an den sog. „medialen Pranger“ stellt und eine deutliche Verurteilung der Person Uli Hoeneß fordert (Zu Frage 7.1).

Rechtsstaatliche Grundsätze sind wohl ebenso missachtet worden. So verletzt der Autor des Kommentars „Das Schurkenstück des Ulrich H.“ mit seinen Äußerungen das „Recht der persönlichen Ehre“ (**Artikel 5 Abs. 2 GG**) von Uli Hoeneß: Hoeneß als „populistischen Blender“ bzw. „Schizophrenen“ und als „Dreck, an dem unsere Gesellschaft erstickt“ zu bezeichnen, verstößt meiner Meinung nach sowohl gegen **Artikel 1 GG** als auch gegen **Artikel 5 Abs. 2 GG**. Ob ein Verstoß gegen §185 StGB tatbestandsmäßig ist, hängt von der rechtlichen Würdigung der Organe der Rechtspflege ab.

Äußerungen wie die bereits genannten Begriffe „Schizophrener“, „kleines Würstchen“ bzw. „führt ein florierendes Fleischgeschäft, das vier Millionen Würsten täglich presst und die Mitarbeiter dazu“ sind nicht nur Unterstellungen, sondern meiner Einschätzung nach zumindest Verstöße gegen allgemein gültige Grundsätze bzw. Gesetze (im vorliegenden Fall gegen die Tatbestände der §§ 185 ff. StGB) - ob diese jedoch in strafrechtlicher Relevanz zu verfolgen wären, bleibt abschließend nicht zu klären.¹⁴⁰

¹³⁹ ebd.

¹⁴⁰ ebd.

Resümierend kann in Hinsicht auf mögliche Verstöße gegen ethische Selbstverpflichtungen und rechtsstaatliche Grundsätzen über den Kommentar „Das Schurkenstück von Ulrich H.“ von *Tagesspiegel*-Chefredakteur Lorenz Maroldt gesagt werden, dass dieser gegen zahlreiche Grundsätze – sowohl in ethischer als auch rechtsstaatlicher Sicht – verstößt und eine Strafverfolgung dessen meiner Meinung nach möglich gewesen wäre. Zwar gilt die journalistische Darstellungsform des Kommentars als „Plattform für eigene Meinungen“ - dennoch sollten gerade im Rahmen eines Kommentars besonders ethische Selbstverpflichtungen und rechtsstaatliche Grundsätze beachtet und gewahrt werden.

4.3.3 Zusammenfassung markanter Merkmale der Reportage

Die journalistische Darstellungsform der Reportage verbindet Fakten und persönliche Eindrücke mit – vorher noch nicht veröffentlichten - Hintergrundinformationen. Die Reportage fußt auf einer umfangreichen Themen-Recherche, schildert Rezipienten Ereignisse auf anschauliche Art und Weise, offenbart den Lesern neue Hintergrundinformationen und zitiert Augenzeugen bzw. Beteiligte. Die typischen Merkmale einer Reportage sind:

- Szenischer Einstieg

Durch eine Art Momentaufnahme aus einem bestimmten Geschehen heraus soll der Rezipient einen bildhaften Einstieg in die Reportage finden und so das Gefühl, „live dabei zu sein“, empfinden.

Beispiele bei der Berichterstattung über Uli Hoeneß sind etwa:

„Vereinzelte Bayernfans, ein paar Justiz-Junkies und ziemlich viele Journalisten: Schon Stunden vor Prozessbeginn haben sich die ersten Wartenden vor dem Gericht in Stellung gebracht [...] Sie alle wollen bei der Verhandlung im Fall Uli Hoeneß dabei sein - aus ganz unterschiedlichen Motiven“.¹⁴¹

oder

¹⁴¹ Fischhaber, Anna: Anstehen für Ulrich H., 2014, <http://www.sueddeutsche.de/sport/prozessaufakt-in-muenchen-anstehen-fuer-ulrich-h-1.1908170> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

„Nachbarn beschreiben den mutmaßlichen Erpresser von Ex-Bayern-Präsident Uli Hoeneß als komischen Typ [...] [Zusammen mit seiner Freundin soll Thomas S. einen Kiosk betrieben haben [...] Das ging allerdings schief – und der 50-Jährige geriet auf die schiefe Bahn“¹⁴².

- Ein bis zwei Hauptpersonen

In den meisten Fällen bezieht sich das Thema einer Reportage auf maximal zwei Hauptpersonen – etwa eine „Person des Öffentlichen Lebens“ mit einer ihr nahestehenden Person. Durch die Verbindung beider Personen können neue Themenbereiche belichtet und andere Prioritäten in den Fokus der jeweiligen Reportage gerückt werden. Die Reportage „Es war der einzig richtige Schritt“¹⁴³ gilt hierbei als Paradebeispiel und wird unter **4.3.3.1** weiter ausgeführt und näher beschrieben.

- Verwendung von Zitaten

Um die eigene Darstellung des Themas aus objektiver Sicht zu „untermauern“, verwenden Reportage-Autoren Zitate von Personen, die in das Thema der Reportage involviert oder zumindest eine gewisse Stellungnahme zu diesem Thema bereits öffentlich geäußert haben. Zitate stehen in Reportage für den Blickwinkel anderer, die ggf. die Meinung des Autors teilen bzw. eine andere Sichtweise zum Thema als der Verfasser bekundet haben.

Beispiele dafür sind unter anderem Zitate wie „'Im Haus haben sich alle gefürchtet, er war gruselig', sagte die Frau zu der Zeitung“¹⁴⁴ oder „Zu BILD sagt seine Frau Susi (seit 42 Jahren verheiratet) gestern: 'Es war der einzig richtige Schritt!'“¹⁴⁵

¹⁴² Tjong, Sandra: Nachbarn hatten Angst vor „grusligem“ Erpresser von Hoeneß, 2014, http://www.focus.de/finanzen/steuern/steuerprozess_uli_hoeness/angeblich-brauchte-er-geld-fuer-angehoerigen-komischer-typ-hoeness-erpresser-war-arbeitslos-und-pleite_id_3842042.html (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹⁴³ Kein Autor genannt: Es war der einzig richtige Schritt, 2014, <http://www.bild.de/bild-plus/sport/fussball/uli-hoeness-steueraffaere/es-war-der-einzig-richtige-schritt-35076572.jsRedirectFrom=conversionToLogin.bild.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹⁴⁴ Tjong, Sandra: Nachbarn hatten Angst vor „grusligem“ Erpresser von Hoeneß, 2014, http://www.focus.de/finanzen/steuern/steuerprozess_uli_hoeness/angeblich-brauchte-er-geld-fuer-angehoerigen-komischer-typ-hoeness-erpresser-war-arbeitslos-und-pleite_id_3842042.html (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹⁴⁵ Kein Autor genannt: Es war der einzig richtige Schritt, 2014, <http://www.bild.de/bild-plus/sport/fussball/uli-hoeness-steueraffaere/es-war-der-einzig-richtige-schritt-35076572.jsRedirectFrom=conversionToLogin.bild.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

- Veröffentlichung neuer Informationen bzw. „Blickwinkel“ bzgl. des Themas der Reportage

Die Reportage als Art der Berichterstattung über ein bestimmtes Thema verbindet sowohl den eigenen Standpunkt, Zitate Beteiligter sowie die Veröffentlichung neuer Standpunkte, die bisher nicht zum Objekt veröffentlicht wurden. Andere Sichtweisen und Meinungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, ist das Hauptziel der Reportage. So kommen unter anderem Nahestehende der Person, die im Fokus der Reportage steht, zu Wort, oder Betroffene werden auf andere Art und Weise als in anderen journalistischen Darstellungsweisen – etwa Nachricht oder Kommentar – dargestellt. Beispiele für neue Standpunkte, die durch Reportagen dargestellt werden, sind beispielsweise die Meinung von Hoeneß' Ehefrau Susanne¹⁴⁶ oder die Meinungen verschiedener Besucher des Hoeneß-Prozess'.¹⁴⁷

4.3.3.1 „Es war der einzig richtige Schritt!“

Am 15. März 2014 – zwei Tage nach der Urteilsverkündung im Strafprozess gegen Uli Hoeneß und einen Tag nach dessen Verzicht auf Revision – veröffentlichte die *Bild*-Zeitung auf ihrer Online-Plattform *bild.de* die Reportage „Es war der einzig richtige Schritt“, ohne dabei explizit einen Autor zu nennen. Der einzige Name, der in der *Bild*-Reportage genannt wird, ist der des Fotografen: Sigfried Kiener (Zu Frage 1 und 2).

Die Reportage „Es war der einzig richtige Schritt“ ist in 16 Sinnabschnitte bzw. Absätze unterteilt. Als Aufmacher verwendete die *Bild*-Zeitung ein Foto der Familie Hoeneß, das den Verurteilten Uli Hoeneß mit seiner Frau Susanne und Sohn Florian sowie einem „Vertrauten der Familie“ auf dem privaten Anwesen der Familie zeigt.

¹⁴⁶ Kein Autor genannt: Es war der einzig richtige Schritt, 2014, <http://www.bild.de/bild-plus/sport/fussball/uli-hoeness-steueraffaere/es-war-der-einzig-richtige-schritt-35076572.jsRedirectFrom=conversionToLogin.bild.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

¹⁴⁷ Fischhaber, Anna: Anstehen für Ulrich H., 2014, <http://www.sueddeutsche.de/sport/prozessaufakt-in-muenchen-anstehen-fuer-ulrich-h-1.1908170> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

Außerdem sind im Artikel vier weitere Bilder zu finden: Auf einem dieser ist die eben beschriebene Szenerie erneut – allerdings aus einem anderen Blickwinkel – zu sehen, auf den anderen Bilder sieht man Uli Hoeneß mit „seinem Labrador Kuno“¹⁴⁸, eine „Restaurant-Mitarbeiterin, [die] den wartenden Journalisten Bratwurst-Semmeln [bringt]“ sowie die öffentliche Erklärung Hoeneß' zu seinem Verzicht auf eine Revision (Zu Frage 3).¹⁴⁹

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Reportage „Es war der einzig richtige Schritt“ wussten sowohl der Autor als auch die Öffentlichkeit über das infolge des Verzichts Hoeneß' auf Rechtsmittel rechtskräftig gewordene Urteil vom 13. März 2014 Bescheid. Der Verfasser wusste außerdem laut eigenen Angaben von der Besprechung Hoeneß' mit seiner Familie „in der Nacht nach dem Urteil“¹⁵⁰ (Zu Frage 4).

Die Intention, die hinter „Es war der einzig richtige Schritt“ steht, ist die Darstellung der Meinung von Susanne Hoeneß, der Frau des verurteilten Ex-Präsidenten des FC Bayern München sowie die unmittelbare Reaktion der Familie von Uli Hoeneß auf dessen Verzicht auf Revision und das damit rechtskräftig gewordene Gerichtsurteil mit drei Jahren und sechs Monaten Haft für Uli Hoeneß (Zu Frage 5).

In „Es war der einzig richtige Schritt“ lassen sich zahlreiche, für die Reportage typische Stilmittel bzw. Merkmale finden: Der Autor des Artikels beginnt die Reportage etwa mit dem szenischen Einstieg „16 Grad, Sonnenschein – es ist ein herrlicher Tag gestern am Tegernsee [...] Doch Uli Hoeneß (62), der auf der Veranda seines Hauses sitzt, kann ihn nicht genießen“¹⁵¹, um dem Rezipienten das Gefühl, „live dabei zu sein“, zu vermitteln. Als Hauptperson der Familie wählte der Verfasser die Ehefrau Uli Hoeneß', Susanne Hoeneß, und mit ihr die gesamte Familie Hoeneß – zumindest beiläufig in der Reportage.

¹⁴⁸ Kein Autor genannt: Es war der einzig richtige Schritt, 2014, <http://www.bild.de/bild-plus/sport/fussball/uli-hoeness-steueraffaere/es-war-der-einzig-richtige-schritt-35076572.jsRedirectFrom=conversionToLogin.bild.html>

¹⁴⁹ ebd.

¹⁵⁰ ebd.

¹⁵¹ ebd.

Wie bereits als „Merkmal der Reportage“ beschrieben, findet sich in „Es war der einzig richtige Schritt“ auch ein Zitat der Hauptperson Susanne Hoeneß: „Zu BILD sagt seine Frau Susi (seit 42 Jahren verheiratet) gestern: 'Es war der einzig richtige Schritt'“¹⁵², das außerdem für die Überschrift der Reportage verwendet wurde (Frage 6).



Abbildung 5: Foto der Familie Hoeneß mit Vertrauten auf dem Hoeneß-Anwesen.

Ein Verstoß gegen ethische Selbstverpflichtungen lässt sich meiner Meinung nach sicher belegen:

Durch das Aufmacher-Bild sowie zwei weitere Fotos in der Reportage verstößt die *Bild*-Zeitung deutlich gegen diverse „Publizistische Grundsätze“ des Deutschen Presserates:

Unter anderem wird die Ziffer 2 des Pressekodex, „Sorgfalt“, verletzt: Bei der Bildunterschrift des Aufmachers schreibt der Autor, dass „Susi Hoeneß [ein Schriftstück] prüfend lese“ - die Vermutung, die laut der „Sorgfalt-Ziffer“ des Pressekodex „als solche erkennbar zu machen“¹⁵³ ist, wird als Tatsache hingestellt. Ziffer 4 der publizistischen Grundsätze, „Grenzen der Recherche“, wird ebenfalls berührt - dort heißt es, dass „bei der Beschaffung von personenbezogenen Daten, Nachrichten,

¹⁵² Kein Autor genannt: Es war der einzig richtige Schritt, 2014, <http://www.bild.de/bild-plus/sport/fussball/uli-hoeness-steueraffaere/es-war-der-einzig-richtige-schritt-35076572.jsRedirectFrom=conversionToLogin.bild.html>

¹⁵³ vgl. Anhang 1, Deutscher Presserat (Hrsg.): Publizistische Grundsätze (Pressekodex), Bonn, 2013, S. 4

Informationsmaterial und Bildern [...] keine unlauteren Methoden angewandt werden [dürfen]¹⁵⁴ - ob das Fotografieren der Familie Hoeneß auf ihrem Privateigentum dabei als „unlauter“ gilt, ist abschließend nicht zu klären – doch gegen Ziffer 8 der „publizistischen Grundsätze des Deutschen Presserates, besonders gegen Richtlinie 8.8, „Aufenthaltort“, liegt ein Verstoß vor. Dort heißt es: „Der private Wohnsitz sowie andere private Aufenthaltsorte, wie z.B. Krankenhäuser, Pflege- oder Rehabilitationseinrichtungen, genießen besonderen Schutz.“¹⁵⁵ Zwar gilt Uli Hoeneß als „Person des öffentlichen Lebens“ – dennoch genießt der private Wohnsitz laut Deutschem Presserat „besonderen Schutz“, der in der *Bild*-Reportage „Es war der einzig richtige Schritt“ deutlich verletzt werden. (Zu Frage 7.1).

Ob in der genannten Reportage Rechtsbrüche gegen rechtsstaatliche Grundsätze vorliegen, lässt sich nicht abschließend klären. Es ist anzunehmen, dass einige dieser zum Teil in Frage kommen und je nach Auslegung strafbar sein können.

In **Artikel 5 Abs. 1 GG** heißt es, dass „jeder das Recht [hat], seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten“ - allerdings findet die Meinungsfreiheit ihre Schranken in Artikel 5 Abs. 2 GG: „Diese Rechte finden ihre Schranken in der Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre“. Besonders letztgenanntes „Recht der persönlichen Ehre“ wird in der Reportage „Es war der einzig richtige Schritt“ in Verbindung mit **§§185 ff. StGB** tangiert: „Mehrere Flaschen Weißwein stehen auf dem Tisch, werden nach und nach geleert“ könnte möglicherweise den Tatbestand der Üblen Nachrede erfüllen und strafrechtlich verfolgt werden. **Artikel 13 Abs. 1 GG**, „Die Wohnung ist unverletzlich“, kommt für die vorliegende Reportage ebenfalls in Frage – allerdings lassen einige Formulierungen in „Es war der einzig richtige Schritt“ einen Verstoß gegen **Artikel 13 Abs. 1 GG** offen: Die Äußerung, „BILD-Reporter vor dem Haus außerhalb des Grundstücks“, entkräftet den Vorwurf einer möglichen Verletzung gegen **Artikel 13 Abs. 1 GG** – die Bilder der Familie Hoeneß von Fotograf Sigfried Kiener sind demzufolge vermutlich mit einem Tele-Objektiv außerhalb des Grundstücks aufgenommen worden. Andernfalls, etwa bei einem Eindringen in das

¹⁵⁴ vgl. Anhang 1, Deutscher Presserat (Hrsg.): Publizistische Grundsätze (Pressekodex), Bonn, 2013, S. 4

¹⁵⁵ vgl. Anhang 1, Deutscher Presserat (Hrsg.): Publizistische Grundsätze (Pressekodex), Bonn, 2013, S. 5

eingezäunte Grundstück der Familie ohne deren Zustimmung, wäre der Tatbestand des **§123 StGB** vollendet. Dann läge auch eine Verletzung des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung im Sinne des Artikels **13 Abs. 1 GG** vor. Weiterhin könnte die Aufnahme der „Restaurant-Mitarbeiterin, [die] den wartenden Journalisten Bratwurst-Semmeln“ bringt, einen Verstoß gegen **§22 KUrHG** beinhalten – sofern diese der Veröffentlichung des Bildes nicht zugestimmt hat. Dies ist abschließend allerdings nicht festzustellen (Zu Frage 7.2).

Abschließend lässt sich über die *Bild*-Reportage „Es war der einzig richtige Schritt“ vom 15. März 2014 feststellen, dass die – für provokante Berichterstattungen bekannte - Boulevard-Zeitung *Bild* in typischer Manier die Meinung von Susi Hoeneß darstellt. Journalistinnen und Journalisten sollten laut Friederike Herrmann „ihre Medienbeiträge daraufhin überprüfen, ob sie geeignet sind, jemanden bloßzustellen auszugrenzen oder zu verurteilen und damit Schamgrenzen zu verletzen. In diesem Fall können die Beiträge dem Voyeurismus der Zuschauer dienen. Solche Texte und Sendungen sind aus medienethischer Perspektive abzulehnen.“¹⁵⁶ Die vorliegenden Verstöße gegen ethischen Selbstverpflichtungen sowie mögliche Verstöße gegen rechtsstaatliche Grundsätze hätten meiner Meinung nach Folgen – etwa eine Rüge durch den Deutschen Presserat – nach sich ziehen müssen, die eine derartige Berichterstattung in ähnlichen Fällen von Grund auf unmöglich macht.

4.4 Beachtenswerte Verstöße gegen „ethische Selbstverpflichtungen“ und „rechtsstaatliche Grundsätze“

Neben den bereits genannten und zum Teil auch näher betrachteten Beispielen dürften auch zahlreiche andere Autoren und Medienunternehmen ethische Selbstverpflichtungen und rechtsstaatliche Grundsätze verletzt haben. Dieses Kapitel beschäftigt sich in chronologischer Reihenfolge mit Verstößen gegen die genannten Grundsätze und zeigt einige Beispiele.

¹⁵⁶ Herrmann, Friederike: Ein neuer Begriff des Privaten – Scham als medienethische Kategorie, in Debatin, B./Funiok, R. (Hrsg.): Kommunikations- und Medienethik, Konstanz, 2003, S.156

Gegen Ziffer 2 der publizistischen Grundsätze des Deutschen Presserates, „Sorgfalt“, verstößt unter anderem die *Bild*-Zeitung: In „Ist Hoeneß süchtig?“ vom 23. April 2013 wird die Vermutung „Selbst im Stadion bei wichtigen Bayern-Spielen, in Interviews oder bei Sitzungen – immer wieder schielte Hoeneß auf die aktuellen Börsenstände [...] Bis zu fünf Mal am Tag telefonierte er mit seiner Bank, machte seine Blitz-Geschäfte“¹⁵⁷ nicht als solche gekennzeichnet, sondern als Tatsache dargestellt.

In „Hatte Zocker Hoeneß den Überblick verloren?“ schreibt die *Bild* über Hoeneß' Konto in der Schweiz: „Das Konto hatte Hoeneß vor ca. 13 Jahren eröffnet [...] Es war ein reines Zocker-Konto. Das Geld auf dem Konto war reines Spielgeld.“¹⁵⁸ Statt mit vermutenden Verben wie soll oder könnte über das „Konto in der Schweiz“ zu berichten, wählt der – nicht genannte Autor – die Darstellung als Tatsache; ein deutlicher Verstoß gegen die ethische Selbstverpflichtung „Sorgfalt“, **Ziffer 2** des Pressekodex des Deutschen Presserates.

Ziffer 3 des Pressekodex des Deutschen Presserates, „Richtigstellung“, wurde im Zuge der Berichterstattung über das Strafverfahren Hoeneß ebenfalls außen vorgelassen: *Stern*-Chefredakteur Dominik Wichmann stellte in seinem Editorial vom 20. März 2014 die Frage, ob es im Prozess Hoeneß' möglicherweise zu einem „Deal“ hinsichtlich des Urteils gekommen sein könnte.¹⁵⁹ Daraufhin hatten Hoeneß' Anwälte vor dem Hamburger Landgericht eine einstweilige Verfügung über das Verbot der Äußerung der beschriebenen Unterstellungen gegen den *stern* erwirkt.

Laut den Vorgaben des Deutschen Presserates hätte nun eine Richtigstellung seitens des *stern* zwangsläufig erfolgen müssen – diese blieb jedoch aus: Die Verletzung der „Richtigstellung“-Ziffer der publizistischen Grundsätze des Deutschen Presserates ist also offensichtlich.

¹⁵⁷ Kein Autor genannt: Ist Hoeneß süchtig?, 2013, <http://www.bild.de/sport/fussball/uli-hoeness/boerse-zocker-spielsuechtig-30106754.bild.html> (aufgerufen am 2. Juni 2014)

¹⁵⁸ Kein Autor genannt: Hatte Zocker Hoeneß den Überblick verloren?, 2013, <http://www.bild.de/sport/fussball/uli-hoeness/hatte-er-bei-boersen-zockerei-den-ueberblick-verloren-31660882.bild.html> (aufgerufen am 2. Juni 2014)

¹⁵⁹ Jahn, Joachim: Gab es keinen Deal?, 2014, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/der-stern-darf-nicht-ueber-hoeness-spekulieren-12895836.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

Besonders schwer wiegen die Verletzungen der Richtlinie 13.1 der „publizistischen Grundsätze“ des Deutschen Presserates: Allgemein lässt sich über die Berichterstattung über die „Causa Hoeneß“ ab dem Bekanntwerden von dessen Selbstanzeige am 20. April 2013 sagen, dass sämtliche deutschen Medienunternehmen auf eine angemessene – und somit trotz der Selbstanzeige vorurteilsfreie – Berichterstattung verzichtet und stattdessen bereits vor der Veröffentlichung neuer, entscheidender Informationen, die „Moral-Keule geschwungen“ haben. So berichtete etwa die *Bild am Sonntag* am 18. Januar 2014 in „100 Börsen-Deals am Tag“ von Investitionen in verschiedenen Währungen: „Mal investierte er drei Millionen Euro in Dollar, mal 1,5 Millionen Euro in Yen.“¹⁶⁰ Da der Autor des Artikels diese Behauptungen jedoch nicht belegen kann, müsste Özgenc diese Anschuldigung zwangsläufig als Vermutung kennzeichnen. In „Anklage gegen Hoeneß!“ vom 9. Juli 2013 behauptet Oliver Grothmann, dass es Hoeneß im Falle eines „öffentlichen Prozesses [...] mit einem strengen Richter“¹⁶¹ zu tun bekommen würde. Einen Richter als „streng“ zu bezeichnen gilt im allgemeinen Sprachgebrauch stets als subjektive Einschätzung, also als Behauptung. Statt diese Mutmaßung deutlich als solche kenntlich zu machen, stellt Grothmann in seiner Nachricht die Strenge als Tatsache fest – meiner Meinung nach ein Verstoß gegen **Richtlinie 13.1** der publizistischen Grundsätze des Deutschen Presserates.

Ob und inwieweit Verstöße gegen rechtsstaatliche Grundsätze und allgemein geltende Gesetze der Bundesrepublik Deutschland vorliegen, ist Interpretationssache. Fest steht, dass diverse „rechtsstaatliche Grundsätze“ im vorliegenden Fall zumindest in Frage kommen und möglicherweise zum Teil verletzt wurden – eine Anzeige seitens Hoeneß und die daraus resultierende Strafverfolgung, die möglicherweise in einer rechtskräftigen Verurteilung enden könnte, hängt von der Sichtweise der zuständigen Staatsanwaltschaft bzw. des Gerichts ab.

¹⁶⁰ Özgenc, Kayhan: 100 Börsen-Deals am Tag, 2014, <http://www.bild.de/bild-plus/sport/fussball/uli-hoeness/100-boersen-deals-am-tag-34299326.bild.html> (aufgerufen am 2. Juni 2014)

¹⁶¹ Grothmann, Oliver: Anklage gegen Hoeneß!, 2013, <http://www.bild.de/sport/fussball/uli-hoeness/ihm-droht-ein-knallharter-richter-31186136.bild.html> (aufgerufen am 2. Juni 2014)

Besonders in Bezug auf **Artikel 5 Abs. 2 GG** bleiben hinsichtlich einiger Artikel Fragen offen:

Erfüllen die in Kapitel 4 beschriebenen Nachrichten und deren Autoren die Tatbestände des „subjektiven Täterwillens“ und der für **§185 StGB** erforderlichen Voraussetzungen in vollem Umfang? Bleibt somit eine strafrechtliche Verfolgung der Medienschaffenden außen vor? Sicher ist, dass der „mediale Pranger“, an den Uli Hoeneß „gestellt“ wurde, definitiv unrechtmäßig und ehrverletzend war bzw. immer noch ist. Abschließend lässt sich für den Themenbereich der vorliegenden Arbeit sagen, dass mögliche Verstöße gegen rechtsstaatliche Grundsätze nicht in zufriedenstellendem Maße abschließend bewertet werden können und daraus resultierend nur ein moralisches Urteil gefällt werden kann.

5 Fazit über die Berichterstattung des „Strafverfahren Hoeneß“

Wie bereits in den vorherigen Kapiteln zum Teil ausgeführt, lässt sich das abschließende Fazit dieser Arbeit in mehrere (Sinn-)Abschnitte unterteilen. So ist die mediale Darstellungsweise der Person Uli Hoeneß' und dessen Familie seit Beginn der Strafsache Hoeneß durch das Bekanntwerden dessen Strafanzeigen am 20. April 2013 auf moralischer Ebene wohl eindeutig zu verurteilen. Statt der Veröffentlichung vorverurteilender Informationen, hätten Journalisten, die über die „Causa Hoeneß“ berichtet haben, andere Wege nutzen sollen, um die Auflage und – insbesondere bei der Online-Berichterstattung - Visits zu steigern. Außerdem hätten meiner Meinung nach Richtigstellungen seitens der Medienunternehmen erfolgen müssen. Selbstverständlich bringt ein derartiges Vergehen eines Prominenten ein großes Medieninteresse mit sich – dennoch wäre eine angemessene und weniger diffamierende Darstellung der Person Uli Hoeneß meiner Ansicht nach wünschenswert bzw. notwendig gewesen. Diese Sichtweise äußerte unter anderem auch der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Nikolaus Schneider, gegenüber der *Bild*-Zeitung. Schneider warnte am 28. April 2014 etwa vor der „Zerstörung der Person Uli Hoeneß“ und zitierte die Bibel hinsichtlich „Trennung zwischen Tat und Täter“.¹⁶² Neben einer möglichen Zurschaustellung der Opfer am „Medien-Pranger“ sieht Micha Hilgers diese außerdem „mit der Zurschaustellung ihrer authentischen und unmittelbaren emotionalen Reaktionen, die angesichts ihrer Intensität keine Verhüllung und keinen Selbstschutz kennen noch vertragen, einer weiteren traumatisierenden Verletzung ausgesetzt: noch während des unmittelbaren Einflusses des ersten Traumas kommt ein zweites durch den Übergriff der Medienöffentlichkeit auf ihre Intimität hinzu.“¹⁶³

¹⁶² Schuler, R.: Ich habe Mitleid mit Uli Hoeneß, 2013, <http://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/ich-habe-mitleid-mit-uli-hoeneß-30188882.bild.html> (aufgerufen am 2. Juni 2014)

¹⁶³ Hilgers, Micha: Scham. Gesichter eines Affekts, Göttingen/Zürich, 1996, S. 177



Abbildung 6: Bild-Montage der Berliner Zeitung.

Sowohl auf moralischer Ebene als auch ethischer Ebene liegen in der Berichterstattung über die Strafsache Hoeneß zahlreiche Verstöße vor. So werden die publizistischen Grundsätze des Deutschen Presserates von Medienschaffenden im vorliegenden Fall definitiv nicht beachtet: Gegen annähernd jede Ziffer des Pressekodex des Deutschen Presserates hat das Gros deutscher Journalisten verstoßen und Entschuldigungen bzw. Richtigstellungen vermissen lassen. Matthew Kieran behauptet also zu Recht, „dass eine professionelle Medienarbeit nicht automatisch unmoralisch sein müsse. Außerdem könne die Fähigkeit zur moralischen Abwägung verschiedener Handlungsoptionen den Medienpraktiker in Konfliktsituationen befähigen, im Einklang mit seinen Pflichten zu handeln, wodurch professionelles Handeln sogar befördert werde.“¹⁶⁴ Besonders die „Achtung der Menschenwürde“, die beispielsweise durch die Bezeichnung der Person Uli Hoeneß als „Dreck, an dem unserer Gesellschaft erstickt“¹⁶⁵ durch *Tagesspiegel*-Chefredakteur Lorenz Maroldt (siehe **Kapitel 4.3.2.1**) gilt hierbei als Paradebeispiel der Missachtung ethischer Selbstverpflichtungen. Viele weitere Nachrichten, Reportagen und andere

¹⁶⁴ Kieran, Matthew: A Philosophical Approach, Westport/London, 1998, S. 8ff.

¹⁶⁵ Maroldt, Lorenz: Das Schurkenstück des Ulrich H., 2013, <http://www.tagesspiegel.de/meinung/hoeness-prozess-das-schurkenstueck-des-ulrich-h-/9032646.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

Arten der journalistischen Darstellungsformen verstoßen – wie ebenfalls weiter oben ausgeführt – etwa gegen die „Achtung des privaten Wohnsitzes“, die ethische Selbstverpflichtung der „Richtigstellung“ oder gegen „vorurteilsfreie“ Berichterstattungen. Annika Pohla sieht eine gewisse Grenze für „unmoralische“ Berichterstattungen:

„Sollten die jeweiligen professionellen Ziele dann nur mit – begründeter Maßen – unmoralischen Mitteln erreicht werden können, müssten diese Ziele geändert werden – vorausgesetzt, dass sich der Medienpraktiker auch ethischen Überlegungen verpflichtet fühlt.“¹⁶⁶

Begutachtet man die Berichterstattung über das Strafverfahren Hoeneß in Bezug auf Verletzungen rechtsstaatlicher Grundsätze, so lassen sich diese – wie bereits mehrfach erwähnt – nicht abschließend beurteilen; Berührungen einiger rechtsstaatlicher Grundsätze, wie etwa die der „Unverletzlichkeit der Wohnung“ gemäß **Artikel 13 Abs. 1 GG** oder **§§ 185 ff. StGB** kommen zumindest in Frage.

Welcher strafrechtliche Vorwurf einem/einer Prominenten gemacht wird, egal ob diese/r vorab eine Selbstanzeige erstattet hat oder ein Verfahren gegen im öffentlichen Blickpunkt stehende Personen im Raum steht oder eröffnet wurde, sollten zukünftige Berichterstattungen insbesondere an **Richtlinie 13.1** der publizistischen Grundsätze des Deutschen Presserates, „Vorverurteilung“, gebunden sein und diese Grundsätze auch beachtet werden. Durch eine vorurteilsfreie Berichterstattung und eine angemessene Darstellung der jeweils betroffenen Personen würden sowohl ethische Selbstverpflichtungen geachtet, als auch eine würdevolle Berichterstattung gewährleistet werden. Schicha fordert etwa, dass „die journalistische Sorgfaltspflicht neben einer gründlichen Recherche stets auch die Beachtung der Privat- und Intimsphäre sowie eine Zurückhaltung bei der Namensnennung potenzieller Straftäter“ benötigt.¹⁶⁷

Weiter obliegt den Journalisten in Deutschland, ihre Arbeit mit dem Verlangen ihrer Vorgesetzten nach möglichst hohen Auflagen und der stetigen Steigerung der Visits in der Online-Branche in Einklang mit ethischen und moralischen Grundsätzen zu bringen. Bei der Berichterstattung über Strafverfahren gilt es für Medienschaffende also,

¹⁶⁶ Pohla, Annika: Eine verbindliche normative Medienethik – ein unmögliches Unterfangen?, in: Debatin, B. / Funiok, R. (Hrsg.), Kommunikations- und Medienethik, Konstanz, 2003, S. 67

¹⁶⁷ Schicha, Christian: Medienskandale, in: Schicha, Christian / Brosda, Carsten (Hrsg.): Handbuch Medienethik, 1. Auflage, Wiesbaden, 2010, S. 387

Behauptungen, Mutmaßungen und Vermutungen jeglicher Art stets als solche zu kennzeichnen sowie den Objekten der Berichterstattung eine Chance auf eine Stellungnahme in ihren Artikeln einzuräumen und dadurch einem möglichen „Medien-Pranger“ präventiv entgegen zu wirken.

Insgesamt haben bei der Berichterstattung über das Strafverfahren Uli Hoeneß sowohl renommierte als auch Boulevard-Journalisten gegen die in dieser Arbeit ausgeführten ethischen Selbstverpflichtungen und rechtsstaatlichen Grundsätze verstoßen. Nachträglich ist zwar keine Änderung der veröffentlichten Artikel in angemessenem Maße mehr möglich – dennoch sollten gerade Journalisten durch die gemachten Fehler lernen, die publizistischen Grundsätze des Deutschen Presserates und rechtsstaatlichen Grundsätze achten, um in Zukunft in angemessener Art und Weise über prominente Straftäter zu berichten.

LITERATURVEREICHNIS

GRUNDGESETZ für die Bundesrepublik Deutschland, Ausfertigungsdatum:
23. Mai 1949, Stand 11. Juli 2012

DEUTSCHER PRESSERAT (Hrsg.): Publizistische Grundsätze
(Pressekodex), Bonn, 2013

Bücher

ARNOLD, Bern-Peter, Nachrichtenwert und Nachrichtenauswahl. In Media
Perspektiven, 1/1982

BRITISH BROADCASTING CORPORATION(BBC): In Arnold,
Bern-Peter, Nachrichtenwert und Nachrichtenauswahl. In
Media Perspektiven, Berlin / Frankfurt am Main, 1/1982

BAUSENWEIN, Christoph: Das Prinzip Uli Hoeneß – Ein Leben in
Widersprüchen, Neuauflage, Göttingen, 2014

DEBATIN, B./ FUNIOK, R. (Hrsg.): Kommunikations- und Medienethik,
Konstanz, 2003,

HERMANN, Friederike: Ein neuer Begriff des Privaten –
Scham als medienethische Kategorie, in Debatin,
B./Funiok, R. (Hrsg.): Kommunikations- und Medienethik,
Konstanz, 2003

POHLA, Annika: Eine verbindliche normative Medienethik –
ein unmögliches Unterfangen?, in Debatin, B. / Funiok,
R. (Hrsg.): Kommunikations- und Medienethik, Konstanz,
2003

SCHNEIDER, Hans Julius: Der systematische Ort der
Medienethik, in Debatin, B. / Funiok, R. (Hrsg.):
Kommunikations- und Medienethik, Konstanz, 2003

EPPING, Volker et. al.: Grundrechte. 5. Auflage, Hannover / Hamburg,
2012

GROTH, Otto: Die unerkannte Kulturmacht. Grundlegung der
Zeitungswissenschaft (Periodik). Band 7: Das Wirken des Werkes 3. Das
Werk im Ganzen der Kulturgesellschaft, Berlin, 1972

HILGERS, Micha: Scham. Gesichter eines Affekts, Göttingen / Zürich, 1996

KIERAN, Matthew: A Philosophical Approach, Westport / London, 1998

PROJEKTTEAM LOKALJOURNALISTEN (Hrsg.): ABC des Journalismus,
6. Auflage, München, 1990

SCHWIESAU, Dietz / OHLER, Josef: Die Nachricht. In Presse, Radio,
Fernsehen, Nachrichtenagentur und Internet. Ein Handbuch für Ausbildung
und Praxis. List, München, 2003

VON LA ROCHE, Walter: Einführung in den praktischen Journalismus, Journalistische Praxis, 8. Auflage, Berlin, 2008

WIEGERLING, Klaus: Medienethik, Stuttgart / Weimar, 1998

SCHICHA, Christian / BROSDA, Carsten (Hrsg.): Handbuch Medienethik, 1. Auflage, Wiesbaden, 2010

SCHICHA, Christian: Medienskandale, in SCHICHA, Christian / BROSDA, Carsten (Hrsg.): Handbuch Medienethik, 1. Auflage, Wiesbaden, 2010

Internetquellen

Bayerisches Staatsministerium für Justiz, justiz.bayern.de

TITZ, Andrea: Pressemitteilung Strafsachen vom 30. Juli 2013, 2013, <http://www.justiz.bayern.de/gericht/olg/m/presse/archiv/2013/04037/> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

TITZ, Andrea: Pressemitteilung Strafsachen vom 4. November 2013, 2013, <http://www.justiz.bayern.de/gericht/olg/m/presse/archiv/2013/04110/> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

TITZ, Andrea: Pressemitteilung Strafsachen vom 13. März 2014, 2014, <http://www.justiz.bayern.de/gericht/olg/m/presse/archiv/2014/04287/> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

„Bild“ Online, bild.de

ALTHOFF, Jörg et. al.: Hoeneß machte 130 Mio Gewinn, 2014, <http://www.bild.de/sport/fussball/uli-hoeness/machte-130-mio-gewinn-35041542.bild.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

BRÜGELMANN, Matthias: Kein Knast für Hoeneß!, 2014, <http://www.bild.de/sport/fussball/uli-hoeness-steueraffaere/kein-knast-fuer-hoeness-34997300.bild.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

GROTHMANN, Oliver: Anklage gegen Hoeneß!, 2013, <http://www.bild.de/sport/fussball/uli-hoeness/ihm-droht-ein-knallharter-richter-31186136.bild.html> (aufgerufen am 2. Juni 2014)

HEIDEMANN, Martin: Warum eigentlich kein Knast?, 2014, <http://www.bild.de/news/standards/bild-kommentar/von-martin-heidemanns-35030124.bild.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

KEIN AUTOR GENANNT: Es war der einzig richtige Schritt, 2014, <http://www.bild.de/bild-plus/sport/fussball/uli-hoeness-steueraffaere/es-war-der-einzig-richtige-schritt-35076572.jsRedirectFrom=conversionToLogin.bild.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

KEIN AUTOR GENANNT: Hatte Zocker Hoeneß den Überblick verloren?, 2013, <http://www.bild.de/sport/fussball/uli-hoeness/hatte-er-bei-boersen-zockerei-den-ueberblick-verloren-31660882.bild.html> (aufgerufen am 2. Juni 2014)

KEIN AUTOR GENANNT: Hoeneß-Anwälte wollen Anklage nicht zulassen, 2013, <http://www.bild.de/sport/fussball/uli-hoeness/hofft-auf-straaffreiheit-33049576.bild.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

KEIN AUTOR GENANNT: Ist Hoeneß süchtig?, 2013, <http://www.bild.de/sport/fussball/uli-hoeness/boerse-zocker-spielsuechtig-30106754.bild.html> (aufgerufen am 2. Juni 2014)

ÖZGENC, Kayhan: 100 Börsen-Deals am Tag, 2014, <http://www.bild.de/bild-plus/sport/fussball/uli-hoeness/100-boersen-deals-am-tag-34299326.bild.html> (aufgerufen am 2. Juni 2014)

SELL, A.: Börsensucht – gibt es das wirklich?, 2013, <http://www.bild.de/sport/fussball/uli-hoeness/gibt-es-wirklich-eine-boersensucht-30106824.bild.html> (aufgerufen am 3. Juni 2014)

SCHULER, R.: Ich habe Mitleid mit Uli Hoeneß, 2013, <http://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/ich-habe-mitleid-mit-uli-hoeness-30188882.bild.html> (aufgerufen am 2. Juni 2014)

WAGNER, Franz Josef: Post von Wagner: Lieber Uli Hoeneß, 2013, <http://www.bild.de/news/standards/franz-josef-wagner/lieber-uli-hoeness-30307826.bild.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

Bundesregierung, bundesregierung.de

KEIN AUTOR GENANNT: Regierungspressekonferenz vom 22. April, 2013, <http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Mitschrift/Pressekonferenzen/2013/04/2013-04-22-regpk.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

FC Bayern München, fcb.de

KEIN AUTOR GENANNT: Erfolge – Erlebniswelt, 2014, <http://fcb-erlebniswelt.de/de/historie/erfolge/index.php> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

“FOCUS” Online, focus.de

FEHLING, Jonas: „Das kann noch Monate dauern“ - Anwalt erklärt Hoeneß' Optionen im Knast-Poker, 2014, http://www.focus.de/finanzen/steuern/steuerprozess_uli_hoeness/anwalt-voellig-normaler-ablauf-uli-hoeness-koennte-noch-monatelang-auf-freiem-fuss-sein_id_3884899.html (aufgerufen am 30. Mai 2014)

FESTL, Florian: Auf Uli Hoeneß kommt eine harte Anklage zu, 2014, http://www.focus.de/prozess-anklaeger-erkennen-selbstanzeige-von-hoeness-nicht-an_id_3649817.html (aufgerufen am 27. Mai 2014)

KEIN AUTOR GENANNT: OLG München: Anklage gegen Uli Hoeneß zugelassen, 2013, http://www.focus.de/sport/fussball/bundesliga1/bundesliga-olg-muenchen-anklage-gegen-uli-hoeness-zugelassen_aid_1147723.html (aufgerufen am 26. Mai 2014)

KEIN AUTOR GENANNT: Uli Hoeneß unter „Verdacht der Steuerhinterziehung“, 2013,
http://www.focus.de/sport/fussball/bundesliga1/selbstanzeige-beim-finanzamt-uli-hoeness-unter-verdacht-der-steuerhinterziehung_aid_966246.html (Aufgerufen am 26. Mai 2014)

TJONG, Sandra: Nachbarn hatten Angst vor „grusligem“ Erpresser von Hoeneß, 2014,
http://www.focus.de/finanzen/steuern/steuerprozess_uli_hoeness/angeblich-brauchte-er-geld-fuer-angehoerigen-komischer-typ-hoeness-erpresser-war-arbeitslos-und-pleite_id_3842042.html (aufgerufen am 1. Juni 2014)

“Frankfurter Allgemeine Zeitung” Online, faz.net

JAHN, Joachim: Gab es keinen Deal?, 2014,
<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/der-stern-darf-nicht-ueber-hoeness-spekulieren-12895836.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

JAHN, Joachim: Hoeneß' Anwalt kündigt Revision an, 2014,
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/uli-hoeness-prozess-dreieinhalb-jahre-haft-12844645.html> (aufgerufen am 27. Mai 2014)

SCHÄFFER, Albert: Der Bürger Hoeneß, 2014,
<http://www.faz.net/aktuell/politik/das-urteil-gegen-uli-hoeness-laesst-fragen-offen-12845578.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

“Handelsblatt” Online, handelsblatt.de

HOFER, Joachim: Bayern-Aufsichtsrat grübelt über Hoeneß' Zukunft, 2013,
<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/management/koepfe/vorwurf-der-steuerhinterziehung-bayern-aufsichtsrat-gruebelt-ueber-hoeness-zukunft/8127584.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

“Münchner Merkur” Online, merkur-online.de

KLEIN, Günter: Um Freiheit und Ehre, 2013, <http://www.merkur-online.de/sport/fc-bayern/freiheit-ehre-uli-hoeness-steuer-selbstanzeige-2864472.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

“N24” Online, n24.de

WERNER, Carsten: „Ab in den Knast“, 2014,
<http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Panorama/d/4420610/-ab-in-den-knast-.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

“Spiegel Online”, [spiegel.de](http://www.spiegel.de)

BOSSY, Franiska / KWASNIEWSKI, Nicolai: Steuerprozess: Hoeneß gesteht Steuerhinterziehung von 18,5 Millionen Euro, 2014, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/hoeness-prozess-fc-bayern-boss-wegen-steuerhinterziehung-vor-gericht-a-957792.html> (aufgerufen am 27. Mai 2014)

HAMANN, Birger / PESCHKE, Sara: Steuerbetrug: Die Chronologie im Fall Hoeneß, 2013, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/die-chronologie-im-fall-hoeness-a-913935.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

KEIN AUTOR GENANNT: Anklage in Steueraffäre: Hoeneß kann auf Bewährung hoffen, 2013, <http://www.spiegel.de/sport/fussball/fc-bayern-hoeness-kann-in-steueraffaere-mit-bewaehrung-rechnen-a-910965.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

KWASNIEWSKI, Nicolai / RAU, Maximilian: +++ Minutenprotokoll zum Hoeneß-Prozess +++: So lief der dritte Verhandlungstag, 2014, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/uli-hoeness-prozess-liveticker-vom-dritten-prozess-tag-a-958068.html> (aufgerufen am 27. Mai 2014)

“Sportbild” Online, [sportbild.de](http://www.sportbild.de)

FALK, Christian: Hoeneß: „An einen Rücktritt denke ich nicht“, 2013, <http://sportbild.bild.de/bundesliga/vereine/bayern-muenchen/an-einen-ruecktritt-denke-ich-nicht-30094496.sport.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

“stern” Online, [stern.de](http://www.stern.de)

HOß, Dieter: Uli Hoeneß nur auf Kautions frei, 2013, <http://www.stern.de/panorama/steuerskandal-uli-hoeness-nur-auf-kautions-frei-2001359.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

KEIN AUTOR GENANNT: Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen Uli Hoeneß, 2013, <http://www.stern.de/news2/aktuell/staatsanwaltschaft-erhebt-anklage-gegen-uli-hoeness-2044945.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

KEIN AUTOR GENANNT: Wie die Steueraffäre ans Licht kam, 2014, <http://www.stern.de/tv/sterntv/chronologie-im-fall-hoeness-wie-die-steueraffaere-ans-licht-kam-2095883.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

MEINHOLZ, Viktoria: Zulassung der Anklage „überrascht“ Hoeneß, 2013, <http://www.stern.de/panorama/prozess-wegen-steuerhinterziehung-zulassung-der-anklage-ueberrascht-hoeness-2069029.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

RÖHRIG, Johannes: Anruf von Hoeneß, 2013, <http://www.stern.de/wirtschaft/news/steueraffaere-anruf-von-hoeness-2001920.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

RÖHRIG, Johannes: Hoeneß droht, sagt aber nichts, 2013, <http://www.stern.de/wirtschaft/news/bayern-praesident-reagiert-auf-stern-bericht-hoeness-droht-sagt-aber-nichts-2048998.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

RÖHRIG, Johannes: Hunderte Millionen in der Schweiz?, 2013, <http://www.stern.de/panorama/hinweis-im-fall-hoeness-hunderte-millionen-in-der-schweiz-2047956.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

RÖHRIG, Johannes: Spitzenvertreter der Bundesliga bunkerte halbe Milliarde, 2013, <http://www.stern.de/sport/fussball/geheimes-fussballkonto-in-der-schweiz-spitzenvertreter-der-bundesliga-bunkerte-halbe-milliarde-1955286.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

„Stimme“ Online, stimme.de

KEIN AUTOR GENANNT: Hoeneß-Anwälte stellen Strafanzeige, 2013, <http://www.stimme.de/sport/ueberregional/fussball/bundesliga/Fussball-Steuer-Kriminalitaet-Bundesliga-Muenchen-Hoeness-Anwaelte-stellen-Strafanzeige:art500,2797040> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

„Süddeutsche Zeitung“ Online, sueddeutsche.de

ALEYTHE, Saskia / SONNABEND, Lisa: Der Fall des Uli H., 2014, <http://www.sueddeutsche.de/sport/chronologie-der-hoeness-affaere-der-fall-des-uli-h-1.1674888> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

ESSLINGER, Detlef: Deutschland, einig Prangerland, 2013, <http://www.sueddeutsche.de/politik/skandale-in-der-mediengesellschaft-deutschland-ein-prangerland-1.1665130> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

FISCHHABER, Anna: Anstehen für Ulrich H., 2014, <http://www.sueddeutsche.de/sport/prozessaufakt-in-muenchen-anstehen-fuer-ulrich-h-1.1908170> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

KEIN AUTOR GENANNT: Gericht verurteilt Hoeneß zu dreieinhalb Jahren Haft, 2014, <http://www.sueddeutsche.de/sport/urteil-im-steuerprozess-gericht-verurteilt-hoeness-zu-dreieinhalb-jahren-haft-1.1911475> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

KEIN AUTOR GENANNT: Hoeneß beklagt „riesigen Prominentenmalus“, 2013, <http://www.sueddeutsche.de/sport/steuerprozess-des-bayern-praesidenten-hoeness-beklagt-riesigen-prominentenmalus-1.1847235> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

KEIN AUTOR GENANNT: Uli Hoeneß wurde erpresst, 2014, <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/vor-haftantritt-uli-hoeness-wurde-erpresst-1.1960518> (aufgerufen am 27. Mai 2014)

KEIN AUTOR GENANNT: "Uli Hoeneß ist kein Vorbild mehr", 2013, <http://www.sueddeutsche.de/sport/verdacht-der-steuerhinterziehung-uli-hoeness-ist-kein-vorbild-mehr-1.1654046> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

LEYENDECKER, Hans: Steuerfahnder half Hoeneß bei Selbstanzeige, 2013, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/fc-bayern-praesident-steuerfahnder-half-hoeness-bei-selbstanzeige-1.1689638> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

LEYENDECKER, Hans / MASCOLO, Georg: Steuerfall Hoeneß noch größer als bekannt, 2014, <http://www.sueddeutsche.de/sport/prozess-gegen-bayern-praesident-steuerfall-hoeness-noch-groesser-als-bekannt-1.1895360> (aufgerufen am 27. Mai 2014)

LEYENDECKER, Hans / OTT, Klaus: Richter erließ Haftbefehl gegen Hoeneß, 2013, <http://www.sueddeutsche.de/sport/verdacht-auf-steuerhinterziehung-richter-erliess-haftbefehl-gegen-hoeness-1.1657058> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

LEYENDECKER, Hans / OTT, Klaus: Adidas-Chef gab Hoeneß 20 Millionen Mark, 2013, <http://www.sueddeutsche.de/sport/affaere-um-konto-in-der-schweiz-adidas-chef-gab-hoeness-millionen-mark-1.1656067> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

PRANTL, Heribert: Tag der offenen Zelle, 2014, <http://www.sueddeutsche.de/panorama/oeffentliches-interesse-an-hoeness-strafvollzug-tag-der-offenen-zelle-1.1927274> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

RAMMELSBERGER, Annette: Die Experten reden, Hoeneß hört zu, 2014, <http://www.sueddeutsche.de/sport/prozess-gegen-uli-hoeness-ein-schuhkarton-voller-millionen-1.1909938-2> (aufgerufen am 27. Mai 2014)

WIEGAND, Ralf: Der grandiose Selbstbetrug des Uli Hoeneß, 2014, <http://www.sueddeutsche.de/sport/jahreshauptversammlung-des-fc-bayern-der-grandiose-selbstbetrug-des-uli-hoeness-1.1819041> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

“Tagesspiegel” Online, tagesspiegel.de

GUYTON, Patrick: Uli Hoeneß bekommt hier seine Zelle, 2014, <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/jva-landsberg-uli-hoeness-bekommt-hier-seine-zelle/9693866.html> (aufgerufen am 27. Mai 2014)

MAROLDT, Lorenz: Das Schurkenstück des Ulrich H., 2013, <http://www.tagesspiegel.de/meinung/hoeness-prozess-das-schurkenstueck-des-ulrich-h-/9032646.html> (aufgerufen am 1. Juni 2014)

“Welt” Online, welt.de

KEIN AUTOR GENANNT: Das ist die Erklärung von Uli Hoeneß, 2014, <http://www.welt.de/sport/fussball/bundesliga/fc-bayern-muenchen/article125793733/Das-ist-die-Erklaerung-von-Uli-Hoeness.html> (aufgerufen am 27. Mai 2014)

“Wall Street Journal” Online, wsj.de

SCHWAB, Natali: Adidas bekennt sich zu Bayern München, nicht zu Hoeneß, 2013, <http://www.wsj.de/article/SB10001424127887324266904578460382318421140.html> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

“Welt” Online, welt.de / “Facebook”, facebook.com

KEIN AUTOR GENANNT: Facebook-Post, 2013, <https://www.facebook.com/welt/posts/10151638361848115> (aufgerufen am 26. Mai 2014)

“Zeit” Online, zeit.de

GUT, Nina: Hoeneß' Anwalt will ein Rückspiel, 2014, <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-03/uli-hoeness-letzter-tag-urteil> (aufgerufen am 27. Mai 2014)

KEIN AUTOR GENANNT: "Da begann die Hölle für mich", 2013,
<http://www.zeit.de/sport/2013-05/uli-hoeness-steuern-schuld> (aufgerufen am 26.
Mai 2014)

TV-Sendungen

PLAßBERG, Frank: Hart aber fair, „Ausgerechnet Hoeneß – wem kann man jetzt noch trauen?“, 2013, <http://www.youtube.com/watch?v=L-dGJMgJjns> (aufgerufen am 3. Juni 2014)

SCHMIDT, Harald / POCHER, Oliver: Schmidt & Pocher, Uli Hoeneß schießt in den Belgrader Nachthimmel, 2010, <http://www.youtube.com/watch?v=WUoLcy6Lzgc> (aufgerufen am 3. Juni 2014)

Anlagen

Anlage 1: Publizistische Grundsätze (Pressekodex)



PUBLIZISTISCHE GRUNDSÄTZE (PRESSEKODEX)

Richtlinien für die publizistische Arbeit nach
den Empfehlungen des Deutschen Presserates

Beschwerdeordnung

INHALT

Präambel und Ziffern	3
Publizistische Grundsätze	8
Beschwerdeordnung	34

PUBLIZISTISCHE GRUNDSÄTZE (PRESSEKODEX)

*Vom Deutschen Presserat in Zusammenarbeit mit den Presseverbänden
beschlossen und erstmals Bundespräsident Gustav W. Heinemann am
12. Dezember 1973 in Bonn überreicht.*

Fassung vom 13. März 2013

PRÄAMBEL

Die im Grundgesetz der Bundesrepublik verbürgte Pressefreiheit schließt die Unabhängigkeit und Freiheit der Information, der Meinungsäußerung und der Kritik ein. Verleger, Herausgeber und Journalisten müssen sich bei ihrer Arbeit der Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit und ihrer Verpflichtung für das Ansehen der Presse bewusst sein. Sie nehmen ihre publizistische Aufgabe fair, nach bestem Wissen und Gewissen, unbeeinflusst von persönlichen Interessen und sachfremden Beweggründen wahr.

Die publizistischen Grundsätze konkretisieren die Berufsethik der Presse. Sie umfasst die Pflicht, im Rahmen der Verfassung und der verfassungskonformen Gesetze das Ansehen der Presse zu wahren und für die Freiheit der Presse einzustehen.

Die Regelungen zum Redaktionsdatenschutz gelten für die Presse, soweit sie personenbezogene Daten zu journalistisch-redaktionellen Zwecken erhebt, verarbeitet oder nutzt. Von der Recherche über Redaktion, Veröffentlichung, Dokumentation bis hin zur Archivierung dieser Daten achtet die Presse das Privatleben, die Intimsphäre und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Menschen.

Die Berufsethik räumt jedem das Recht ein, sich über die Presse zu beschweren. Beschwerden sind begründet, wenn die Berufsethik verletzt wird.

Diese Präambel ist Bestandteil der ethischen Normen.

Ziffer 1

WAHRHAFTIGKEIT UND ACHTUNG DER MENSCHENWÜRD

Die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse. Jede in der Presse tätige Person wahrt auf dieser Grundlage das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Medien.

Ziffer 2

SORGFALT

Recherche ist unverzichtbares Instrument journalistischer Sorgfalt. Zur Veröffentlichung bestimmte Informationen in Wort, Bild und Grafik sind mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen und wahrheitsgetreu wiederzugeben. Ihr Sinn darf durch Bearbeitung, Überschrift oder Bildbeschriftung weder entstellt noch verfälscht werden. Unbestätigte Meldungen, Gerüchte und Vermutungen sind als solche erkennbar zu machen.

Symbolfotos müssen als solche kenntlich sein oder erkennbar gemacht werden.

Ziffer 3

RICHTIGSTELLUNG

Veröffentlichte Nachrichten oder Behauptungen, insbesondere personenbezogener Art, die sich nachträglich als falsch erweisen, hat das Publikationsorgan, das sie gebracht hat, unverzüglich von sich aus in angemessener Weise richtigzustellen.

Ziffer 4

GRENZEN DER RECHERCHE

Bei der Beschaffung von personenbezogenen Daten, Nachrichten, Informationsmaterial und Bildern dürfen keine unlauteren Methoden angewandt werden.

BERUFSGEHEIMNIS

Ziffer 5

Die Presse wahrt das Berufsgeheimnis, macht vom Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch und gibt Informanten ohne deren ausdrückliche Zustimmung nicht preis. Die vereinbarte Vertraulichkeit ist grundsätzlich zu wahren.

TRENNUNG VON TÄTIGKEITEN

Ziffer 6

Journalisten und Verleger üben keine Tätigkeiten aus, die die Glaubwürdigkeit der Presse in Frage stellen könnten.

TRENNUNG VON WERBUNG UND REDAKTION

Ziffer 7

Die Verantwortung der Presse gegenüber der Öffentlichkeit gebietet, dass redaktionelle Veröffentlichungen nicht durch private oder geschäftliche Interessen Dritter oder durch persönliche wirtschaftliche Interessen der Journalistinnen und Journalisten beeinflusst werden. Verleger und Redakteure wehren derartige Versuche ab und achten auf eine klare Trennung zwischen redaktionellem Text und Veröffentlichungen zu werblichen Zwecken. Bei Veröffentlichungen, die ein Eigeninteresse des Verlages betreffen, muss dieses erkennbar sein.

SCHUTZ DER PERSÖNLICHKEIT

Ziffer 8

Die Presse achtet das Privatleben des Menschen und seine informationelle Selbstbestimmung. Ist aber sein Verhalten von öffentlichem Interesse, so kann es in der Presse erörtert werden. Bei einer identifizierenden Berichterstattung muss das Informationsinteresse der Öffentlichkeit die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen überwiegen; bloße Sensationsinteressen rechtfertigen keine identifizierende Berichterstattung. Soweit eine Anonymisierung geboten ist, muss sie wirksam sein.

Die Presse gewährleistet den redaktionellen Datenschutz.

Ziffer 9

SCHUTZ DER EHRE

Es widerspricht journalistischer Ethik, mit unangemessenen Darstellungen in Wort und Bild Menschen in ihrer Ehre zu verletzen.

Ziffer 10

RELIGION, WELTANSCHAUUNG, SITTE

Die Presse verzichtet darauf, religiöse, weltanschauliche oder sittliche Überzeugungen zu schmähen.

Ziffer 11

SENSATIONSBERICHTERSTATTUNG, JUGENDSCHUTZ

Die Presse verzichtet auf eine unangemessen sensationelle Darstellung von Gewalt, Brutalität und Leid. Die Presse beachtet den Jugendschutz.

Ziffer 12

DISKRIMINIERUNGEN

Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.

Ziffer 13

UNSCHULDSVERMUTUNG

Die Berichterstattung über Ermittlungsverfahren, Strafverfahren und sonstige förmliche Verfahren muss frei von Vorurteilen erfolgen. Der Grundsatz der Unschuldsvermutung gilt auch für die Presse.

MEDIZIN-BERICHTERSTATTUNG

Bei Berichten über medizinische Themen ist eine unangemessen sensationelle Darstellung zu vermeiden, die unbegründete Befürchtungen oder Hoffnungen beim Leser erwecken könnte. Forschungsergebnisse, die sich in einem frühen Stadium befinden, sollten nicht als abgeschlossen oder nahezu abgeschlossen dargestellt werden.

Ziffer 14

VERGÜNSTIGUNGEN

Die Annahme von Vorteilen jeder Art, die geeignet sein könnten, die Entscheidungsfreiheit von Verlag und Redaktion zu beeinträchtigen, ist mit dem Ansehen, der Unabhängigkeit und der Aufgabe der Presse unvereinbar. Wer sich für die Verbreitung oder Unterdrückung von Nachrichten bestechen lässt, handelt unehrenhaft und berufswidrig.

Ziffer 15

RÜGENVERÖFFENTLICHUNG

Es entspricht fairer Berichterstattung, vom Deutschen Presserat öffentlich ausgesprochene Rügen zu veröffentlichen, insbesondere in den betroffenen Publikationsorganen bzw. Telemedien.

Ziffer 16

Ziffer 1**WAHRHAFTIGKEIT UND ACHTUNG DER MENSCHENWÜRDE**

Die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse. Jede in der Presse tätige Person wahrt auf dieser Grundlage das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Medien.

RICHTLINIE 1.1 – EXKLUSIVVERTRÄGE

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über Vorgänge oder Ereignisse, die für die Meinungs- und Willensbildung wesentlich sind, darf nicht durch Exklusivverträge mit den Informanten oder durch deren Abschirmung eingeschränkt oder verhindert werden. Wer ein Informationsmonopol anstrebt, schließt die übrige Presse von der Beschaffung von Nachrichten dieser Bedeutung aus und behindert damit die Informationsfreiheit.

RICHTLINIE 1.2 – WAHLKAMPFBERICHTERSTATTUNG

Zur wahrhaftigen Unterrichtung der Öffentlichkeit gehört, dass die Presse in der Wahlkampfberichterstattung auch über Auffassungen berichtet, die sie selbst nicht teilt.

RICHTLINIE 1.3 – PRESSEMITTEILUNGEN

Pressemitteilungen müssen als solche gekennzeichnet werden, wenn sie ohne Bearbeitung durch die Redaktion veröffentlicht werden.

Ziffer 2 SORGFALT

Recherche ist unverzichtbares Instrument journalistischer Sorgfalt. Zur Veröffentlichung bestimmte Informationen in Wort, Bild und Grafik sind mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen und wahrheitsgetreu wiederzugeben. Ihr Sinn darf durch Bearbeitung, Überschrift oder Bildbeschriftung weder entstellt noch verfälscht werden. Unbestätigte Meldungen, Gerüchte und Vermutungen sind als solche erkennbar zu machen.

Symbolfotos müssen als solche kenntlich sein oder erkennbar gemacht werden.

RICHTLINIE 2.1 – UMFRAGEERGEBNISSE

Bei der Veröffentlichung von Umfrageergebnissen teilt die Presse die Zahl der Befragten, den Zeitpunkt der Befragung, den Auftraggeber sowie die Fragestellung mit. Zugleich muss mitgeteilt werden, ob die Ergebnisse repräsentativ sind.

Sofern es keinen Auftraggeber gibt, soll vermerkt werden, dass die Umfragedaten auf die eigene Initiative des Meinungsbefragungsinstituts zurückgehen.

RICHTLINIE 2.2 – SYMBOLFOTO

Kann eine Illustration, insbesondere eine Fotografie, beim flüchtigen Lesen als dokumentarische Abbildung aufgefasst werden, obwohl es sich um ein Symbolfoto handelt, so ist eine entsprechende Klarstellung geboten. So sind

- Ersatz- oder Behelfsillustrationen (gleiches Motiv bei anderer Gelegenheit, anderes Motiv bei gleicher Gelegenheit etc.)
- symbolische Illustrationen (nachgestellte Szene, künstlich visualisierter Vorgang zum Text etc.)
- Fotomontagen oder sonstige Veränderung

deutlich wahrnehmbar in Bildlegende bzw. Bezugstext als solche erkennbar zu machen. →

RICHTLINIE 2.3 – VORAUSBERICHTE

Die Presse trägt für von ihr herausgegebene Vorausberichte, die in gedrängter Fassung den Inhalt einer angekündigten Veröffentlichung wiedergeben, die publizistische Verantwortung. Wer Vorausberichte von Presseorganen unter Angabe der Quelle weiterverbreitet, darf sich grundsätzlich auf ihren Wahrheitsgehalt verlassen. Kürzungen oder Zusätze dürfen nicht dazu führen, dass wesentliche Teile der Veröffentlichung eine andere Tendenz erhalten oder unrichtige Rückschlüsse zulassen, durch die berechnete Interessen Dritter verletzt werden.

RICHTLINIE 2.4 – INTERVIEW

Ein Wortlautinterview ist auf jeden Fall journalistisch korrekt, wenn es das Gesagte richtig wiedergibt. Wird ein Interview ganz oder in wesentlichen Teilen im Wortlaut zitiert, so muss die Quelle angegeben werden. Wird der wesentliche Inhalt der geäußerten Gedanken mit eigenen Worten wiedergegeben, entspricht eine Quellenangabe journalistischem Anstand.

RICHTLINIE 2.5 – GRAFISCHE DARSTELLUNGEN

Die Sorgfaltspflicht verlangt, bei grafischen Darstellungen irreführende Verzerrungen auszuschließen.

RICHTLINIE 2.6 – LESERBRIEFE

(1) Bei der Veröffentlichung von Leserbriefen sind die Publizistischen Grundsätze zu beachten. Es dient der wahrhaftigen Unterrichtung der Öffentlichkeit, im Leserbriefteil auch Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die die Redaktion nicht teilt.

(2) Zuschriften an Verlage oder Redaktionen können als Leserbriefe veröffentlicht werden, wenn aus Form und Inhalt erkennbar auf einen solchen Willen des Einsenders geschlossen werden kann. Eine Einwilligung kann unterstellt werden, wenn sich die Zuschrift zu Veröffentlichungen des Blattes oder zu allgemein interessierenden Themen äußert. Der Verfasser hat keinen Rechtsanspruch auf Abdruck seiner Zuschrift.

(3) Es entspricht einer allgemeinen Übung, dass der Abdruck mit dem Namen des Verfassers erfolgt. Nur in Ausnahmefällen kann auf Wunsch des Verfassers

eine andere Zeichnung erfolgen. Die Presse verzichtet beim Abdruck auf die Veröffentlichung von Adressangaben, es sei denn, die Veröffentlichung der Adresse dient der Wahrung berechtigter Interessen. Bestehen Zweifel an der Identität des Absenders, soll auf den Abdruck verzichtet werden. Die Veröffentlichung fingierter Leserbriefe ist mit der Aufgabe der Presse unvereinbar.

(4) Änderungen oder Kürzungen von Zuschriften ohne Einverständnis des Verfassers sind grundsätzlich unzulässig. Kürzungen sind jedoch möglich, wenn die Rubrik Leserzuschriften einen regelmäßigen Hinweis enthält, dass sich die Redaktion bei Zuschriften, die für diese Rubrik bestimmt sind, das Recht der sinnwahren Kürzung vorbehält. Verbietet der Einsender ausdrücklich Änderungen oder Kürzungen, so hat sich die Redaktion, auch wenn sie sich das Recht der Kürzung vorbehalten hat, daran zu halten oder auf den Abdruck zu verzichten.

(5) Alle einer Redaktion zugehenden Leserbriefe unterliegen dem Redaktionsgeheimnis. Sie dürfen in keinem Fall an Dritte weitergegeben werden.

Ziffer 3

RICHTIGSTELLUNG

Veröffentlichte Nachrichten oder Behauptungen, insbesondere personenbezogener Art, die sich nachträglich als falsch erweisen, hat das Publikationsorgan, das sie gebracht hat, unverzüglich von sich aus in angemessener Weise richtigzustellen.

RICHTLINIE 3.1 – ANFORDERUNGEN

Für den Leser muss erkennbar sein, dass die vorangegangene Meldung ganz oder zum Teil unrichtig war. Deshalb nimmt eine Richtigstellung bei der Wiedergabe des korrekten Sachverhalts auf die vorangegangene Falschmeldung Bezug. Der wahre Sachverhalt wird geschildert, auch dann, wenn der Irrtum bereits in anderer Weise in der Öffentlichkeit eingestanden worden ist.

RICHTLINIE 3.2 – DOKUMENTIERUNG

Führt die journalistisch-redaktionelle Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung personenbezogener Daten durch die Presse zur Veröffentlichung von Richtigstellungen, Widerrufen, Gegendarstellungen oder zu Rügen des Deutschen Presserats, so sind diese Veröffentlichungen von dem betreffenden Publikationsorgan zu den gespeicherten Daten zu nehmen und für dieselbe Zeitdauer zu dokumentieren wie die Daten selbst.

Ziffer 4

GRENZEN DER RECHERCHE

Bei der Beschaffung von personenbezogenen Daten, Nachrichten, Informationsmaterial und Bildern dürfen keine unlauteren Methoden angewandt werden.

RICHTLINIE 4.1 – GRUNDSÄTZE DER RECHERCHEN

Journalisten geben sich grundsätzlich zu erkennen. Unwahre Angaben des recherchierenden Journalisten über seine Identität und darüber, welches Organ er vertritt, sind grundsätzlich mit dem Ansehen und der Funktion der Presse nicht vereinbar.

Verdeckte Recherche ist im Einzelfall gerechtfertigt, wenn damit Informationen von besonderem öffentlichen Interesse beschafft werden, die auf andere Weise nicht zugänglich sind.

Bei Unglücksfällen und Katastrophen beachtet die Presse, dass Rettungsmaßnahmen für Opfer und Gefährdete Vorrang vor dem Informationsanspruch der Öffentlichkeit haben.

RICHTLINIE 4.2 – RECHERCHE BEI SCHUTZBEDÜRFTIGEN PERSONEN

Bei der Recherche gegenüber schutzbedürftigen Personen ist besondere Zurückhaltung geboten. Dies betrifft vor allem Menschen, die sich nicht im Vollbesitz ihrer geistigen oder körperlichen Kräfte befinden oder einer seelischen Extremsituation ausgesetzt sind, aber auch Kinder und Jugendliche. Die eingeschränkte Willenskraft oder die besondere Lage solcher Personen darf nicht gezielt zur Informationsbeschaffung ausgenutzt werden. →

RICHTLINIE 4.3 – SPERRUNG ODER LÖSCHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

Personenbezogene Daten, die unter Verstoß gegen den Pressekodex erhoben wurden, sind von dem betreffenden Publikationsorgan zu sperren oder zu löschen.

Ziffer 5

BERUFSGEHEIMNIS

Die Presse wahrt das Berufsgeheimnis, macht vom Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch und gibt Informanten ohne deren ausdrückliche Zustimmung nicht preis. Die vereinbarte Vertraulichkeit ist grundsätzlich zu wahren.

RICHTLINIE 5.1 – VERTRAULICHKEIT

Hat der Informant die Verwertung seiner Mitteilung davon abhängig gemacht, dass er als Quelle unerkennbar oder ungefährdet bleibt, so ist diese Bedingung zu respektieren. Vertraulichkeit kann nur dann nicht bindend sein, wenn die Information ein Verbrechen betrifft und die Pflicht zur Anzeige besteht. Vertraulichkeit muss nicht gewahrt werden, wenn bei sorgfältiger Güter- und Interessenabwägung gewichtige staatspolitische Gründe überwiegen, insbesondere wenn die verfassungsmäßige Ordnung berührt oder gefährdet ist.

Über als geheim bezeichnete Vorgänge und Vorhaben darf berichtet werden, wenn nach sorgfältiger Abwägung festgestellt wird, dass das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit höher rangiert als die für die Geheimhaltung angeführten Gründe.

RICHTLINIE 5.2 – NACHRICHTENDIENSTLICHE TÄTIGKEITEN

Nachrichtendienstliche Tätigkeiten von Journalisten und Verlegern sind mit den Pflichten aus dem Berufsgeheimnis und dem Ansehen der Presse nicht vereinbar. →

RICHTLINIE 5.3 – DATENÜBERMITTLUNG

Alle von Redaktionen zu journalistisch-redaktionellen Zwecken erhobenen, verarbeiteten oder genutzten personenbezogenen Daten unterliegen dem Redaktionsgeheimnis. Die Übermittlung von Daten zu journalistisch-redaktionellen Zwecken zwischen den Redaktionen ist zulässig. Sie soll bis zum Abschluss eines formellen datenschutzrechtlichen Beschwerdeverfahrens unterbleiben. Eine Datenübermittlung ist mit dem Hinweis zu versehen, dass die übermittelten Daten nur zu journalistisch-redaktionellen Zwecken verarbeitet oder genutzt werden dürfen.

Ziffer 6**TRENNUNG VON TÄTIGKEITEN**

Journalisten und Verleger üben keine Tätigkeiten aus, die die Glaubwürdigkeit der Presse in Frage stellen könnten.

RICHTLINIE 6.1 – DOPPELFUNKTIONEN

Übt ein Journalist oder Verleger neben seiner publizistischen Tätigkeit eine Funktion, beispielsweise in einer Regierung, einer Behörde oder in einem Wirtschaftsunternehmen aus, müssen alle Beteiligten auf strikte Trennung dieser Funktionen achten. Gleiches gilt im umgekehrten Fall.

Ziffer 7**TRENNUNG VON WERBUNG UND REDAKTION**

Die Verantwortung der Presse gegenüber der Öffentlichkeit gebietet, dass redaktionelle Veröffentlichungen nicht durch private oder geschäftliche Interessen Dritter oder durch persönliche wirtschaftliche Interessen der Journalistinnen und Journalisten beeinflusst werden. Verleger und Redakteure wehren derartige Versuche ab und achten auf eine klare Trennung zwischen redaktionellem Text und Veröffentlichungen zu werblichen Zwecken. Bei Veröffentlichungen, die ein Eigeninteresse des Verlages betreffen, muss dieses erkennbar sein.

RICHTLINIE 7.1 – TRENNUNG VON REDAKTIONELLEM TEXT UND ANZEIGEN

Bezahlte Veröffentlichungen müssen so gestaltet sein, dass sie als Werbung für den Leser erkennbar sind. Die Abgrenzung vom redaktionellen Teil kann durch Kennzeichnung und/oder Gestaltung erfolgen. Im Übrigen gelten die werberechtlichen Regelungen.

RICHTLINIE 7.2 – SCHLEICHWERBUNG

Redaktionelle Veröffentlichungen, die auf Unternehmen, ihre Erzeugnisse, Leistungen oder Veranstaltungen hinweisen, dürfen nicht die Grenze zur Schleichwerbung überschreiten. Eine Überschreitung liegt insbesondere nahe, wenn die Veröffentlichung über ein begründetes öffentliches Interesse oder das Informationsinteresse der Leser hinausgeht oder von dritter Seite bezahlt bzw. durch geldwerte Vorteile belohnt wird.

Die Glaubwürdigkeit der Presse als Informationsquelle gebietet besondere Sorgfalt beim Umgang mit PR-Material.

RICHTLINIE 7.3 – SONDERVERÖFFENTLICHUNGEN

Redaktionelle Sonderveröffentlichungen unterliegen der gleichen redaktionellen Verantwortung wie alle redaktionellen Veröffentlichungen.

Werbliche Sonderveröffentlichungen müssen die Anforderungen der Richtlinie 7.1 beachten.

RICHTLINIE 7.4 – WIRTSCHAFTS- UND FINANZMARKTBERICHTERSTATTUNG

Journalisten und Verleger, die Informationen im Rahmen ihrer Berufsausübung recherchieren oder erhalten, nutzen diese Informationen vor ihrer Veröffentlichung ausschließlich für publizistische Zwecke und nicht zum eigenen persönlichen Vorteil oder zum persönlichen Vorteil anderer.

Journalisten und Verleger dürfen keine Berichte über Wertpapiere und/oder deren Emittenten in der Absicht veröffentlichen, durch die Kursentwicklung des entsprechenden Wertpapiers sich, ihre Familienmitglieder oder andere nahestehende Personen zu bereichern. Sie sollen weder direkt noch durch Bevollmächtigte Wertpapiere kaufen bzw. verkaufen, über die sie zumindest in den vorigen zwei Wochen etwas veröffentlicht haben oder in den nächsten zwei Wochen eine Veröffentlichung planen.

Um die Einhaltung dieser Regelungen sicherzustellen, treffen Journalisten und Verleger die erforderlichen Maßnahmen. Interessenkonflikte bei der Erstellung oder Weitergabe von Finanzanalysen sind in geeigneter Weise offenzulegen.

Ziffer 8

SCHUTZ DER PERSÖNLICHKEIT

Die Presse achtet das Privatleben des Menschen und seine informationelle Selbstbestimmung. Ist aber sein Verhalten von öffentlichem Interesse, so kann es in der Presse erörtert werden. Bei einer identifizierenden Berichterstattung muss das Informationsinteresse der Öffentlichkeit die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen überwiegen; bloße Sensationsinteressen rechtfertigen keine identifizierende Berichterstattung. Soweit eine Anonymisierung geboten ist, muss sie wirksam sein.

Die Presse gewährleistet den redaktionellen Datenschutz.

RICHTLINIE 8.1 – KRIMINALBERICHTERSTATTUNG

(1) An der Information über Straftaten, Ermittlungs- und Gerichtsverfahren besteht ein berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit. Es ist Aufgabe der Presse, darüber zu berichten.

(2) Die Presse veröffentlicht dabei Namen, Fotos und andere Angaben, durch die Verdächtige oder Täter identifizierbar werden könnten, nur dann, wenn das berechtigte Interesse der Öffentlichkeit im Einzelfall die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen überwiegt. Bei der Abwägung sind insbesondere zu berücksichtigen: die Intensität des Tatverdachts, die Schwere des Vorwurfs, der Verfahrensstand, der Bekanntheitsgrad des Verdächtigen oder Täters, das frühere Verhalten des Verdächtigen oder Täters und die Intensität, mit der er die Öffentlichkeit sucht.

Für ein überwiegendes öffentliches Interesse spricht in der Regel, wenn

- eine außergewöhnlich schwere oder in ihrer Art und Dimension besondere Straftat vorliegt,
- ein Zusammenhang bzw. Widerspruch besteht zwischen Amt, Mandat, gesellschaftlicher Rolle oder Funktion einer Person und der ihr zur Last gelegten Tat,
- bei einer prominenten Person ein Zusammenhang besteht zwischen ihrer Stellung und der ihr zur Last gelegten Tat bzw. die ihr zur Last gelegte Tat im Widerspruch steht zu dem Bild, das die Öffentlichkeit von ihr hat,

- eine schwere Tat in aller Öffentlichkeit geschehen ist,
- ein Fahndungsersuchen der Ermittlungsbehörden vorliegt.

Liegen konkrete Anhaltspunkte für eine Schuldunfähigkeit des Verdächtigen oder Täters vor, soll auf eine identifizierende Berichterstattung verzichtet werden.

(3) Wenn erneut über ein zurückliegendes Strafverfahren berichtet wird, sollen im Interesse der Resozialisierung in der Regel Namensnennung und Fotoveröffentlichung des Täters unterbleiben. Das Resozialisierungsinteresse wiegt umso schwerer, je länger eine Verurteilung zurückliegt.

(4) Über Personen, die an der Rechtspflege beteiligt sind, wie z. B. Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Sachverständige, darf in der Regel identifizierend berichtet werden, wenn sie ihre Funktion ausüben. Bei Zeugen sind Namensnennung und Fotoveröffentlichung in der Regel unzulässig.

RICHTLINIE 8.2 – OPFERSCHUTZ

Die Identität von Opfern ist besonders zu schützen. Für das Verständnis eines Unfallgeschehens, Unglücks- bzw. Tathergangs ist das Wissen um die Identität des Opfers in der Regel unerheblich. Name und Foto eines Opfers können veröffentlicht werden, wenn das Opfer bzw. Angehörige oder sonstige befugte Personen zugestimmt haben, oder wenn es sich bei dem Opfer um eine Person des öffentlichen Lebens handelt.

RICHTLINIE 8.3 – KINDER UND JUGENDLICHE

Insbesondere in der Berichterstattung über Straftaten und Unglücksfälle dürfen Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres in der Regel nicht identifizierbar sein.

RICHTLINIE 8.4 – FAMILIENANGEHÖRIGE UND DRITTE

Bei Familienangehörigen und sonstigen durch die Veröffentlichung mittelbar Betroffenen, die mit dem eigentlichen Gegenstand der Berichterstattung nichts zu tun haben, sind Namensnennung und Fotoveröffentlichung in der Regel unzulässig.

RICHTLINIE 8.5 – VERMISSTE

Namen und Fotos Vermisster dürfen veröffentlicht werden, jedoch nur in Absprache mit den zuständigen Behörden.

RICHTLINIE 8.6 – ERKRANKUNGEN

Körperliche und psychische Erkrankungen oder Schäden gehören zur Privatsphäre. In der Regel soll über sie nicht ohne Zustimmung des Betroffenen berichtet werden.

RICHTLINIE 8.7 – SELBSTTÖTUNG

Die Berichterstattung über Selbsttötung gebietet Zurückhaltung. Dies gilt insbesondere für die Nennung von Namen, die Veröffentlichung von Fotos und die Schilderung näherer Begleitumstände.

RICHTLINIE 8.8 – AUFENTHALTSORT

Der private Wohnsitz sowie andere private Aufenthaltsorte, wie z. B. Krankenhäuser, Pflege- oder Rehabilitationseinrichtungen, genießen besonderen Schutz.

RICHTLINIE 8.9 – JUBILÄUMSDATEN

Vor der Veröffentlichung von Jubiläumsdaten von Personen, die nicht im Licht der Öffentlichkeit stehen, vergewissert sich die Redaktion, dass die Betroffenen damit einverstanden sind.

RICHTLINIE 8.10 – AUSKUNFT

Wird jemand durch eine Berichterstattung in seinem Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt, so hat das verantwortliche Publikationsorgan dem Betroffenen auf Antrag Auskunft über die zugrunde liegenden, zu seiner Person gespeicherten Daten zu erstatten. Die Auskunft darf verweigert werden, soweit

- aus den Daten auf Personen, die bei der Recherche, Bearbeitung oder Veröffentlichung von Beiträgen berufsmäßig journalistisch mitwirken oder mitgewirkt haben, geschlossen werden kann,
- aus den Daten auf die Person des Einsenders, Gewährsträgers oder Infor-

manten von Beiträgen, Unterlagen und Mitteilungen für den redaktionellen Teil geschlossen werden kann,

- durch die Mitteilung der recherchierten oder sonst erlangten Daten die journalistische Aufgabe des Publikationsorgans durch Ausforschung des Informationsbestandes beeinträchtigt würde oder
- es sich sonst als notwendig erweist, um den Anspruch auf Privatsphäre mit den für die Freiheit der Meinungsäußerung geltenden Vorschriften in Einklang zu bringen.

RICHTLINIE 8.11 – OPPOSITION UND FLUCHT

Bei der Berichterstattung über Länder, in denen Opposition gegen die Regierung Gefahren für Leib und Leben bedeuten kann, ist zu bedenken: Durch die Nennung von Namen oder Fotoveröffentlichungen können Betroffene identifiziert und verfolgt werden. Auch kann die Veröffentlichung von Einzelheiten über Geflüchtete und ihre Flucht dazu führen, dass zurückgebliebene Verwandte und Freunde gefährdet oder noch bestehende Fluchtmöglichkeiten verbaut werden.

Ziffer 9

SCHUTZ DER EHRE

Es widerspricht journalistischer Ethik, mit unangemessenen Darstellungen in Wort und Bild Menschen in ihrer Ehre zu verletzen.

Ziffer 10
RELIGION, WELTANSCHAUUNG, SITTE

Die Presse verzichtet darauf, religiöse, weltanschauliche oder sittliche Überzeugungen zu schmähen.

Ziffer 11**SENSATIONSBERICHTERSTATTUNG, JUGENDSCHUTZ**

Die Presse verzichtet auf eine unangemessen sensationelle Darstellung von Gewalt, Brutalität und Leid. Die Presse beachtet den Jugendschutz.

RICHTLINIE 11.1 – UNANGEMESSENE DARSTELLUNG

Unangemessen sensationell ist eine Darstellung, wenn in der Berichterstattung der Mensch zum Objekt, zu einem bloßen Mittel, herabgewürdigt wird. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn über einen sterbenden oder körperlich oder seelisch leidenden Menschen in einer über das öffentliche Interesse und das Informationsinteresse der Leser hinausgehenden Art und Weise berichtet wird.

Bei der Platzierung bildlicher Darstellungen von Gewalttaten und Unglücksfällen auf Titelseiten beachtet die Presse die möglichen Wirkungen auf Kinder und Jugendliche.

RICHTLINIE 11.2 – BERICHTERSTATTUNG ÜBER GEWALTSTATEN

Bei der Berichterstattung über Gewalttaten, auch angedrohte, wägt die Presse das Informationsinteresse der Öffentlichkeit gegen die Interessen der Opfer und Betroffenen sorgsam ab. Sie berichtet über diese Vorgänge unabhängig und authentisch, lässt sich aber dabei nicht zum Werkzeug von Verbrechern machen. Sie unternimmt keine eigenmächtigen Vermittlungsversuche zwischen Verbrechern und Polizei.

Interviews mit Tätern während des Tatgeschehens darf es nicht geben.

RICHTLINIE 11.3 – UNGLÜCKSFÄLLE UND KATASTROPHEN

Die Berichterstattung über Unglücksfälle und Katastrophen findet ihre Grenze im Respekt vor dem Leid von Opfern und den Gefühlen von Angehörigen. Die vom Unglück Betroffenen dürfen grundsätzlich durch die Darstellung nicht ein zweites Mal zu Opfern werden.

RICHTLINIE 11.4 – ABGESTIMMTES VERHALTEN MIT BEHÖRDEN/ NACHRICHTENSPERRE

Nachrichtensperren akzeptiert die Presse grundsätzlich nicht. Ein abgestimmtes Verhalten zwischen Medien und Polizei gibt es nur dann, wenn Leben und Gesundheit von Opfern und anderen Beteiligten durch das Handeln von Journalisten geschützt oder gerettet werden können. Dem Ersuchen von Strafverfolgungsbehörden, die Berichterstattung im Interesse der Aufklärung von Verbrechen in einem bestimmten Zeitraum, ganz oder teilweise zu unterlassen, folgt die Presse, wenn das jeweilige Ersuchen überzeugend begründet ist.

RICHTLINIE 11.5 – VERBRECHER-MEMOIREN

Die Veröffentlichung so genannter Verbrecher-Memoiren verstößt gegen die Publizistischen Grundsätze, wenn Straftaten nachträglich gerechtfertigt oder relativiert werden, die Opfer unangemessen belastet und durch eine detaillierte Schilderung eines Verbrechens lediglich Sensationsbedürfnisse befriedigt werden.

RICHTLINIE 11.6 – DROGEN

Veröffentlichungen in der Presse dürfen den Gebrauch von Drogen nicht verharmlosen.

Ziffer 12 DISKRIMINIERUNGEN

Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.

RICHTLINIE 12.1 – BERICHTERSTATTUNG ÜBER STRAFTATEN

In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht.

Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.

Ziffer 13**UNSCHULDSVERMUTUNG**

Die Berichterstattung über Ermittlungsverfahren, Strafverfahren und sonstige förmliche Verfahren muss frei von Vorurteilen erfolgen. Der Grundsatz der Unschuldsvermutung gilt auch für die Presse.

RICHTLINIE 13.1 – VORVERURTEILUNG

Die Berichterstattung über Ermittlungs- und Gerichtsverfahren dient der sorgfältigen Unterrichtung der Öffentlichkeit über Straftaten und andere Rechtsverletzungen, deren Verfolgung und richterliche Bewertung. Sie darf dabei nicht vorverurteilen. Die Presse darf eine Person als Täter bezeichnen, wenn sie ein Geständnis abgelegt hat und zudem Beweise gegen sie vorliegen oder wenn sie die Tat unter den Augen der Öffentlichkeit begangen hat. In der Sprache der Berichterstattung ist die Presse nicht an juristische Begrifflichkeiten gebunden, die für den Leser unerheblich sind.

Ziel der Berichterstattung darf in einem Rechtsstaat nicht eine soziale Zusatzbestrafung Verurteilter mit Hilfe eines „Medien-Prangers“ sein. Zwischen Verdacht und erwiesener Schuld ist in der Sprache der Berichterstattung deutlich zu unterscheiden.

RICHTLINIE 13.2 – FOLGEBERICHTERSTATTUNG

Hat die Presse über eine noch nicht rechtskräftige Verurteilung eines Betroffenen berichtet, soll sie auch über einen rechtskräftig abschließenden Freispruch bzw. über eine deutliche Minderung des Strafvorwurfs berichten, sofern berechnete Interessen des Betroffenen dem nicht entgegenstehen. Diese Empfehlung gilt sinngemäß auch für die Einstellung eines Ermittlungsverfahrens. →

RICHTLINIE 13.3 – STRAFTATEN JUGENDLICHER

Bei der Berichterstattung über Ermittlungs- und Strafverfahren gegen Jugendliche sowie über ihr Auftreten vor Gericht soll die Presse mit Rücksicht auf die Zukunft der Betroffenen besondere Zurückhaltung üben.

Ziffer 14

MEDIZIN-BERICHTERSTATTUNG

Bei Berichten über medizinische Themen ist eine unangemessen sensationelle Darstellung zu vermeiden, die unbegründete Befürchtungen oder Hoffnungen beim Leser erwecken könnte. Forschungsergebnisse, die sich in einem frühen Stadium befinden, sollten nicht als abgeschlossen oder nahezu abgeschlossen dargestellt werden.

Ziffer 15 VERGÜNSTIGUNGEN

Die Annahme von Vorteilen jeder Art, die geeignet sein könnten, die Entscheidungsfreiheit von Verlag und Redaktion zu beeinträchtigen, ist mit dem Ansehen, der Unabhängigkeit und der Aufgabe der Presse unvereinbar. Wer sich für die Verbreitung oder Unterdrückung von Nachrichten bestechen lässt, handelt unehrenhaft und berufswidrig.

RICHTLINIE 15.1 – EINLADUNGEN UND GESCHENKE

Schon der Anschein, die Entscheidungsfreiheit von Verlag und Redaktion könne beeinträchtigt werden, ist zu vermeiden. Journalisten nehmen daher keine Einladungen oder Geschenke an, deren Wert das im gesellschaftlichen Verkehr übliche und im Rahmen der beruflichen Tätigkeit notwendige Maß übersteigt.

Die Annahme von Werbeartikeln oder sonstiger geringwertiger Gegenstände ist unbedenklich.

Recherche und Berichterstattung dürfen durch die Annahme von Geschenken, Einladungen oder Rabatten nicht beeinflusst, behindert oder gar verhindert werden. Verlage und Journalisten bestehen darauf, dass Informationen unabhängig von der Annahme eines Geschenks oder einer Einladung gegeben werden.

Wenn Journalisten über Pressereisen berichten, zu denen sie eingeladen wurden, machen sie diese Finanzierung kenntlich.

Ziffer 16 RÜGENVERÖFFENTLICHUNG

Es entspricht fairer Berichterstattung, vom Deutschen Presserat öffentlich ausgesprochene Rügen zu veröffentlichen, insbesondere in den betroffenen Publikationsorganen bzw. Telemedien.

RICHTLINIE 16.1 – INHALT DER RÜGENVERÖFFENTLICHUNG

Der Leser muss den Sachverhalt der gerügten Veröffentlichung erfahren und informiert werden, welcher publizistische Grundsatz durch die Veröffentlichung verletzt wurde.

RICHTLINIE 16.2 – ART UND WEISE DER RÜGENVERÖFFENTLICHUNG

Rügen sind in den betroffenen Publikationsorganen bzw. Telemedien in angemessener Form zu veröffentlichen. Die Rügen müssen in Telemedien mit dem gerügten Beitrag verknüpft werden.

BESCHWERDEORDNUNG DES DEUTSCHEN PRESSERATS

Beschlossen am 15. Dezember 2006, in der Fassung vom 14. Dezember 2012

§ 1 - BESCHWERDEBERECHTIGUNG

- (1) Jeder ist berechtigt, sich beim Deutschen Presserat allgemein über Veröffentlichungen oder Vorgänge von Presseunternehmen, die periodische Druckwerke herausgeben und/oder Telemedien mit journalistisch-redaktionellen Inhalten betreiben sowie von sonstigen Anbietern von Telemedien mit journalistisch-redaktionellen Inhalten, die nicht Rundfunk sind, zu beschweren. Beschwerde kann zudem einreichen, wer der Ansicht ist, dass die Verarbeitung von personenbezogenen Daten zu journalistisch-redaktionellen Zwecken im Rahmen der Recherche oder Veröffentlichung das Recht auf Datenschutz verletzt.
- (2) Der Deutsche Presserat kann auch von sich aus ein Beschwerdeverfahren einleiten.

§ 2 – FORM UND INHALT DER BESCHWERDE

- (1) Die Beschwerde muss Schriftform haben und kann per Post oder E-Mail eingereicht werden. Sie muss einen Beschwerdegrund angeben und kann einen Antrag enthalten. Der Beschwerde über einen Printbeitrag soll eine Veröffentlichung im Original oder in Kopie, der Beschwerde über eine Online-Veröffentlichung sollen ein Screenshot oder ein Ausdruck sowie der entsprechende Link beigelegt werden, aus denen auch Datum und Uhrzeit der Veröffentlichung hervorgehen sollen. Anonyme oder offensichtlich missbräuchliche Beschwerden werden nicht behandelt.
- (2) Der Deutsche Presserat nimmt in der Regel keine Beschwerden über Vorgänge an, die selbst oder deren Erstveröffentlichung länger als ein Jahr zurückliegen. Bei Beschwerden, die auf Verstöße gegen das Recht auf Datenschutz gestützt werden, wird auf den Zeitpunkt der Kenntnis durch den Beschwerdeführer* abgestellt.

*Bei personengebundenen Funktionen wird in der Beschwerdeordnung jeweils das Maskulinum gebraucht. Dieses ist geschlechtsneutral zu verstehen.

§ 3 – ZUSTÄNDIGKEIT DER BESCHWERDEAUSSCHÜSSE

- (1) Beschwerden werden - außer in den Fällen von § 5 und § 7 (2) - von Beschwerdeausschüssen behandelt.
- (2) Beschwerden, die mögliche Verletzungen des Rechts auf Datenschutz zum Inhalt haben, werden von dem Beschwerdeausschuss zum Redaktionsdatenschutz behandelt.
- (3) Auf Verlangen von zwei Mitgliedern eines Beschwerdeausschusses ist eine Beschwerde an das Plenum des Deutschen Presserats abzugeben.
- (4) Erkennt der Beschwerdeausschuss Anhaltspunkte für einen offensichtlichen Missbrauch des Beschwerderechts, gibt er die Beschwerde zur abschließenden Entscheidung über die Missbräuchlichkeit an das Plenum des Deutschen Presserats ab.

§ 4 – ZUSTÄNDIGKEIT DES PLENUMS DES DEUTSCHEN PRESSERATS

- (1) Das Plenum des Deutschen Presserats ist für alle Beschwerden von grundsätzlicher Bedeutung zuständig. Es entscheidet außerdem abschließend, ob ein offensichtlicher Missbrauch des Beschwerderechts vorliegt.
- (2) Das Plenum des Deutschen Presserats ist ferner für alle Beschwerden zuständig, die vom jeweiligen Beschwerdeausschuss nach § 3 (3) abgegeben werden.
- (3) Das Plenum des Deutschen Presserats kann jede Beschwerde bis zur abschließenden Entscheidung durch den Beschwerdeausschuss an sich ziehen.
- (4) Jede Übernahme einer Beschwerde durch das Plenum ist den Beteiligten schriftlich mitzuteilen.
- (5) Für das Verfahren im Plenum gilt die Beschwerdeordnung entsprechend.

§ 5 – VORPRÜFUNG

- (1) Es findet eine Vorprüfung statt. Ist der Deutsche Presserat für die Beschwerde offensichtlich nicht zuständig, unterrichtet er den Beschwerdeführer und teilt ihm gegebenenfalls die zuständige Stelle mit.
- (2) Unschlüssige oder offensichtlich unbegründete Beschwerden weist der Deutsche Presserat zurück.
- (3) Der Beschwerdeführer hat die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen nach Absendung der Zurückweisung Einspruch einzulegen. Über den Einspruch entscheidet der Beschwerdeausschuss. Er kann entweder die Zurückweisung nach Absatz 2 bestätigen oder die Einleitung des Beschwerdeverfahrens nach §§ 6 ff. beschließen.

§ 6 – BETEILIGUNG DES BESCHWERDEGEGNERS UND VERMITTLUNG

- (1) Beschwerden, die nicht nach § 5 abschließend behandelt wurden, werden dem Beschwerdegegner mit der Aufforderung übersandt, innerhalb von drei Wochen nach Absendung zur Beschwerde Stellung zu nehmen.
- (2) Der Presserat kann zwischen den Beteiligten vermitteln. Die Behandlung einer Beschwerde wird während eines solchen Vermittlungsverfahrens ausgesetzt, Fristen sind unterbrochen. Bei erfolgreicher Vermittlung ist das Beschwerdeverfahren beendet. Kommt es nicht zu einer einvernehmlichen Lösung, wird das Beschwerdeverfahren fortgesetzt.
- (3) Der Beschwerdegegner wird auf die Möglichkeit hingewiesen, innerhalb der Frist nach Absatz 1 selbst zu prüfen, ob ein Verstoß gegen den Pressekodex vorliegt und ob er ihn ggf. selbst durch Wiedergutmachung nach Maßgabe des Absatz 4 in Ordnung gebracht hat oder in Ordnung bringen will.
- (4) Als ausreichende Wiedergutmachung sind Maßnahmen des Beschwerdegegners anzusehen, die geeignet sind, die Berufsethik zu wahren und so das Ansehen der Presse wiederherzustellen. Dies geschieht in öffentlicher Form, es sei denn, dass eine erneute Veröffentlichung über den Vorgang den Interessen des oder der Betroffenen widerspricht. Im Falle der Verletzung des Redaktionsdatenschutzes (§ 1 (1) Satz 2) muss der oder die Betroffene die Wiedergutmachung des Beschwerdegegners als ausreichend anerkennen.
- (5) Nach Ablauf der Frist gemäß Absatz 1 prüft der Deutsche Presserat, ob der Beschwerdegegner die Verletzung des Pressekodex selbst in Ordnung gebracht hat. Ist dies nicht der Fall oder hat der Beschwerdeführer die Wiedergutmachung im Falle der Verletzung des Redaktionsdatenschutzes nicht als ausreichend anerkannt, wird das Beschwerdeverfahren nach dieser Beschwerdeordnung fortgeführt.

§ 7 – VORSITZENDENENTSCHEIDUNG

- (1) Der Vorsitzende des Beschwerdeausschusses veranlasst die weiteren sitzungsvorbereitenden Maßnahmen, beispielsweise durch Einholung einer ergänzenden abschließenden Stellungnahme der Beteiligten. Den Beteiligten sind die eingehenden Stellungnahmen und Auskünfte zuzuleiten, soweit sie entscheidungserheblich sein können.
- (2) Der Vorsitzende kann einfach gelagerte Beschwerden im Wege der Vorsitzendenentscheidung
 - als unbegründet zurückweisen oder
 - für begründet erklären und auf eine Maßnahme verzichten,

- für begründet erklären und einen Hinweis (§ 12 (5)) erteilen.
Die maßgeblichen Entscheidungsgründe für die Vorsitzendenentscheidung sind dem Beschwerdeausschuss mitzuteilen.
- (3) Die Beteiligten haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen nach Absendung der Vorsitzendenentscheidung Einspruch einzulegen. Hierüber entscheidet der Beschwerdeausschuss.

§ 8 – VORBEREITUNG DER MÜNDLICHEN BERATUNG

- (1) Die Mitglieder des zuständigen Beschwerdeausschusses, ihre Stellvertreter, die Vorsitzenden der anderen Beschwerdeausschüsse und jeweils ein Vertreter der Trägerorganisationen werden zu der mündlichen Beratung eingeladen. Die übrigen Mitglieder des Plenums können an der Sitzung des jeweiligen Beschwerdeausschusses nach Anmeldung teilnehmen. Alle erhalten den gesamten Beschwerdevorgang. Mitarbeiter der Geschäftsstelle können anwesend sein.
- (2) Darüber hinaus können Beteiligte (Beschwerdeführer, Beschwerdegegner) sowie Zeugen eingeladen werden.
- (3) Die Einladungen ergehen schriftlich. Sie müssen Ort und Zeit der Sitzung enthalten. Die Einladung ist spätestens vier Wochen vor der Sitzung abzusenden. Die Eingeladenen müssen bis zwei Wochen vor der Sitzung ihre Teilnahme mitteilen.
- (4) In allen Fällen einer mündlichen Beratung erhalten die Beteiligten eine Benachrichtigung, die enthalten muss:
 1. Ort und Zeit der Sitzung,
 2. die Namen der Teilnehmer,
 3. den Hinweis, dass jeder Teilnehmer wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden kann,
 4. den Hinweis, dass auch bei Fernbleiben eines ggf. eingeladenen Beteiligten entschieden werden kann,
 5. den Hinweis, dass auch bei Nichtabgabe einer Stellungnahme (§ 6 (1)) über eine Beschwerde entschieden werden kann,
 6. die Namen eingeladener Zeugen.

§ 9 – BEFANGENHEIT

- (1) Einzelne Teilnehmer nach § 8 können von jedem Beteiligten wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden oder sich selbst für befangen erklären, wenn ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Misstrauen gegen ihre Unparteilichkeit zu rechtfertigen.
- (2) Der Ablehnungsantrag muss dem zuständigen Ausschuss rechtzeitig

schriftlich eingereicht und begründet werden.

- (3) Über den Ablehnungsantrag entscheidet der zuständige Beschwerdeausschuss ohne das betroffene Mitglied. Über jeden Fall einer Ablehnung wird gesondert entschieden. Der Beschluss ist nicht anfechtbar.
- (4) Mitglieder des Deutschen Presserats sind befangen, wenn der Gegenstand der Beschwerde sie selbst, ihren eigenen Verlag oder ihre eigene Redaktion betrifft.
- (5) Teilnehmer, die nach § 9 (1) bis (4) befangen sind, sind von der Beratung und Entscheidung zu der Sache ausgeschlossen.

§ 10 – MÜNDLICHE BERATUNG

- (1) Der Vorsitzende leitet die Beratung, die nicht öffentlich ist. Stimmberechtigt sind die Mitglieder des Beschwerdeausschusses, im Falle ihrer Abwesenheit ihre Stellvertreter.
- (2) Über die Sitzung ist ein Protokoll anzufertigen, das den wesentlichen Inhalt wiedergibt. Etwaige Anträge von Beteiligten und Beschlüsse des Gremiums sind im Wortlaut aufzunehmen oder dem Protokoll als Anlage beizufügen.
- (3) Jedes Gremienmitglied kann verlangen, dass einzelne Äußerungen wörtlich protokolliert werden.

§ 11 – EMPFEHLUNGEN UND HINWEISE

Hinweise und Empfehlungen, die zu Richtigstellungen (Klarstellungen) und gegebenenfalls zu einer gütlichen Einigung der Beteiligten führen, sind in jedem Stadium des Verfahrens möglich.

§ 12 – ENTSCHEIDUNGEN

- (1) Der Beschwerdeausschuss ist an Anträge der Beteiligten nicht gebunden. Bei Rücknahme der Beschwerde durch den Beschwerdeführer kann er aus presseethischen Gründen an der Behandlung der Beschwerde festhalten. Auf entscheidungserhebliche Gesichtspunkte sind die Beteiligten rechtzeitig hinzuweisen, um ihnen erneut Gelegenheit zur Stellungnahme zu diesem Gesichtspunkt zu geben.
- (2) Der Beschwerdeausschuss wertet die eingereichten Unterlagen, eingeholten Auskünfte und Aussagen von Zeugen nach freier Überzeugung.
- (3) Eine Beschwerde kann als unzulässig verworfen oder als unbegründet zurückgewiesen werden.
- (4) Ein Beschwerdeverfahren wird eingestellt, soweit sich der Sachverhalt nicht aufklären lässt.

- (5) Ist eine Beschwerde begründet, kann
 - 1. ein Hinweis
 - 2. eine Missbilligung
 - 3. eine Rüge
 ausgesprochen werden. Der Beschwerdeausschuss kann trotz begründeter Beschwerde im Einzelfall auf eine Maßnahme verzichten.
- (6) Die Behandlung einer Beschwerde kann ausgesetzt werden, wenn
 - 1. konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ihre Entscheidung den Ausgang eines anhängigen Ermittlungs- oder Gerichtsverfahrens beeinflussen könnte,
 - 2. eine Interessenabwägung ergibt, dass diese Einflussmöglichkeit das Interesse eines der Beteiligten an der Entscheidung des Presserats überwiegt und
 - 3. einer Aussetzung nicht grundlegende presseethische Erwägungen entgegenstehen.
- (7) Die abschließende, schriftlich abgefasste Entscheidung ist zu begründen, vom Vorsitzenden zu unterschreiben und soll den Beteiligten spätestens drei Wochen nach Ende der mündlichen Beratung zugesandt werden.
- (8) Die Trägerorganisationen des Deutschen Presserats publizieren eine nach § 15 zu veröffentlichende Rüge in ihren Verbandsorganen.

§ 13 – ENTSCHEIDUNGSGRUNDLAGEN

Bei Abwägung der Frage, ob eine Missbilligung oder eine Rüge ausgesprochen oder nur ein Hinweis gegeben wird, sind unter anderem die Schwere des Verstoßes, seine Folgen für den (oder die) durch die Veröffentlichung Betroffenen sowie eventuelle Schritte des Beschwerdegegners zur Minderung solcher Folgen und/oder zur Vermeidung von Wiederholungen zu berücksichtigen. Bei einer Änderung der Spruchpraxis des Deutschen Presserats darf nur ein Hinweis gegeben werden.

§ 14 – VERTRAULICHKEIT

Die Mitglieder des Deutschen Presserats, die Vertreter der Trägerorganisationen im Presserat und die Angestellten des Deutschen Presserats wahren die Vertraulichkeit der Beratungen und der Unterlagen. Sie äußern sich vor einer Entscheidung öffentlich nur zum formellen Verfahrensstand und nicht in der Weise, dass ihr Votum ersichtlich wird.

§ 15 – VERPFLICHTUNG ZUR RÜGENVERÖFFENTLICHUNG

Rügen sind nach Ziffer 16 des Pressekodex in den betroffenen Publikationsorganen bzw. Telemedien in angemessener Form zu veröffentlichen. Der Beschwerdeausschuss kann auf diese Verpflichtung verzichten, wenn es der Schutz eines Betroffenen erfordert.

§ 16 – WIEDERAUFNAHME EINES VERFAHRENS

Die Entscheidung, die ein Gremium (Beschwerdeausschuss, Beschwerdeausschuss zum Redaktionsdatenschutz oder das Plenum des Deutschen Presserats) trifft, ist durch Wiederaufnahme anfechtbar. Eine Wiederaufnahme des abgeschlossenen Beschwerdeverfahrens ist zulässig, wenn der Beschwerdeführer oder Beschwerdegegner dies unverzüglich beantragt oder wenn das Gremium dies beschließt und entweder

1. neue Gegebenheiten nachgewiesen werden, die allein oder in Verbindung mit den früheren Entscheidungsgrundlagen eine wesentlich andere Entscheidung zu begründen geeignet sind oder
2. entscheidungserhebliche Gesichtspunkte vom Deutschen Presserat nicht rechtzeitig mitgeteilt oder berücksichtigt wurden.

§ 17 – VERFAHRENSABLÄUFE

Interne Verfahrensabläufe werden in der Geschäftsordnung geregelt.

IMPRESSUM:

Deutscher Presserat

Fritschestr. 27/28

10585 Berlin

Tel: 030- 367007-0

Fax: 030- 367007-20

E-Mail: info@presserat.de

www.presserat.de

REALISIERUNG:

lege artis GmbH

DRUCK:

Druckerei Carthaus



Anlage 2: Auszüge aus dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Ein Service des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz
in Zusammenarbeit mit der juris GmbH - www.juris.de

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

GG

Ausfertigungsdatum: 23.05.1949

Vollzitat:

"Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juli 2012 (BGBl. I S. 1478) geändert worden ist"

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 11.7.2012 I 1478

Fußnote

(+++ Textnachweis Geltung ab: 14.12.1976 +++)

(+++ Maßgaben aufgrund des EinigVtr vgl. GG Anhang EV +++)

Eingangsformel

Der Parlamentarische Rat hat am 23. Mai 1949 in Bonn am Rhein in öffentlicher Sitzung festgestellt, daß das am 8. Mai des Jahres 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als Zweidritteln der beteiligten deutschen Länder angenommen worden ist.

Auf Grund dieser Feststellung hat der Parlamentarische Rat, vertreten durch seine Präsidenten, das Grundgesetz ausgefertigt und verkündet.

Das Grundgesetz wird hiermit gemäß Artikel 145 Abs. 3 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht:

Präambel

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Weltfrieden zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt das Grundgesetz gegeben.

Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Volk.

I.

Die Grundrechte

Art 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Art 2

- (1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
- (2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Art 3

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Art 4

- (1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
- (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
- (3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Art 5

- (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
- (2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
- (3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Art 6

- (1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
- (2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
- (3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
- (4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
- (5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Art 7

- (1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.

(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.

(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Art 8

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Art 9

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Art 10

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Art 11

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.

(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von

Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Art 12

- (1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
- (2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
- (3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Art 12a

- (1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
- (2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
- (3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfall durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
- (4) Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
- (5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfall können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
- (6) Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Art 13

- (1) Die Wohnung ist unverletzlich.
- (2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
- (3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder

aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.

(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.

(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.

(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Fußnote

Art. 13 Abs. 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 1 G v. 26.3.1998 | 610 mWv 1.4.1998; mit GG Art. 79 Abs. 3 vereinbar gem. BVerfGE v. 3.3.2004 (1 BvR 2378/98, 1 BvR 1084/99)

Art 14

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Art 15

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Art 16

(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Art 16a

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.

(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Fußnote

Art. 16a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 2 G v. 28.6.1993 I 1002 mWv 30.6.1993; mit Art. 79 Abs. 3 GG (100-1) vereinbar gem. BVerfGE v. 14.5.1996 I 952 (2 BvR 1938/93, 2 BvR 2315/93)

Art 17

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Art 17a

(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.

(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Art 18

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verliert diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Art 19

(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.

(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.

(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

II.

Der Bund und die Länder

Art 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art 20a

Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.

Art 21

(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

(2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

(3) Das Nähere regeln Bundesgesetze.

Art 22

(1) Die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland ist Berlin. Die Repräsentation des Gesamtstaates in der Hauptstadt ist Aufgabe des Bundes. Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt.

(2) Die Bundesflagge ist schwarz-rot-gold.

Art 23

(1) Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren

Grundrechtsschutz gewährleistet. Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen. Für die Begründung der Europäischen Union sowie für Änderungen ihrer vertraglichen Grundlagen und vergleichbare Regelungen, durch die dieses Grundgesetz seinem Inhalt nach geändert oder ergänzt wird oder solche Änderungen oder Ergänzungen ermöglicht werden, gilt Artikel 79 Abs. 2 und 3.

(1a) Der Bundestag und der Bundesrat haben das Recht, wegen Verstoßes eines Gesetzgebungsakts der Europäischen Union gegen das Subsidiaritätsprinzip vor dem Gerichtshof der Europäischen Union Klage zu erheben. Der Bundestag ist hierzu auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder verpflichtet. Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können für die Wahrnehmung der Rechte, die dem Bundestag und dem Bundesrat in den vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union eingeräumt sind, Ausnahmen von Artikel 42 Abs. 2 Satz 1 und Artikel 52 Abs. 3 Satz 1 zugelassen werden.

(2) In Angelegenheiten der Europäischen Union wirken der Bundestag und durch den Bundesrat die Länder mit. Die Bundesregierung hat den Bundestag und den Bundesrat umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu unterrichten.

(3) Die Bundesregierung gibt dem Bundestag Gelegenheit zur Stellungnahme vor ihrer Mitwirkung an Rechtssetzungsakten der Europäischen Union. Die Bundesregierung berücksichtigt die Stellungnahmen des Bundestages bei den Verhandlungen. Das Nähere regelt ein Gesetz.

(4) Der Bundesrat ist an der Willensbildung des Bundes zu beteiligen, soweit er an einer entsprechenden innerstaatlichen Maßnahme mitzuwirken hätte oder soweit die Länder innerstaatlich zuständig wären.

(5) Soweit in einem Bereich ausschließlicher Zuständigkeiten des Bundes Interessen der Länder berührt sind oder soweit im übrigen der Bund das Recht zur Gesetzgebung hat, berücksichtigt die Bundesregierung die Stellungnahme des Bundesrates. Wenn im Schwerpunkt Gesetzgebungsbefugnisse der Länder, die Einrichtung ihrer Behörden oder ihre Verwaltungsverfahren betroffen sind, ist bei der Willensbildung des Bundes insoweit die Auffassung des Bundesrates maßgeblich zu berücksichtigen; dabei ist die gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes zu wahren. In Angelegenheiten, die zu Ausgabenerhöhungen oder Einnahmемinderungen für den Bund führen können, ist die Zustimmung der Bundesregierung erforderlich.

(6) Wenn im Schwerpunkt ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse der Länder auf den Gebieten der schulischen Bildung, der Kultur oder des Rundfunks betroffen sind, wird die Wahrnehmung der Rechte, die der Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedstaat der Europäischen Union zustehen, vom Bund auf einen vom Bundesrat benannten Vertreter der Länder übertragen. Die Wahrnehmung der Rechte erfolgt unter Beteiligung und in Abstimmung mit der Bundesregierung; dabei ist die gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes zu wahren.

(7) Das Nähere zu den Absätzen 4 bis 6 regelt ein Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Art 24

(1) Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen.

(1a) Soweit die Länder für die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zuständig sind, können sie mit Zustimmung der Bundesregierung Hoheitsrechte auf grenznachbarschaftliche Einrichtungen übertragen.

(2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.

(3) Zur Regelung zwischenstaatlicher Streitigkeiten wird der Bund Vereinbarungen über eine allgemeine, umfassende, obligatorische, internationale Schiedsgerichtsbarkeit beitreten.

Art 25

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.

Art 26

(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

(2) Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Art 27

Alle deutschen Kauffahrteischiffe bilden eine einheitliche Handelsflotte.

Art 28

(1) Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muß den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen. In den Ländern, Kreisen und Gemeinden muß das Volk eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist. Bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden sind auch Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen, nach Maßgabe von Recht der Europäischen Gemeinschaft wahlberechtigt und wählbar. In Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten.

(2) Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfaßt auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.

(3) Der Bund gewährleistet, daß die verfassungsmäßige Ordnung der Länder den Grundrechten und den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 entspricht.

Art 29

(1) Das Bundesgebiet kann neu gegliedert werden, um zu gewährleisten, daß die Länder nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können. Dabei sind die landmannschaftliche Verbundenheit, die geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit sowie die Erfordernisse der Raumordnung und der Landesplanung zu berücksichtigen.

(2) Maßnahmen zur Neugliederung des Bundesgebietes ergehen durch Bundesgesetz, das der Bestätigung durch Volksentscheid bedarf. Die betroffenen Länder sind zu hören.

(3) Der Volksentscheid findet in den Ländern statt, aus deren Gebieten oder Gebietsteilen ein neues oder neu umgrenztes Land gebildet werden soll (betroffene Länder). Abzustimmen ist über die Frage, ob die betroffenen Länder wie bisher bestehenbleiben sollen oder ob das neue oder neu umgrenzte Land gebildet werden soll. Der Volksentscheid für die Bildung eines neuen oder neu umgrenzten Landes kommt zustande, wenn in dessen künftigen Gebiet und insgesamt in den Gebieten oder Gebietsteilen eines betroffenen Landes, deren Landeszugehörigkeit im gleichen Sinne geändert werden soll, jeweils eine Mehrheit der Änderung zustimmt. Er kommt nicht zustande, wenn im Gebiet eines der betroffenen Länder eine Mehrheit die Änderung ablehnt; die Ablehnung ist jedoch unbeachtlich, wenn in einem Gebietsteil, dessen Zugehörigkeit zu dem betroffenen Land geändert werden soll, eine Mehrheit von zwei Dritteln der Änderung zustimmt, es sei denn, daß im Gesamtgebiet des betroffenen Landes eine Mehrheit von zwei Dritteln die Änderung ablehnt.

(4) Wird in einem zusammenhängenden, abgegrenzten Siedlungs- und Wirtschaftsraum, dessen Teile in mehreren Ländern liegen und der mindestens eine Million Einwohner hat, von einem Zehntel der in ihm zum Bundestag Wahlberechtigten durch Volksbegehren gefordert, daß für diesen Raum eine einheitliche Landeszugehörigkeit herbeigeführt werde, so ist durch Bundesgesetz innerhalb von zwei Jahren entweder zu bestimmen, ob die Landeszugehörigkeit gemäß Absatz 2 geändert wird, oder daß in den betroffenen Ländern eine Volksbefragung stattfindet.

(5) Die Volksbefragung ist darauf gerichtet festzustellen, ob eine in dem Gesetz vorzuschlagende Änderung der Landeszugehörigkeit Zustimmung findet. Das Gesetz kann verschiedene, jedoch nicht mehr als zwei Vorschläge der Volksbefragung vorlegen. Stimmt eine Mehrheit einer vorgeschlagenen Änderung der Landeszugehörigkeit

zu, so ist durch Bundesgesetz innerhalb von zwei Jahren zu bestimmen, ob die Landeszugehörigkeit gemäß Absatz 2 geändert wird. Findet ein der Volksbefragung vorgelegter Vorschlag eine den Maßgaben des Absatzes 3 Satz 3 und 4 entsprechende Zustimmung, so ist innerhalb von zwei Jahren nach der Durchführung der Volksbefragung ein Bundesgesetz zur Bildung des vorgeschlagenen Landes zu erlassen, das der Bestätigung durch Volksentscheid nicht mehr bedarf.

(6) Mehrheit im Volksentscheid und in der Volksbefragung ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wenn sie mindestens ein Viertel der zum Bundestag Wahlberechtigten umfaßt. Im übrigen wird das Nähere über Volksentscheid, Volksbegehren und Volksbefragung durch ein Bundesgesetz geregelt; dieses kann auch vorsehen, daß Volksbegehren innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren nicht wiederholt werden können.

(7) Sonstige Änderungen des Gebietsbestandes der Länder können durch Staatsverträge der beteiligten Länder oder durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates erfolgen, wenn das Gebiet, dessen Landeszugehörigkeit geändert werden soll, nicht mehr als 50.000 Einwohner hat. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates und der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages bedarf. Es muß die Anhörung der betroffenen Gemeinden und Kreise vorsehen.

(8) Die Länder können eine Neugliederung für das jeweils von ihnen umfaßte Gebiet oder für Teilgebiete abweichend von den Vorschriften der Absätze 2 bis 7 durch Staatsvertrag regeln. Die betroffenen Gemeinden und Kreise sind zu hören. Der Staatsvertrag bedarf der Bestätigung durch Volksentscheid in jedem beteiligten Land. Betrifft der Staatsvertrag Teilgebiete der Länder, kann die Bestätigung auf Volksentscheide in diesen Teilgebieten beschränkt werden; Satz 5 zweiter Halbsatz findet keine Anwendung. Bei einem Volksentscheid entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wenn sie mindestens ein Viertel der zum Bundestag Wahlberechtigten umfaßt; das Nähere regelt ein Bundesgesetz. Der Staatsvertrag bedarf der Zustimmung des Bundestages.

Art 30

Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zuläßt.

Art 31

Bundesrecht bricht Landesrecht.

Art 32

(1) Die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten ist Sache des Bundes.

(2) Vor dem Abschlusse eines Vertrages, der die besonderen Verhältnisse eines Landes berührt, ist das Land rechtzeitig zu hören.

(3) Soweit die Länder für die Gesetzgebung zuständig sind, können sie mit Zustimmung der Bundesregierung mit auswärtigen Staaten Verträge abschließen.

Art 33

(1) Jeder Deutsche hat in jedem Lande die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

(2) Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte.

(3) Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte, die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sowie die im öffentlichen Dienste erworbenen Rechte sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Niemandem darf aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnisse oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen.

(4) Die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse ist als ständige Aufgabe in der Regel Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen.

(5) Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln und fortzuentwickeln.

[...]

Ein Service des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz
in Zusammenarbeit mit der juris GmbH - www.juris.de

auf Lebenszeit angestellte Richter in den Ruhestand treten. Bei Veränderung der Einrichtung der Gerichte oder ihrer Bezirke können Richter an ein anderes Gericht versetzt oder aus dem Amte entfernt werden, jedoch nur unter Belassung des vollen Gehaltes.

Art 98

(1) Die Rechtsstellung der Bundesrichter ist durch besonderes Bundesgesetz zu regeln.

(2) Wenn ein Bundesrichter im Amte oder außerhalb des Amtes gegen die Grundsätze des Grundgesetzes oder gegen die verfassungsmäßige Ordnung eines Landes verstößt, so kann das Bundesverfassungsgericht mit Zweidrittelmehrheit auf Antrag des Bundestages anordnen, daß der Richter in ein anderes Amt oder in den Ruhestand zu versetzen ist. Im Falle eines vorsätzlichen Verstoßes kann auf Entlassung erkannt werden.

(3) Die Rechtsstellung der Richter in den Ländern ist durch besondere Landesgesetze zu regeln, soweit Artikel 74 Abs. 1 Nr. 27 nichts anderes bestimmt.

(4) Die Länder können bestimmen, daß über die Anstellung der Richter in den Ländern der Landesjustizminister gemeinsam mit einem Richterwahlausschuß entscheidet.

(5) Die Länder können für Landesrichter eine Absatz 2 entsprechende Regelung treffen. Geltendes Landesverfassungsrecht bleibt unberührt. Die Entscheidung über eine Richteranklage steht dem Bundesverfassungsgericht zu.

Art 99

Dem Bundesverfassungsgericht kann durch Landesgesetz die Entscheidung von Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes, den in Artikel 95 Abs. 1 genannten obersten Gerichtshöfen für den letzten Rechtszug die Entscheidung in solchen Sachen zugewiesen werden, bei denen es sich um die Anwendung von Landesrecht handelt.

Art 100

(1) Hält ein Gericht ein Gesetz, auf dessen Gültigkeit es bei der Entscheidung ankommt, für verfassungswidrig, so ist das Verfahren auszusetzen und, wenn es sich um die Verletzung der Verfassung eines Landes handelt, die Entscheidung des für Verfassungsstreitigkeiten zuständigen Gerichtes des Landes, wenn es sich um die Verletzung dieses Grundgesetzes handelt, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes einzuholen. Dies gilt auch, wenn es sich um die Verletzung dieses Grundgesetzes durch Landesrecht oder um die Unvereinbarkeit eines Landesgesetzes mit einem Bundesgesetze handelt.

(2) Ist in einem Rechtsstreite zweifelhaft, ob eine Regel des Völkerrechtes Bestandteil des Bundesrechtes ist und ob sie unmittelbar Rechte und Pflichten für den Einzelnen erzeugt (Artikel 25), so hat das Gericht die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes einzuholen.

(3) Will das Verfassungsgericht eines Landes bei der Auslegung des Grundgesetzes von einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes oder des Verfassungsgerichtes eines anderen Landes abweichen, so hat das Verfassungsgericht die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes einzuholen.

Fußnote

Art. 100 Abs. 2: vgl. BVerfGE v. 6.12.2006 I 33 - 2 BvM 9/03

Art 101

(1) Ausnahmegerichte sind unzulässig. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.

(2) Gerichte für besondere Sachgebiete können nur durch Gesetz errichtet werden.

Art 102

Die Todesstrafe ist abgeschafft.

Art 103

- (1) Vor Gericht hat jedermann Anspruch auf rechtliches Gehör.
- (2) Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde.
- (3) Niemand darf wegen derselben Tat auf Grund der allgemeinen Strafgesetze mehrmals bestraft werden.

Art 104

- (1) Die Freiheit der Person kann nur auf Grund eines förmlichen Gesetzes und nur unter Beachtung der darin vorgeschriebenen Formen beschränkt werden. Festgehaltene Personen dürfen weder seelisch noch körperlich mißhandelt werden.
- (2) Über die Zulässigkeit und Fortdauer einer Freiheitsentziehung hat nur der Richter zu entscheiden. Bei jeder nicht auf richterlicher Anordnung beruhenden Freiheitsentziehung ist unverzüglich eine richterliche Entscheidung herbeizuführen. Die Polizei darf aus eigener Machtvollkommenheit niemanden länger als bis zum Ende des Tages nach dem Ergreifen in eigenem Gewahrsam halten. Das Nähere ist gesetzlich zu regeln.
- (3) Jeder wegen des Verdachtes einer strafbaren Handlung vorläufig Festgenommene ist spätestens am Tage nach der Festnahme dem Richter vorzuführen, der ihm die Gründe der Festnahme mitzuteilen, ihn zu vernehmen und ihm Gelegenheit zu Einwendungen zu geben hat. Der Richter hat unverzüglich entweder einen mit Gründen versehenen schriftlichen Haftbefehl zu erlassen oder die Freilassung anzuordnen.
- (4) Von jeder richterlichen Entscheidung über die Anordnung oder Fortdauer einer Freiheitsentziehung ist unverzüglich ein Angehöriger des Festgehaltenen oder eine Person seines Vertrauens zu benachrichtigen.

X.

Das Finanzwesen

Art 104a

- (1) Der Bund und die Länder tragen gesondert die Ausgaben, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt.
- (2) Handeln die Länder im Auftrage des Bundes, trägt der Bund die sich daraus ergebenden Ausgaben.
- (3) Bundesgesetze, die Geldleistungen gewähren und von den Ländern ausgeführt werden, können bestimmen, daß die Geldleistungen ganz oder zum Teil vom Bund getragen werden. Bestimmt das Gesetz, daß der Bund die Hälfte der Ausgaben oder mehr trägt, wird es im Auftrage des Bundes durchgeführt.
- (4) Bundesgesetze, die Pflichten der Länder zur Erbringung von Geldleistungen, geldwerten Sachleistungen oder vergleichbaren Dienstleistungen gegenüber Dritten begründen und von den Ländern als eigene Angelegenheit oder nach Absatz 3 Satz 2 im Auftrag des Bundes ausgeführt werden, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates, wenn daraus entstehende Ausgaben von den Ländern zu tragen sind.
- (5) Der Bund und die Länder tragen die bei ihren Behörden entstehenden Verwaltungsausgaben und haften im Verhältnis zueinander für eine ordnungsmäßige Verwaltung. Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.
- (6) Bund und Länder tragen nach der innerstaatlichen Zuständigkeits- und Aufgabenverteilung die Lasten einer Verletzung von supranationalen oder völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands. In Fällen länderübergreifender Finanzkorrekturen der Europäischen Union tragen Bund und Länder diese Lasten im Verhältnis 15 zu 85. Die Ländergesamtheit trägt in diesen Fällen solidarisch 35 vom Hundert der Gesamtlasten entsprechend einem allgemeinen Schlüssel; 50 vom Hundert der Gesamtlasten tragen die Länder, die die Lasten verursacht haben, anteilig entsprechend der Höhe der erhaltenen Mittel. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Art 104b

(1) Der Bund kann, soweit dieses Grundgesetz ihm Gesetzgebungsbefugnisse verleiht, den Ländern Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) gewähren, die

1. zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder
2. zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet oder
3. zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums

erforderlich sind. Abweichend von Satz 1 kann der Bund im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, auch ohne Gesetzgebungsbefugnisse Finanzhilfen gewähren.

(2) Das Nähere, insbesondere die Arten der zu fördernden Investitionen, wird durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, oder auf Grund des Bundeshaushaltsgesetzes durch Verwaltungsvereinbarung geregelt. Die Mittel sind befristet zu gewähren und hinsichtlich ihrer Verwendung in regelmäßigen Zeitabständen zu überprüfen. Die Finanzhilfen sind im Zeitablauf mit fallenden Jahresbeträgen zu gestalten.

(3) Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat sind auf Verlangen über die Durchführung der Maßnahmen und die erzielten Verbesserungen zu unterrichten.

Art 105

(1) Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über die Zölle und Finanzmonopole.

(2) Der Bund hat die konkurrierende Gesetzgebung über die übrigen Steuern, wenn ihm das Aufkommen dieser Steuern ganz oder zum Teil zusteht oder die Voraussetzungen des Artikels 72 Abs. 2 vorliegen.

(2a) Die Länder haben die Befugnis zur Gesetzgebung über die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern, solange und soweit sie nicht bundesgesetzlich geregelten Steuern gleichartig sind. Sie haben die Befugnis zur Bestimmung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer.

(3) Bundesgesetze über Steuern, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden (Gemeindeverbänden) ganz oder zum Teil zufließt, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates.

Art 106

(1) Der Ertrag der Finanzmonopole und das Aufkommen der folgenden Steuern stehen dem Bund zu:

1. die Zölle,
2. die Verbrauchsteuern, soweit sie nicht nach Absatz 2 den Ländern, nach Absatz 3 Bund und Ländern gemeinsam oder nach Absatz 6 den Gemeinden zustehen,
3. die Straßengüterverkehrssteuer, die Kraftfahrzeugsteuer und sonstige auf motorisierte Verkehrsmittel bezogene Verkehrssteuern,
4. die Kapitalverkehrssteuern, die Versicherungssteuer und die Wechselsteuer,
5. die einmaligen Vermögensabgaben und die zur Durchführung des Lastenausgleichs erhobenen Ausgleichsabgaben,
6. die Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer,
7. Abgaben im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften.

(2) Das Aufkommen der folgenden Steuern steht den Ländern zu:

1. die Vermögensteuer,
2. die Erbschaftsteuer,
3. die Verkehrssteuern, soweit sie nicht nach Absatz 1 dem Bund oder nach Absatz 3 Bund und Ländern gemeinsam zustehen,
4. die Biersteuer,

[...]

Ein Service des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz
in Zusammenarbeit mit der juris GmbH - www.juris.de

Anhang EV

- EinigVtr v. 31.8.1990 II 889, 890 - 892, -
sieht folgende Maßgaben vor:

Artikel 3

Inkrafttreten des Grundgesetzes

Mit dem Wirksamwerden des Beitritts tritt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1481), in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie in dem Teil des Landes Berlin, in dem es bisher nicht galt, mit den sich aus Artikel 4 ergebenden Änderungen in Kraft, soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 4

Beitrittsbedingte Änderungen des Grundgesetzes

... (betroffen: Präambel, Art. 23, 51, 135a, 143, 146)

Artikel 5

Künftige Verfassungsänderungen

Die Regierungen der beiden Vertragsparteien empfehlen den gesetzgebenden Körperschaften des vereinten Deutschlands, sich innerhalb von zwei Jahren mit den im Zusammenhang mit der deutschen Einigung aufgeworfenen Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes zu befassen, insbesondere

- in bezug auf das Verhältnis zwischen Bund und Ländern entsprechend dem Gemeinsamen Beschluß der Ministerpräsidenten vom 5. Juli 1990,
- in bezug auf die Möglichkeit einer Neugliederung für den Raum Berlin/Brandenburg abweichend von den Vorschriften des Artikels 29 des Grundgesetzes durch Vereinbarung der beteiligten Länder,
- mit den Überlegungen zur Aufnahme von Staatszielbestimmungen in das Grundgesetz sowie
- mit der Frage der Anwendung des Artikels 146 des Grundgesetzes und in deren Rahmen einer Volksabstimmung.

Artikel 6

Ausnahmebestimmung

Artikel 131 des Grundgesetzes wird in dem in Artikel 3 genannten Gebiet vorerst nicht in Kraft gesetzt.

Artikel 7

Finanzverfassung

(1) Die Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland wird auf das in Artikel 3 genannte Gebiet erstreckt, soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.

(2) Für die Verteilung des Steueraufkommens auf den Bund sowie auf die Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) in dem in Artikel 3 genannten Gebiet gelten die Bestimmungen des Artikels 106 des Grundgesetzes mit der Maßgabe, daß

1. bis zum 31. Dezember 1994 Absatz 3 Satz 4 und Absatz 4 keine Anwendung finden;
2. bis zum 31. Dezember 1996 der Anteil der Gemeinden an dem Aufkommen der Einkommensteuer nach Artikel 106 Abs. 5 des Grundgesetzes von den Ländern an die Gemeinden nicht auf der Grundlage der Einkommensteuerleistung ihrer Einwohner, sondern nach der Einwohnerzahl der Gemeinden weitergeleitet wird;
3. bis zum 31. Dezember 1994 abweichend von Artikel 106 Abs. 7 des Grundgesetzes den Gemeinden (Gemeindeverbänden) von dem Länderanteil am Gesamtaufkommen der Gemeinschaftssteuern und dem gesamten Aufkommen der Landessteuern ein jährlicher Anteil von mindestens 20 vom Hundert sowie vom Länderanteil aus den Mitteln des Fonds "Deutsche Einheit" nach Absatz 5 Nr. 1 ein jährlicher Anteil von 40 vom Hundert zufließt.

(3) Artikel 107 des Grundgesetzes gilt in dem in Artikel 3 genannten Gebiet mit der Maßgabe, daß bis zum 31. Dezember 1994 zwischen den bisherigen Ländern der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern

in dem in Artikel 3 genannten Gebiet die Regelung des Absatzes 1 Satz 4 nicht angewendet wird und ein gesamtdeutscher Länderfinanzausgleich (Artikel 107 Abs. 2 des Grundgesetzes) nicht stattfindet. Der gesamtdeutsche Länderanteil an der Umsatzsteuer wird so in einen Ost- und Westanteil aufgeteilt, daß im Ergebnis der durchschnittliche Umsatzsteueranteil pro Einwohner in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in den Jahren

1991	55 vom Hundert
1992	60 vom Hundert
1993	65 vom Hundert
1994	70 vom Hundert

des durchschnittlichen Umsatzsteueranteils pro Einwohner in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein beträgt. Der Anteil des Landes Berlin wird vorab nach der Einwohnerzahl berechnet. Die Regelungen dieses Absatzes werden für 1993 in Ansehung der dann vorhandenen Gegebenheiten überprüft.

(4) Das in Artikel 3 genannte Gebiet wird in die Regelungen der Artikel 91a, 91b und 104a Abs. 3 und 4 des Grundgesetzes einschließlich der hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen nach Maßgabe dieses Vertrags mit Wirkung vom 1. Januar 1991 einbezogen.

(5) Nach Herstellung der deutschen Einheit werden die jährlichen Leistungen des Fonds "Deutsche Einheit"

1. zu 85 vom Hundert als besondere Unterstützung den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Land Berlin zur Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs gewährt und auf diese Länder im Verhältnis ihrer Einwohnerzahl ohne Berücksichtigung der Einwohnerzahl von Berlin (West) verteilt sowie
2. zu 15 vom Hundert zur Erfüllung zentraler öffentlicher Aufgaben auf dem Gebiet der vorgenannten Länder verwendet.

(6) Bei grundlegender Veränderung der Gegebenheiten werden die Möglichkeiten weiterer Hilfe zum angemessenen Ausgleich der Finanzkraft für die Länder in dem in Artikel 3 genannten Gebiet von Bund und Ländern gemeinsam geprüft.

Selbstständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit ohne fremde Hilfe selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Teile, die wörtlich oder sinngemäß einer Veröffentlichung entstammen, sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde noch nicht veröffentlicht oder einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Dettendorf, 18. Juni 2014

Volker Raab